# Enough is enough!

Nr. 3
Jan./März '98

4,- DM

Zeitung für antirassistische und antifaschistische Politik und Kultur in Schleswig - Holstein




## Den Wahlkampf des „Bündnis Rechts" verhindern!

**Enough is enough!**

**Zeitung für antirassistische und antifaschistische Politik und Kultur in Schleswig - Holstein**

Hg.:
*Enough is Enough-*
Redaktionskollektiv/Kiel,
*Lübecker Bündnis gegen Rassismus*

Redaktion:
c/o *Initiativenzentrum*
Schweffelstraße 6
24118 Kiel

Abo und Vertrieb:
c/o *alternative*
Willy-Brandt-Allee 9
23554 Lübeck

V.i.S.d.P.: A. Hoffmann

Bankverbindung:
A. Hoffmann
Kto. 408352-201
Postbank HH
BLZ 200 100 20
Stichwort: „*Enough*"

Auflage: 1200

Erscheinungsweise:
4x/Jahr

Nachdruck:
In antirassistischen und antifaschistischen Publikationen mit vollständiger Quellenangabe, sonst nur nach Rücksprache mit der Redaktion

Abo:
20,- DM für 4 Ausgaben,
ab 5 Exemplaren 20% Rabatt
ab 30 Exemplaren 25% Rabatt







# Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Hier ist sie also die dritte Ausgabe unserer Zeitung.

Nach Veröffentlichung der Nr. 2 gab es von vielen Seiten Kritik an unserer Werbungsseite. Einige werden sich bestimmt erinnern, wir druckten eine Anzeige eines türkisch-kurdischen Reisebüros ab. Diese Anzeige war die einzige kommerzielle in dieser Ausgabe und leider gab es zu diesem Zeitpunkt keine ausreichende Kommunikation zwischen den Menschen der Redaktion, dem Layouter und der Person, die diese Anzeige annahm. Hiermit entschuldigen wir uns für den Abdruck dieser Anzeige. Wir solidarisieren uns mit dem Befreiungskampf des kurdischen Volkes in der Türkei und Europa und unterstützen die Tourismus-Boykott-Kampagne gegen die Türkei. Momentan erreicht die Hetze gegen KurdInnen durch die BRD-Regierung eine neue Qualität. Ausgelöst durch die organisierte Flucht einiger tausend Kurdinnen und Kurden nach Italien, beginnt eine neue Hetz-Kampagne gegen MigrantInnen und Flüchtlinge.

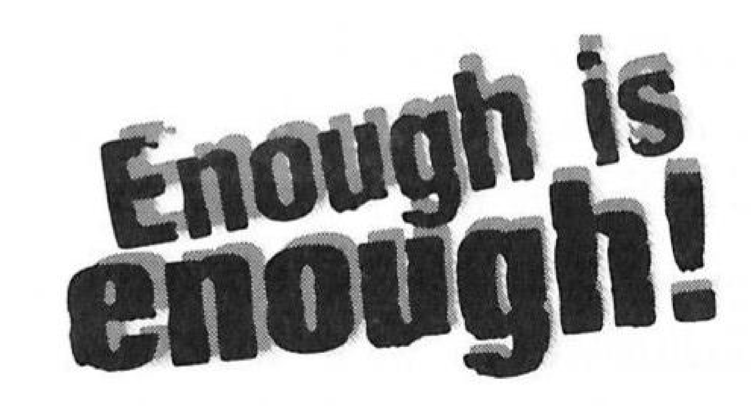
In dieser Ausgabe berichten wir über den Bundesparteitag der NPD im mecklenburgischen Stavenhagen, der leider aufgrund mangelnder Antifa-Präsenz nicht verhindert werden konnte. Uns erreichte ein Papier einiger engagierter AntifaschistInnen aus Mecklenburg-Vorpommern, die sich berechtigterweise über die unzureichende Unterstützung auswertiger bzw. westdeutscher Antifagruppen beklagen. Liebe Antifas aus McPomm, wir können eure Situation nachvollziehen und nehmen eure Kritik ernst. Es sollte ein fester Bestandteil antifaschistischer Politik sein, über den eigenen Tellerrand hinauszuschauen. Gerade in strukturschwachen Gebieten wie Mecklenburg-Vorpommern ist es nötig, mobilisierende Unterstützung zu leisten und den Aufbau weiterer Antifa-Gruppen zu fördern. Auch wir haben dies bisher sträflich vernachlässigt. Wir haben uns vorgenommen dies zu ändern. Darüber hinaus werden wir in unserer nächsten Ausgabe einen mehrseitigen Einblick in die mecklenburgische Naziszene geben.

Ein weiteres Thema, was uns sehr am Herzen liegt, sind die zunehmenden Naziaktivitäten im Kreis Segeberg. Dort gibt es regelmäßig Übergriffe durch Faschisten. Am Abend des 2. Januar '98 beispielsweise, fuhren einige von ihnen mit mehreren Autos durch die Stadt, bewarfen alternativ aussehende Menschen mit Flaschen und schossen mit Gaspistolen. Einige Stunden später wurde dann eine junge Antifaschistin auf dem Weg nach Hause von zwei Neonazis überfallen und zu Boden geschlagen. Durch die starken Tritte in den Unterleib erlitt die schwangere Frau mehrere Rippenbrüche und eine Fehlgeburt. Da die Täter vermummt auftraten, konnten sie unerkannt entkommen. Ende März wird es in Bad Segeberg eine überregionale Demonstration gegen die Aktivitäten der „Anti-Antifa"-Frau Thekla Kosche und die zunehmende rechte Gewalt geben. Achtet also auf Flugblätter und Plakate. Desweiteren werden wir in unserer nächsten Ausgabe versuchen, einen kleinen Einblick in die Segeberger Fascho-Szene zu geben.

Die Auswertung der schleswig-holsteinischen Kommunalwahlen wird sicherlich in der Nr. 4 einen großen Platz einnehmen. Im Fall faschistischer Wahlerfolge, z.B. „Bündnis Rechts" in Lübeck, wird es sicherlich eine Spontandemonstration und weitere Aktionen geben.

Desweiteren wollen wir in der nächsten Ausgabe zwei für uns wichtige Artikel zu den Themen „Antisemitismus in der Linken" und „Antinationalismus" veröffentlichen.

Bis denne...




*letzte Meldung*

# ACHTUNG!

**Für den 14. März '98 plant das „Bündnis Rechts" in Lübeck eine zweite Wahlkampf-Demo. Bereits jetzt, anderthalb Monate vorher, wird in der „Perspektive", dem Internet-Magazin des „Nationalen Widerstandes", für diesen Aufmarsch mobilisiert. Sollten die Nazis diese Mobilisierung intensivieren, ist es möglich, daß wir mit einem Aufmarsch zu rechnen haben, der mit dem von Dresden vergleichbar wäre.**

**Wir werden dies zu verhindern wissen und gegebenenfalls eine bundesweite Mobilisierung starten!**

# Faschistische Organisierung mit Rückschlägen

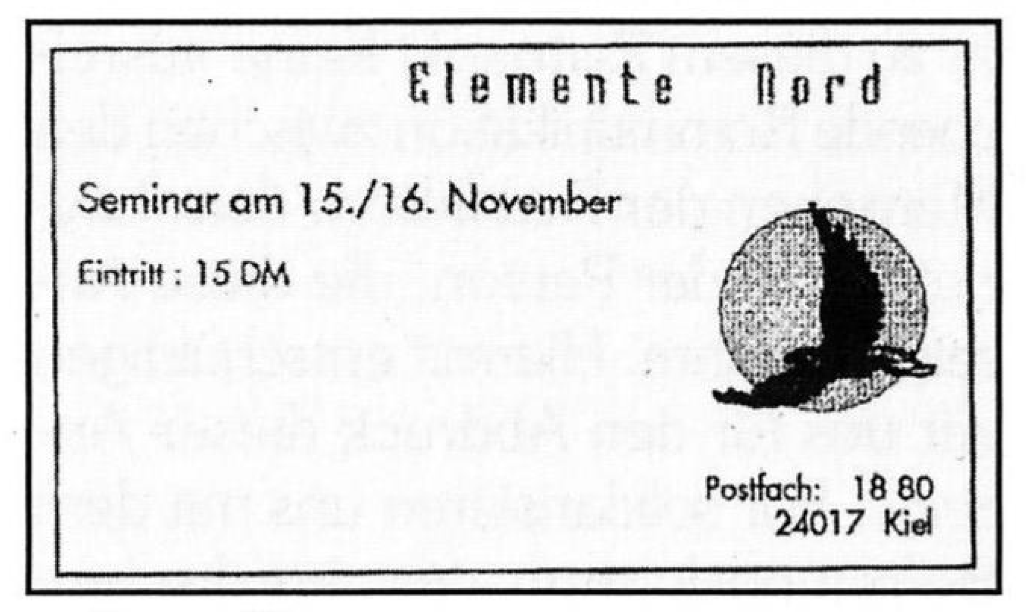
***Mal als „Bündnis rechts", mal als „Nationaler Widerstand" trat in den vergangenen anderthalb Jahren eine Aktionseinheit verschiedener faschistischer Organisationen in Schleswig-Holstein auf.[1] Nach Demonstrationen, Saalveranstaltungen und gemeinsamen Strategietreffen verkündeten die Nazis Anfang Oktober 1997, daß sie ihre Aktivitäten zu den Kommunalwahlen im März 1998 auf Lübeck konzentrieren wollen.***

Bis Ende 1997 hat es in Schleswig-Holstein in diesem Zusammenhang drei weitere Veranstaltungsversuche der Faschisten gegeben; daß diese alle nicht ungestört durchgeführt werden konnten, ist der Aufmerksamkeit und den Aktionen von AntifaschistInnen zu verdanken.

Als *„großer Erfolg des Nationalen Widerstandes in Norddeutschland"* wertete die Nazi-Zeitung *Einheit und Kampf* den ungestörten und von der Polizei betreuten Aufmarsch von ca. 150 FaschistInnen in Segeberg am 24. Mai 1997. Zur Vorbereitung weiterer Aktionen lud dann das „Bündnis rechts" für den 20. September 1997 ins nahe Kiel gelegene Ottendorf ein.[2] AntifaschistInnen, die einen Abbruch der Veranstaltung erzwingen wollten, wurden gewaltsam von der Polizei zurückgedrängt. Die Nazis brachen ihr Treffen dennoch vorzeitig ab und kündigten eine Fortsetzung in naher Zukunft an. Eine in Lübeck von Ulrich Schwetasch für den 4. Oktober angemeldete Demonstration unter dem Motto *„Sicherheit durch Recht und Ordnung"* diente dann als Ablenkungsmanöver, um in der Gaststätte „Zum Trichter" in Klein Gladebrügge bei Segeberg abschließend über eine Wahlteilnahme des „Bündnis rechts" beraten zu können. Derweil gab es in Lübeck einen kurzen Demonstrationsversuch des *Freiheitlichen Volksblocks* (FVB)[3].

Die nächste organisationsübergreifende Zusammenkunft der Nazis wurde dann von Andreas Rothmann (Kronshagen) von den *Jungen Nationaldemokraten*, (Jugendorganisation der faschistischen NPD) angekündigt. Er hatte bereits früher bei der Durchführung von Nazi-Treffen in Schleswig-Holstein mitgewirkt. Dieses Mal versprach er im Namen des *„ELEMENTE - Studien- und Lesekreis NORD"* im Internet *„Fachvorträge interessanter Referenten (z.B. P. Krebs, J. Rieger)"* und *„ein Rahmenprogramm aus Infoständen, einem Liederabend mit Swantje Swanhwit, einer Feuerzeremonie und einem Heldengedenken."*

Der angekündigte Pierre Krebs ist Leiter des sog. *THULE-Seminars* mit Sitz in Kassel, das den weltweiten Führungsanspruch der *„nordischen Rasse"* durchsetzen will. Es agitiert gegen den Gleichheitsgedanken in Christentum und Judentum, lehnt diese Religionen mit rassistischen und antisemitischen Begründungen ab und fordert stattdessen eine Rückkehr zu Heidentum und Germanenkult. Nazi-Anwalt Jürgen




Einlaßkarte

Rieger, seit Jahrzehnten in der faschistischen Szene aktiv, ist Vorsitzender der *„Artgemeinschaft"*, die ähnliche Ansichten in ihrer *„Nordischen Zeitung"* verbreitet. Diese Ideologie wird von FaschistInnen verschiedener Organisationen geteilt, so daß auch in diesem Fall - wie bei den Versammlungen des Bündnis rechts - mit breiter Beteiligung zu rechnen war. Und nicht zuletzt die Gelegenheit, am Volkstrauertag eine größere gemeinsame Aktion durchführen zu können, gab dem von Rothmann organisierten Treffen eine besondere



Jürgen Rieger (1.v.r.), Andreas Rothmann und Pierre Krebs (mit Koffer) müssen vor der antifaschistischen Blockade stoppen



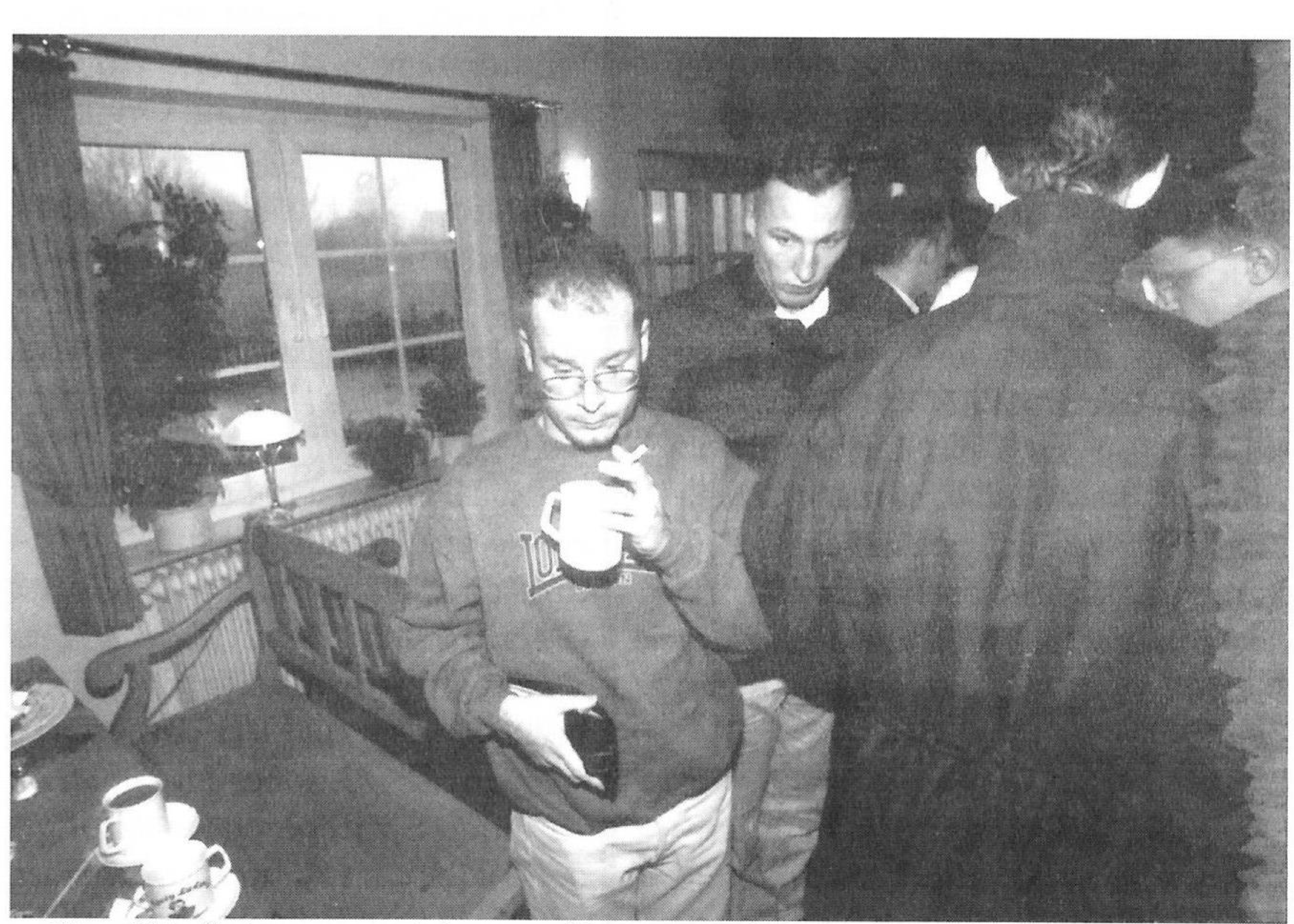

Mercedes von Wolfram Meyer aus Stockelsdorf, Teilnehmer am Nazi-Treffen in Bünsdorf

organisieren zu können (Einladungstext), blieb damit vorerst nicht viel übrig. Die „Kieler Nachrichten" waren sich in ihrer Kurzmeldung über die Ereignisse am folgenden Tag nicht zu schade, vom faschistischen „Bündnis Rechts" verharmlosend als *„deutschnationaler Gruppierung"* zu sprechen - diese Formulierung wird von den Nazis selbst gerne genutzt, weil dies den Zugang zu konservativen Kreisen erleichtert.

Bedeutung. Die antifaschistischen Aktionen begannen mit einer Kundgebung in der Kieler Innenstadt, bei der mittels Redebeiträgen und Flugblättern über die Aktivitäten der Nazis informiert wurde. Mittags gelang es dann, den Schleusungspunkt der Nazis (dort wird bekanntgegeben, wo die Versammlung stattfindet) zu besetzen und damit deren Sammlung zu erschweren. Schließlich mußten die Nazis auf die Durchführung ihres Treffens verzichten, nachdem die Wirtin der Gaststätte „König Ludwig" in Bünsdorf von AntifaschistInnen über den braunen Geist ihrer Gäste aufgeklärt worden war und sie daraufhin die Vermietung rückgängig machte. Krebs, Rieger und Rothmann mußten an der antifaschistischen Blockade umkehren.

Der vorläufig letzte Versuch der Nazis, ihre Beratungen für die Kommunalwahl fortzusetzen, war die Einladung zu einem „Bündnis Rechts" - Treffen am 7. Dezember 1997, erneut unterzeichnet von Jens Katzer *(JN / NPD)*.

Neben Informationen zu den faschistischen Kandidaturen bei der Kommunalwahl durch Dieter Kern *(DLVH)* und Wolfgang Schimmel (NPD) und einem Vortrag des ehemaligen Landtagsabgeordneten der faschistischen DLVH, Ingo Stawitz, war als Gastredner Otmar Wallner (Bayern) angekündigt. Wallner hat für das „Bündnis Rechts" und die in ihr dominierende NPD besonders deshalb Signalwirkung, weil er nach zwölfjähriger Mitgliedschaft die *REP* im August 1997 verlassen hat und nun als Kronzeuge gegen den vom REP-Vorsitzenden Schlierer durchgesetzten Kurs auftritt. In der Novemberausgabe der NPD-Parteizeitung *Deutsche Stimme* durfte Wallner denn auch gegen Schlierer und - indirekt - für die NPD (*„Von Neugründungen werden keine größeren Impulse ausgehen"*) Stellung beziehen. Erneut mobilisierten AntifaschistInnen gegen dieses „Bündnis Rechts"-Treffen. Deren Schleusungspunkt wurde kurzerhand aufgelöst, und noch vor Beginn der Demonstration vor dem geplanten Veranstaltungsort in Dersau (Kreis Plön) hatten die Faschisten das Weite gesucht. Aus der Hoffnung der veranstaltenden Nazis, *„vor dem Hintergrund der Wahlantritte des Bündnis rechts in Lübeck und der NPD in Lauenburg"* tatkräftig Unterstützung



Ein Häuflein verunsicherter Nazis in der Kneipe „König Ludwig" - auch sie mußten dann verschwinden

Eine erste Bilanz der letzten antifaschistischen Aktionen kann daher wie folgt gezogen werden:

1. Derzeit ist es für die Faschisten nicht mehr so einfach möglich, sich in größerem Rahmen oder halböffentlich zu treffen. Diese Einschränkung der Organisations- und Agitationsmöglichkeiten ist ein wichtiger Erfolg der beteiligten antifaschistischen Strukturen in Schleswig-Holstein.

2. Die an den antifaschistischen Aktionen beteiligten Menschen und Gruppen müssen ihre Zusammenarbeit ausbauen; hierzu gehört nicht nur die - bereits begonnene - (selbst)kritische Diskussion über die Durchführung der bisherigen Mobili-

sierungen, sondern auch die Einsicht, daß Erfahrungen bei Kundgebungen, im Verfassen von Flugblättern und in der Auseinandersetzung mit der Polizei weitergegeben werden müssen.

3. Entgegen der Ankündigung des sozialdemokratischen Innenministers Wienholtz, seine Behörde sei in der Bekämpfung der extremen Rechten konsequent tätig, haben die letzten Monate erneut gezeigt, daß die Polizei die Durchführung von Nazi-Treffen schützt (Munkbrarup, Ottendorf, Dersau) und gegen die antifaschistischen Protestaktionen vorgeht (Ottendorf, Dersau). Die Verhaftungen von AntifaschistInnen und die rechtswidrige Gegenüberstellung der Verhafteten auf freiem Akker, bei der die Faschisten - wen wundert's - die vorgeführten Personen als Sachbeschädiger ihrer Autos wiedererkannt haben wollen, lassen auf ein schärferes Auftreten der Polizei gegen AntifaschistInnen und den Versuch der Kriminalisierung unserer Aktivitäten in Zukunft schließen.

4. So notwendig und richtig es ist, die Nazis bei ihren Organisationsversuchen und bei Propagandaaktionen in ihre Schranken zu weisen, so wenig kann der antifaschistischen Bewegung an einer automatischen Eskalation gelegen sein, bei der sich die Brutalität der Nazis austoben kann. Es bleibt daher auch in Zukunft genau zu bestimmen, welches Auftreten der politischen Verankerung antifaschistischer Politik und der praktischen Verhinderung der Nazi-Aktivitäten am trefflichsten dient.

5. Schließlich sollte nicht übersehen werden, daß die Verschiebung des gesellschaftlichen Klimas nach rechts, von dem die Faschisten profitieren, von den bürgerlichen Parteien vorangetrieben wird und zu verantworten ist. Nach der faktischen Abschaffung des Rechts auf Asyl gehören hierzu beispielsweise die Debatte um die angeblich zunehmende Kriminalität und die in diesem Rahmen durchgesetzten Einschränkungen weiterer Grundrechte („Großer Lauschangriff").

*VF*

[1] siehe Enough is Enough Nr. 1, S. 21-25
[2] siehe Enough is Enough Nr. 2, S. 35
[3] siehe Enough is Enough Nr. 2, S. 4-5

## Freiheitlicher Volksblock

Überregionale Aufmerksamkeit erregte der *FVB* erstmals durch sein Auftreten bei der Nazi-Demonstration am 1. März 1997 gegen die Ausstellung *„Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944"* in München. Dort trat er in schwarzer uniformähnlicher Kleidung und mit schwarzen Fahnen und Transparenten auf. Am FVB-Block nahm auch die *FVB-Frauenfront* mit ihrem Transparent *„Starke Frauen braucht das Land"* teil. Daneben existiert noch eine FVB-Burschenschaft.

Die Organisation wurde im Februar 1994 gegründet und stützt sich insbesondere auf frühere Funktionäre und Mitglieder der *„Heimattreuen Vereinigung Deutschlands"* (HVD), aber auch der *„Nationalistischen Front"* (NF). Die NF wurde am 27. November 1992 durch das Bundesinnenministerium verboten, die HVD am 14. Juli 1993 wegen seiner nur landesweiten Bedeutung durch das baden-württembergische Innenministerium.

In Nürnberg beteiligte sich der FVB 1996/97 zusammen mit anderen Nazis an einer Kampagne zur Schließung des Jugendzentrums KOMM, das auch den CSU-Oberen ein Dorn im Auge ist. Vom FVB angemeldete Demonstrationen in Magdeburg (16. Februar 1997), Plön (24. Mai 1997) oder - zusammen mit der *„Anti-Antifa Franken"* - in Nürnberg (21. September 1997) wurden von den zuständigen Behörden nicht genehmigt.

Der FVB beschränkt sich in seiner Tätigkeit nicht mehr nur auf Baden-Württemberg und Bayern, wo bereits seit längerem Landesverbände existieren; Propaganda- und Organisationstätigkeit sind inzwischen auch aus Magdeburg, Halle an der Saale und Schleswig-Holstein bekannt. In Bad Wörishofen führte er am 15. Juni eine Kundgebung durch und nahm am 21. Dezember 1996 in Langenau bzw. am 21. Juni 1997 in der Schweiz an Nazi-Sonnenwendfeiern teil. Mitglieder des FVB waren dieses Jahr auch beim alljährlichen Parteifest des faschistischen *Front National* von Jean-Marie Le Pen zugegen.

Seit 1997 versucht der FVB, auch in Schleswig-Holstein dauerhaft Fuß zu fassen. Er trat mit größeren Abordnungen, die vor allem aus Süddeutschland angereist waren, bei den Demonstrationen in Bad Segeberg (24.5.97) und Lübeck (4.10.97) auf. Ein FVB-Stützpunkt besteht in Eutin-Fissau, enge Kontakte gibt es aber auch zu Ulrich Schwetasch aus Lübeck, der sich mit FVB-Vertretern aus Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein am 18. Oktober im Hinterzimmer der Lübecker Kneipe „Marquez" zu einer Strategiebesprechung traf. Bei der gescheiterten Heldengedenkfeier im Rahmen sdes Nazi-Treffens Mitte November bei Kiel war ebenfalls eine Beteiligung des FVB vorgesehen.



FVBler am 4. Oktober in Lübeck

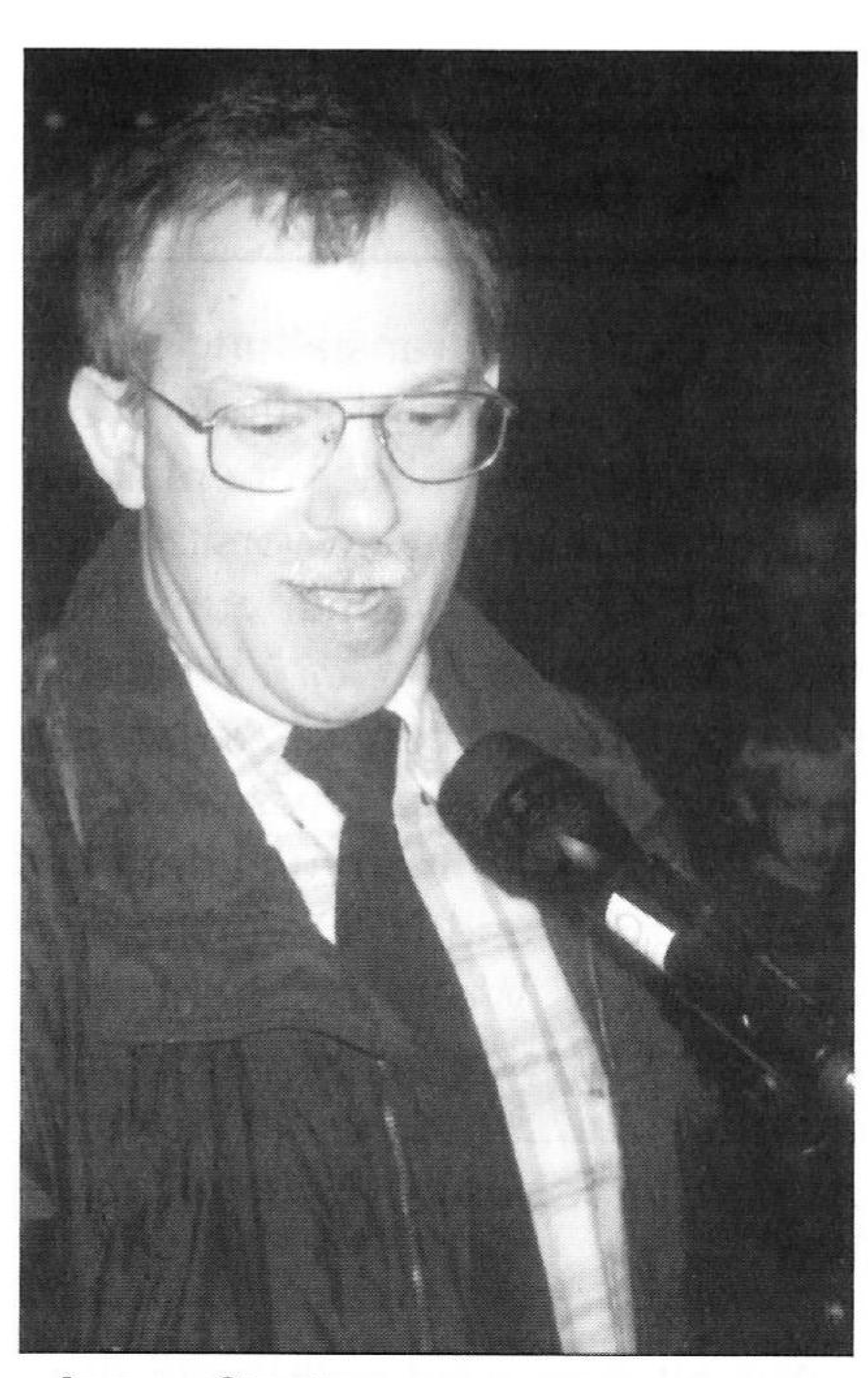
# Kein Fußbreit dem „Bündnis Rechts“!

**In den ersten beiden Ausgaben unserer Zeitung haben wir bereits mehrfach über den faschistischen Zusammenschluß „Bündnis Rechts für Deutschland“ berichtet. Im folgenden Artikel wollen wir nun noch einmal alles wissenswerte zusammentragen und über die geplanten Gegenaktivitäten im Rahmen der am 22. März stattfindenden Kommunalwahlen informieren.**

Das *„Bündnis Rechts für Deutschland“* geht auf eine gemeinsame Initiative der schleswig-holsteinischen Landesverbände der *„Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“* (NPD) und der *„Deutschen Liga für Volk und Heimat“* (DLVH) vom Spätsommer 1996 zurück. Bis zum heutigen Tag sind uns folgende Veranstaltungen des *„Bündnis Rechts“* bekannt geworden:

## 22. September '96

Auf der ersten Veranstaltung in Hartenholm (Kreis Segeberg) finden sich ca. 150 FaschistInnen von NPD, DLVH, den *„Republikanern“* (REP), der *„Deutschen Volksunion“* (DVU) und anderen Gruppierungen ein. Als Redner treten der NPD-Landesvorsitzende Uwe Schäfer aus Plön, der Bundes- und Landesvorsitzende der DLVH Ingo Stawitz aus Uetersen, sowie der ehemalige Landesvorsitzende der Berliner REP Prof. Dr. Klaus Weinschenk auf. Die Themen der Referate lauten *„Arbeitsplätze für Deutschland“*, *„Politik in Schleswig-Holstein“* und *„Die geistige Lage der Deutschen“*.



Ingo Stawitz

Desweiteren wird die zukünftige Zusammenarbeit bei Wahlen und Großveranstaltungen erörtert. In einer Pressemitteilung heißt es, das „Bündnis Rechts“ solle *„allen sozial und deutschnational gesinnten Menschen ein gemeinsames und parteiübergreifendes Forum bieten. Künftig soll die Parteizugehörigkeit nur von untergeordneter, dafür das gemeinsame Ziel (Bekämpfung der verfehlten Politik der Etablierten) von größter Bedeutung sein.“*

## 10. November '96

An der zweiten Veranstaltung in Nortorf (Kreis Rendsburg-Eckernförde) nehmen ca. 140 FaschistInnen der NPD, der DLVH, der REP, dem *„Bund für Gesamtdeutschland“* (BGD) und den *„Jungen Nationaldemokraten“* (JN), sowie sogenannte *„Freie Nationalisten“* teil. Es sprechen erneut Schäfer und Stawitz. Als Gastredner tritt der, vor kurzem aufgrund seines Auftrittes bei der Führungsakademie der Bundeswehr in die Schlagzeilen geratene, verurteilte Nazi-Terrorist Manfred Roeder auf. Er hält das Hauptreferat zum Thema *„Asylpolitik“*.

## 2. März '97

Auf der dritten Veranstaltung, die wiederum in Nortorf stattfindet, spricht neben Schäfer und Stawitz, Wolfgang Juchem (Hessisch-Lichtenau) von der *„Aktion Freies Deutschland“* (AFD), der bereits auf eine über 20jährige Geschichte als Nazi-Funktionär zurückblicken kann. Das Thema seines Vortrages lautet: *„Deutschland im Würgegriff der Eurokraten“*. Als Versammlungsleiter fungiert der Hamburger Landesvorsitzende der DLVH Kurt Bunde.

## 20. September '97

An der vierten Veranstaltung in Ottendorf (bei Kiel) nehmen nur ca. 80 „KameradInnen“ teil, da der in der Kieler Innenstadt eingerichtete Schleusungspunkt von AntifaschistInnen besetzt wird.

Das offizielle Programm sieht ein Referat von Albert Lämmel (Rastatt) zum Thema *„Neue Wirtschaftsordnung im deutschen Volksstaat“*, einen Bericht des ehemaligen Landtagskandidaten der DLVH Thomas Krüger *„über die öffentlichen, nationalen Demonstrationen in 1997“*, sowie einen *„Bericht zum Bündnis Rechts und zur allgemeinen politischen Lage“* von Uwe Schäfer vor. Das Treffen wird jedoch bereits 1 $^1/_2$ Stunden vor dem offiziellen

**PRESSEERKLÄRUNG**

Lübeck, 4. Oktober 1997

## *Wählergemeinschaft BÜNDNIS RECHTS gegründet!*

Am Sonnabend, den 4. Oktober 1997 wurde die Wählergemeinschaft ***BÜNDNIS RECHTS*** in Schleswig-Holstein gegründet.

Die Gründungsveranstaltung, an der ca. 70 Personen aus den verschiedensten nationalen Gruppierungen wie **NPD, DVU, REP, DLVH** sowie viele **Freie Nationalisten** teilnahmen, verlief ruhig und ohne Störungen.

Die Gründung der Wählergemeinschaft war in den vergangenen zwei Jahren auf mehreren ***BÜNDNIS RECHTS*** - Treffen vorbereitet worden und will nunmehr bei der kommenden Kommunalwahl im März 1998 ihre Aktions- und Bündnisfähigkeit beweisen. Das aus zehn Personen bestehende Vorstandsgremium dokumentiert in seiner Zusammensetzung den Willen der gesamten nationalen Basis in Schleswig-Holstein, endlich mit einer umfassenden Einbeziehung aller relevanten Kräfte, der Bevölkerung eine glaubwürdige Alternative bieten zu wollen. Zum Vorsitzenden wurde Herr **Dieter Kern** aus Lübeck gewählt.

Während der Veranstaltung wurde auch auf das undemokratische Verhalten der Lübecker Stadtverwaltung hingewiesen, die Herrn **Kern** wegen seiner kritischen Äußerungen im Zusammenhang mit dem Brand in der Lübecker St.Vicelin Kirche, fristlos entlassen hatte. Die Redner **Ingo Stawitz** (DLVH) und **Thomas Wulff** (Freier Nationalist) brachten in ihren Reden zum Ausdruck, daß nunmehr ein weiterer, folgerichtiger Schritt hin zu einer geschlossenen Rechtsfront gegen die etablierten Altparteien getan wurde. Um dem undemokratischen und den Interessen der deutschen Bevölkerung zuwiderlaufenden Handeln des Herrn **Bouteiller** in Lübeck ein Ende zu setzen, hat sich die Wählergemeinschaft einstimmig dafür ausgesprochen, unter dem Namen ***BÜNDNIS RECHTS für LÜBECK*** seinen Schwerpunktwahlkampf in der roten Hochburg von SPD und Linkschaoten zu führen.

Ein Motto lautet nunmehr: **Bouteiller muß weg !**

Dieser Zusammenschluß aller relevanten nationalistischen Kräfte in Schleswig-H[illegible] zu einer Wählergemeinschaft, straft den Innenminister **Wienholtz** Lügen, der vor [illegible] behauptete, es würde ein Rückschritt in den Einigungsbemühungen der Nationalen Szene in Norddeutschland zu verzeichnen sein.

„Wir werden noch viel Spaß miteinander haben...!"

Mit freundlichen Grüßen

Thomas Wulff

für das ***BÜNDNIS RECHTS für LÜBECK***

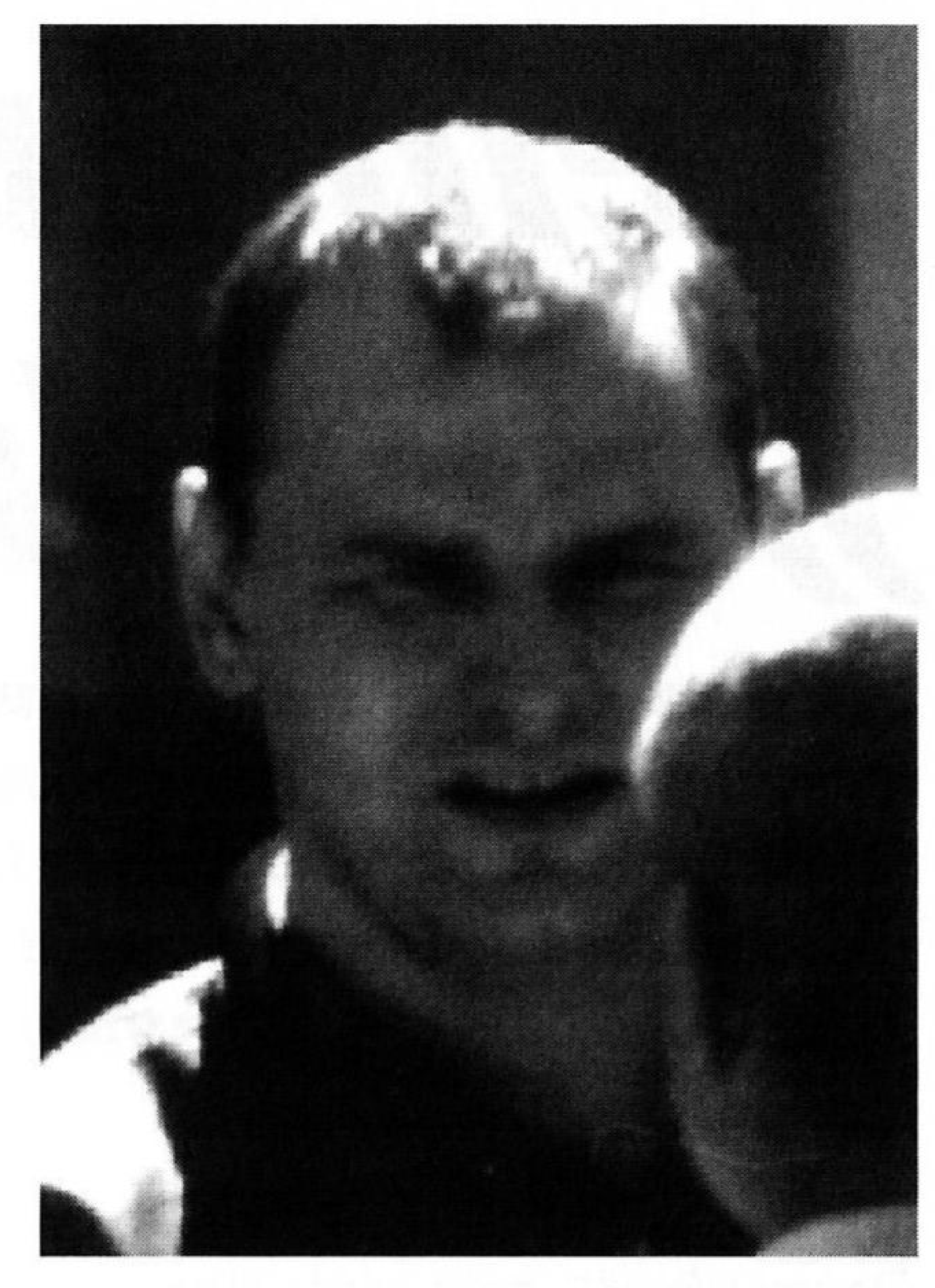
Ende aufgrund der antifaschistischen Proteste abgebrochen.

### 4. Oktober '97

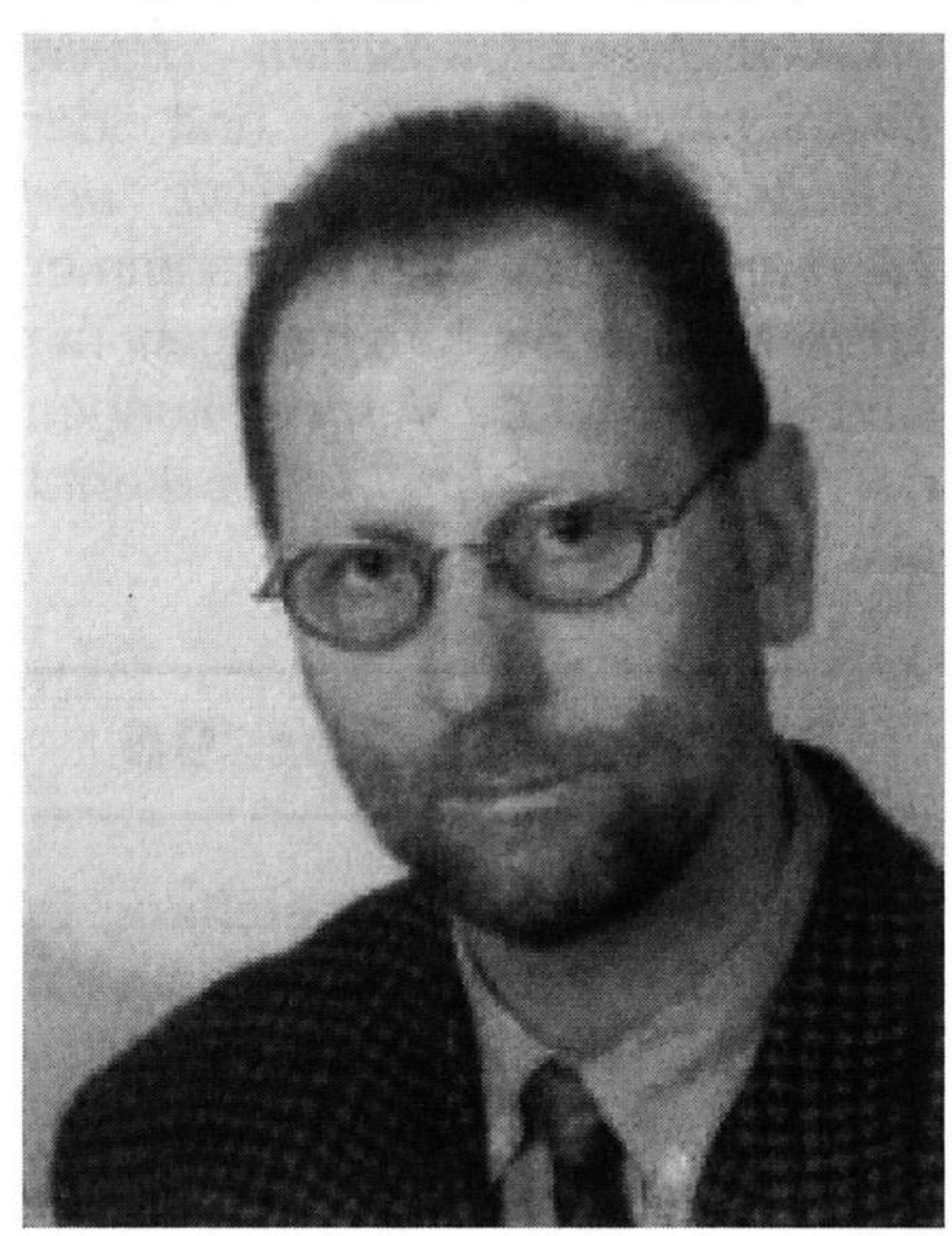
An diesem Tag wird auf einem Treffen in der Gaststätte „Zum Trichter" in Klein Gladebrügge (Kreis Segeberg) offiziell die Wählergemeinschaft „Bündnis Rechts" gegründet.

An der Veranstaltung nehmen, laut einer vom ehemaligen Vorsitzenden der verbotenen *„Nationalen Liste"* (NL) Thomas Wulff aus Hamburg unterzeichneten Presseerklärung, ca. 70 Personen aus den verschiedensten Nazi-Gruppierungen wie NPD, DVU, REP, DLVH, etc. teil. Das Vorstandsgremium besteht aus zehn Personen. Zum Vorsitzenden wird der Mitarbeiter des Lübecker Umweltamtes, Dieter Kern, gewählt, der wegen seiner faschistischen Umtriebe fristlos von der Hansestadt Lübeck entlassen worden war, sich jedoch in sein Amt zurückklagte.

Weiterhin geht aus der oben erwähnten Presseerklärung hervor, daß unter dem Namen *„Bündnis Rechts für Lübeck"* der *„Schwerpunktwahlkampf in der roten Hochburg von SPD und Linkschaoten"* geführt werden solle. Die Erklärung endet mit dem vieldeutigen Satz: *„Wir werden noch viel Spaß miteinander haben ...!"*



Thomas „Steiner" Wulff



Dieter Kern

### 7. Dezember '97

Eine weitere Veranstaltung soll in Dersau (Kreis Plön) stattfinden. Geplant ist ein Referat des ehemaligen stellvertretenden Bundesvorsitzenden der REP Otmar Wallner zum Thema *„Die Idee der Freiheit"*. Weiterhin soll Ingo Stawitz über *„Die kapitalistische Krise und ihre Überwindung"* sprechen. Dieter Kern und der ehemalige DVU- und NPD-Vorsitzende von Lübeck Wolfgang Schimmel aus Bad Oldesloe sollen einen *„Bericht zur Teilnahme an der Kommunalwahl in Schleswig-Holstein"* abgeben.

Aus all dem wird nichts, da über 100 entschlossene AntifaschistInnen

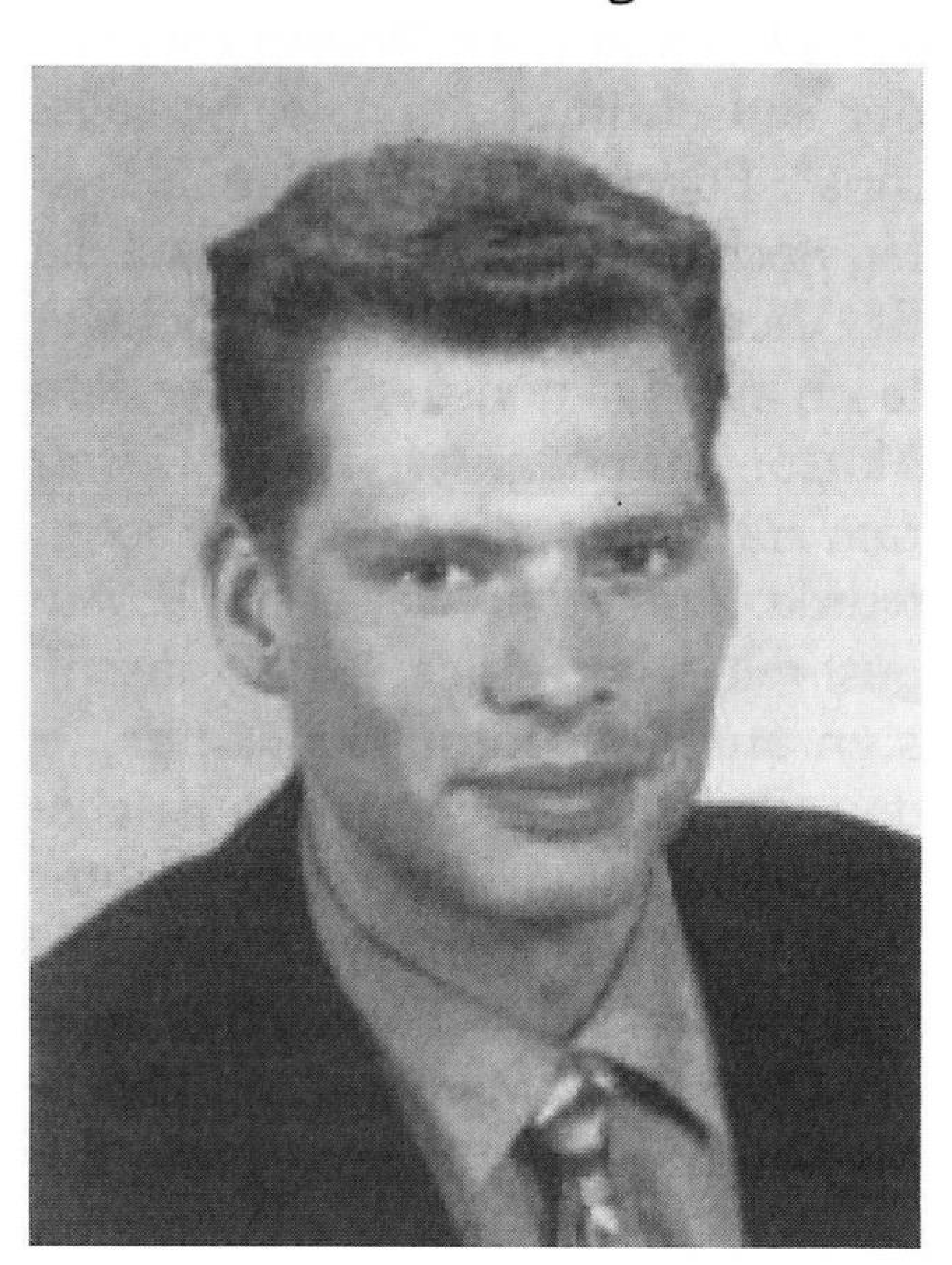
den Schleusungspunkt der Nazis besetzen und es die bereits am Versammlungsort eingetroffenen „Bündnis Rechts-Aktivisten" daraufhin bevorzugen, diesen so schnell wie möglich wieder zu verlassen.

## „Nationales und Soziales Aktionsbündnis Norddeutschland"

Die im „Bündnis Rechts für Lübeck" vertretenen Nazi-Organisationen NPD, JN, BGD und DLVH, sowie die sogenannten „Freien Nationalisten" treten auch gemeinsam unter dem Namen *„Nationales und Soziales Aktionsbündnis Norddeutschland"* auf. Es ist davon auszugehen, daß dieses Bündnis ein Ergebnis des am 16. März letzten Jahres in der Nähe von Neumünster stattgefundenen *„1. Landeskongreß des Nationalen Widerstandes in Schleswig-Holstein"* ist. Die formelle Leitung des Kongresses lag beim JN- und BGD-Landesvorsitzenden Andreas Rothmann (Lübeck), im Hintergrund war Thomas Wulff federführend tätig. Als Redner traten Stawitz und Schäfer sowie der Nazi-Ideologe Pierre Krebs vom *„Thule-Seminar"* auf. Ziel der Veranstaltung war die Vernetzung der Nazis und ihre Aktivierung. Wulff forderte in seiner Ansprache, *„die Politik auf die Straße zu tragen und sich nicht in den Hinterzimmern zu verstecken"*.

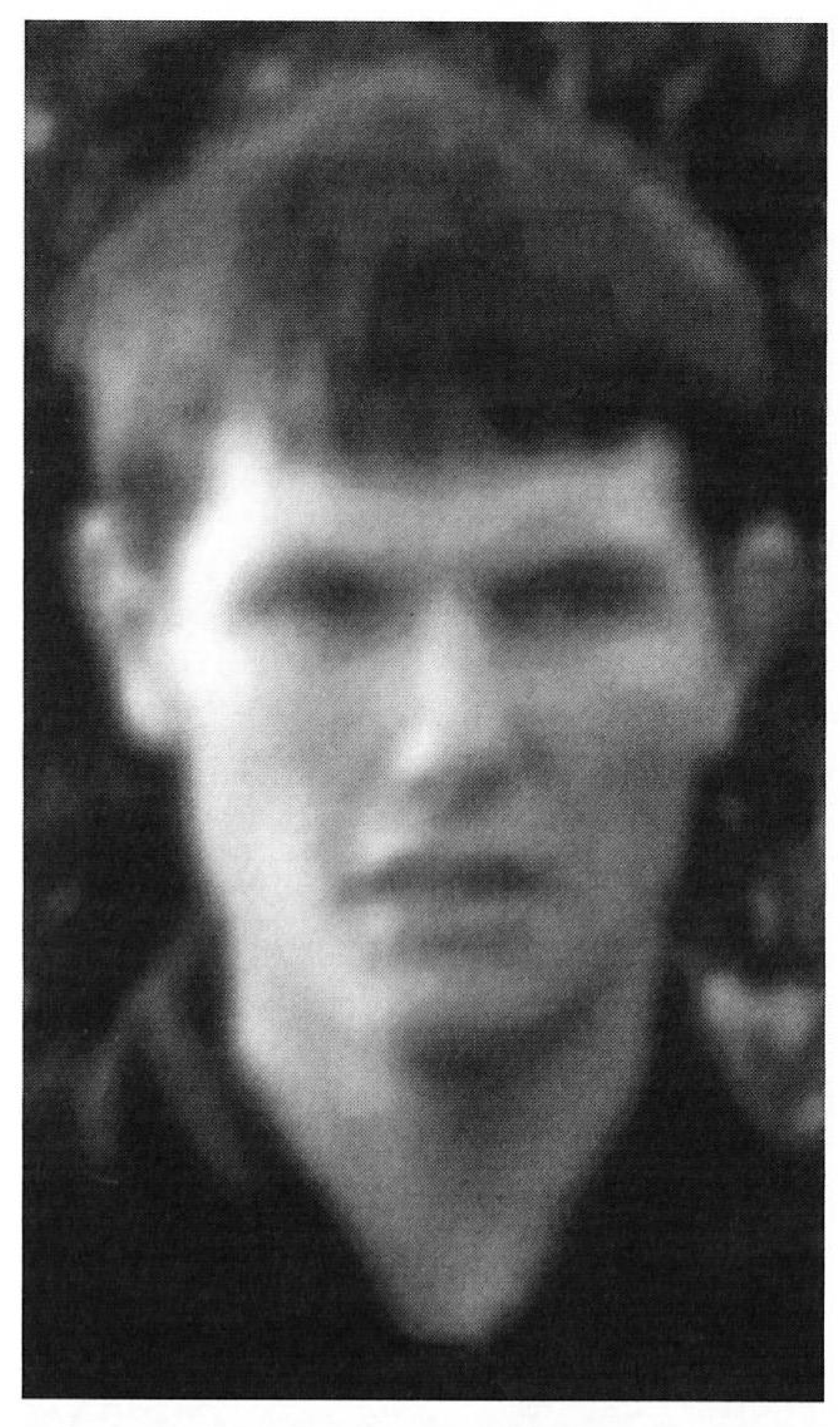
## Gefährliche Mischung

Auch wenn das „Bündnis Rechts" und das „Nationale und Soziale Aktionsbündnis" aus denselben Organisationen besteht, ist festzustellen, daß das „Bündnis Rechts" von NPD und DLVH dominiert wird und nach außen etwas moderater auftritt. Das „Aktionsbündnis" hingegen ist initiiert von JN, BGD und „Freien Nationalisten", hinter denen sich u.a. die ehemaligen NL-Mitglieder um Thomas Wulff verbergen. Das „Aktionsbündnis" trat in Lübeck bisher unter anderem durch die Verteilung von Flugblättern gegen das „Kirchenasyl" und gegen den „Bürgermeister Bouteiller" in Erscheinung. Schaut man sich die beteiligten Nazi-Organisationen an, so ist das „Bündnis Rechts für Lübeck" also eine extrem gefährliche Mischung aus Faschisten, die in der parlamentarischen und organisatorischen Arbeit erfahren sind und solchen, deren Stärke eher der Straßenterror ist. Ihre Aktionsfähigkeit stellten die Nazis bei verschiedenen Aufmärschen im letzten Jahr unter Beweis. So marschierten ca. 200 von ihnen, teils uniformiert, am 24. Mai durch Bad Segeberg. Massiv dort vertreten war der *„Freiheitliche Volksblock"* (FVB). Die Mitglieder dieser vor ca. vier Jahren gegründeten Nazi-Organisation stellten ca. 25% der Demo-TeilnehmerInnen. Sie treten stets in SS-ähnlicher Uniform auf. Ihre Gewalttätigkeit stellte diese Gruppierung am 4. Oktober '97 bei einem als Ablenkungsmanöver für die Gründung der Wählergemeinschaft „Bündnis Rechts" vorgesehenen Aufmarsch in Lübeck unter Beweis, als gekennzeichnete Ordner mit Kampfhunden eine Antifaschistin angriffen. Der



Andreas Rothmann

hauptsächlich in und um Nürnberg und Halle vertretene FVB hat auch in Eutin (Kreis Ostholstein) einen Stützpunkt, der von Sven Lörchner geleitet wird. Daß der FVB direkt am „Bündnis Rechts" beteiligt ist, ist eher unwahrscheinlich, denn in ihrem *„Medienbericht"* schreiben sie: *„Dieser politischen Misere setzt man noch eins drauf, indem man mit Aktionsbündnissen, runden Tischen und Vereinigungsbestrebungen die 50jährig andauernde Niederlage versucht wettzumachen. In dieser Konzept- und Planlosigkeit hofft man, daß es schon einmal irgentwie klappen wird."* Und weiter heißt es dort: *„Wir scheuen uns vor der Konkurrenz im nationalen Spektrum nicht. Wer davor Angst hat und von Vereinigung, Bündnissen usw. spricht, der wird sich nie zu einer entscheidenden Alternative in unserem Lande entwikkeln können. Nur wenn sich der Beste herauskristallisiert (nicht die, die kurzfristig mal einen Erfolg verbuchen konnten) wird es zu einem starken nationalen Gegengewicht in Deutschland kommen. Denn Vereinigungen sind Mittelmaß."* Daß der FVB also das Ziel hat, sich in der Nazi-Szene zu profilieren, dürfte klar sein. Es ist zu erwarten, daß er den Wahlkampf des „Bündnis Rechts" z.B. im Rahmen des Ordnerdienstes oder bei Aufmärschen für sich nutzt.



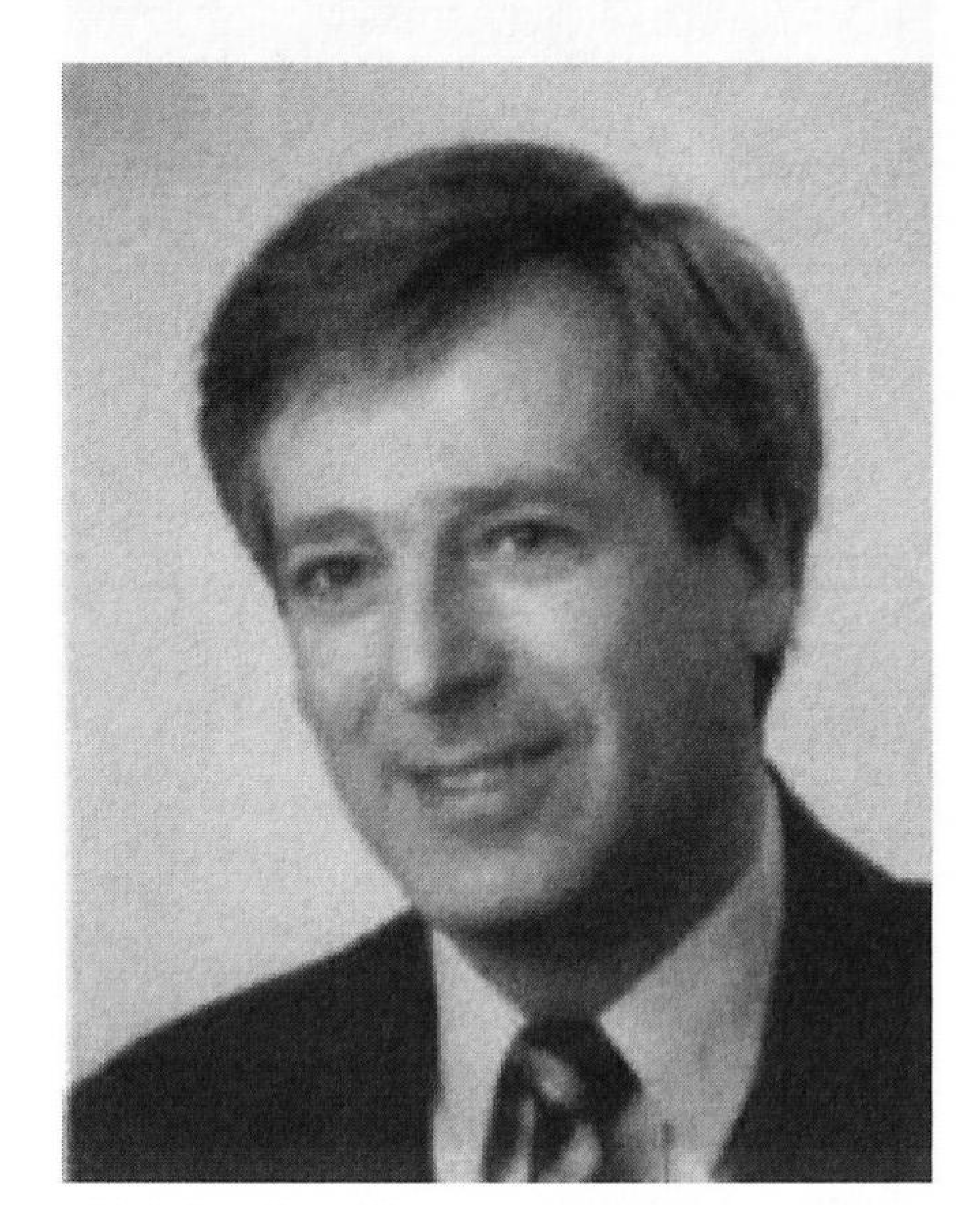
Sven Lörchner

## Die Lübecker Szene

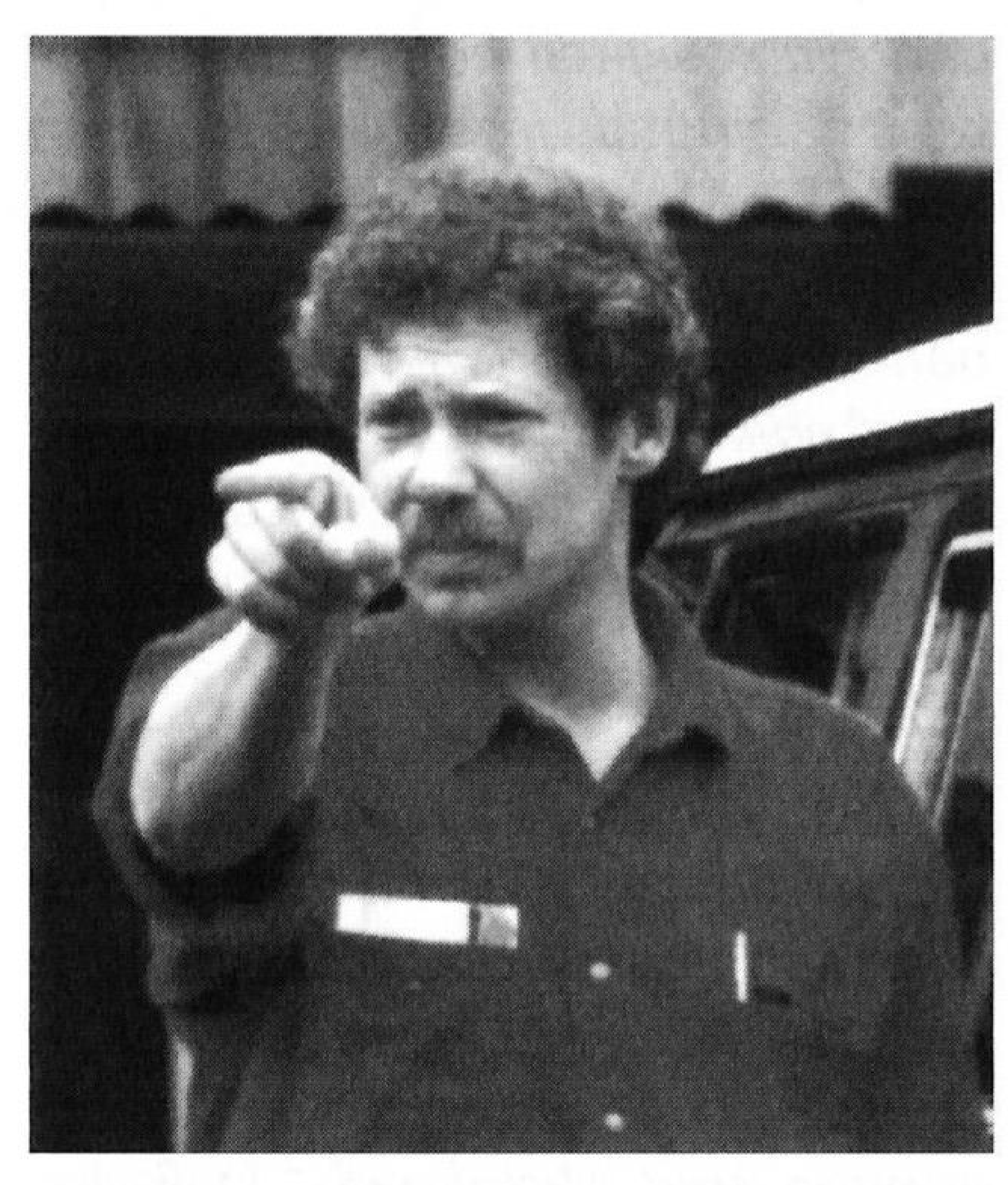
Bevor nun näher auf die Aktivitäten des „Bündnis Rechts für Lübeck" (BRL) eingegangen werden soll, stellen wir kurz deren wichtigste Aktivisten vor, als da wären:

Dieter Kern: Er ist DLVH- und NPD-Mitglied, sowie Vorsitzender der Wählergemeinschaft „Bündnis Rechts". Der 43jährige Spitzenkan-

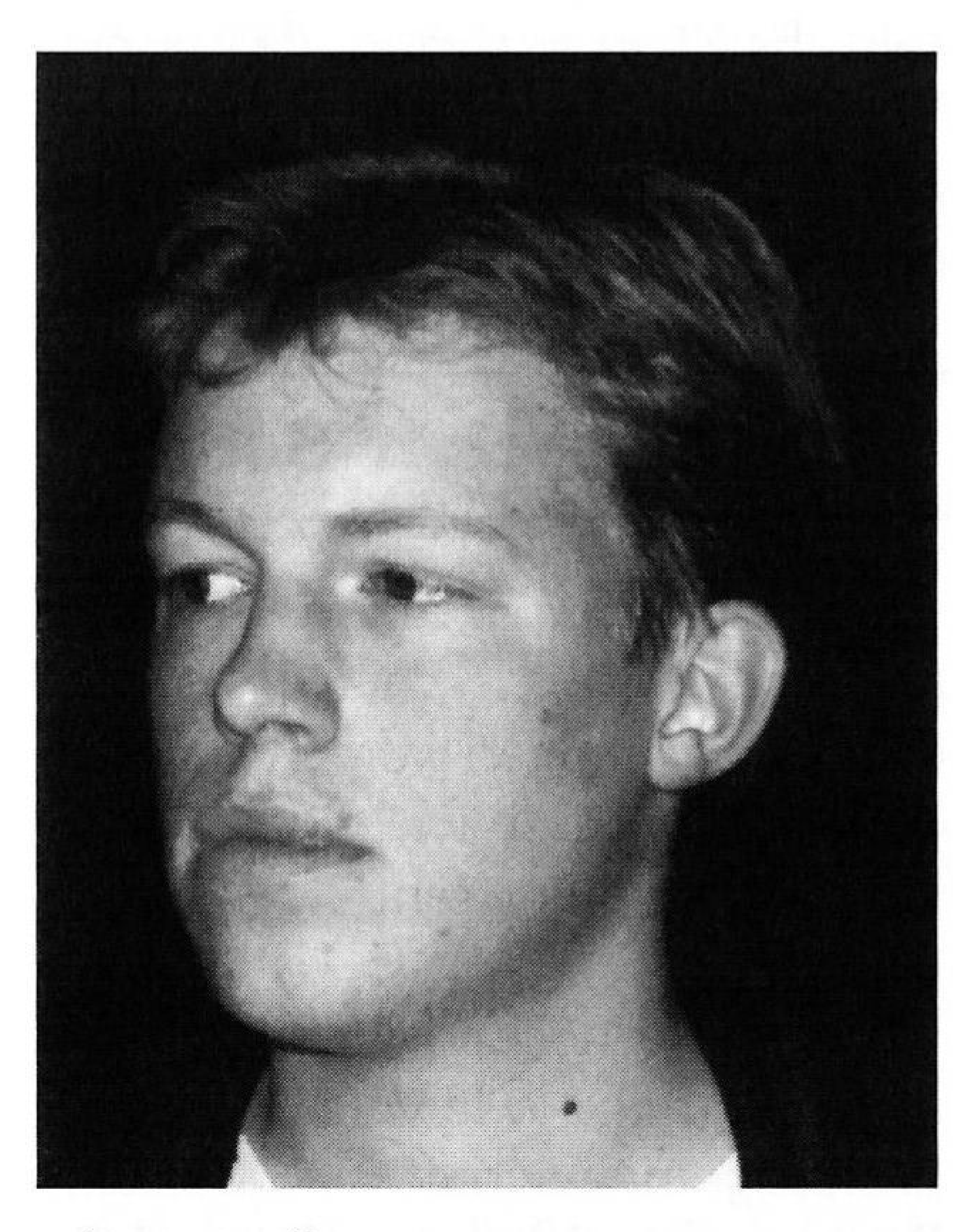
didat des BRL ist auch Inhaber des Postfaches des Landesverbandes der DLVH, das wiederum identisch mit dem des BRL ist.



Reinhard Kessow



Ulrich Schwetasch



Jürgen Gerg

Reinhard Kessow: Der 48jährige Diplom-Ingenieur aus dem Lübekker Stadtteil Marli ist der zweite Spitzenkandidat des BRL. Er ist der Inhaber des Postfaches des Kreisverbandes Lübeck der NPD. Vermutlich betreibt er auch das seit Mitte Januar eingerichtete Info-Telefon des BRL.

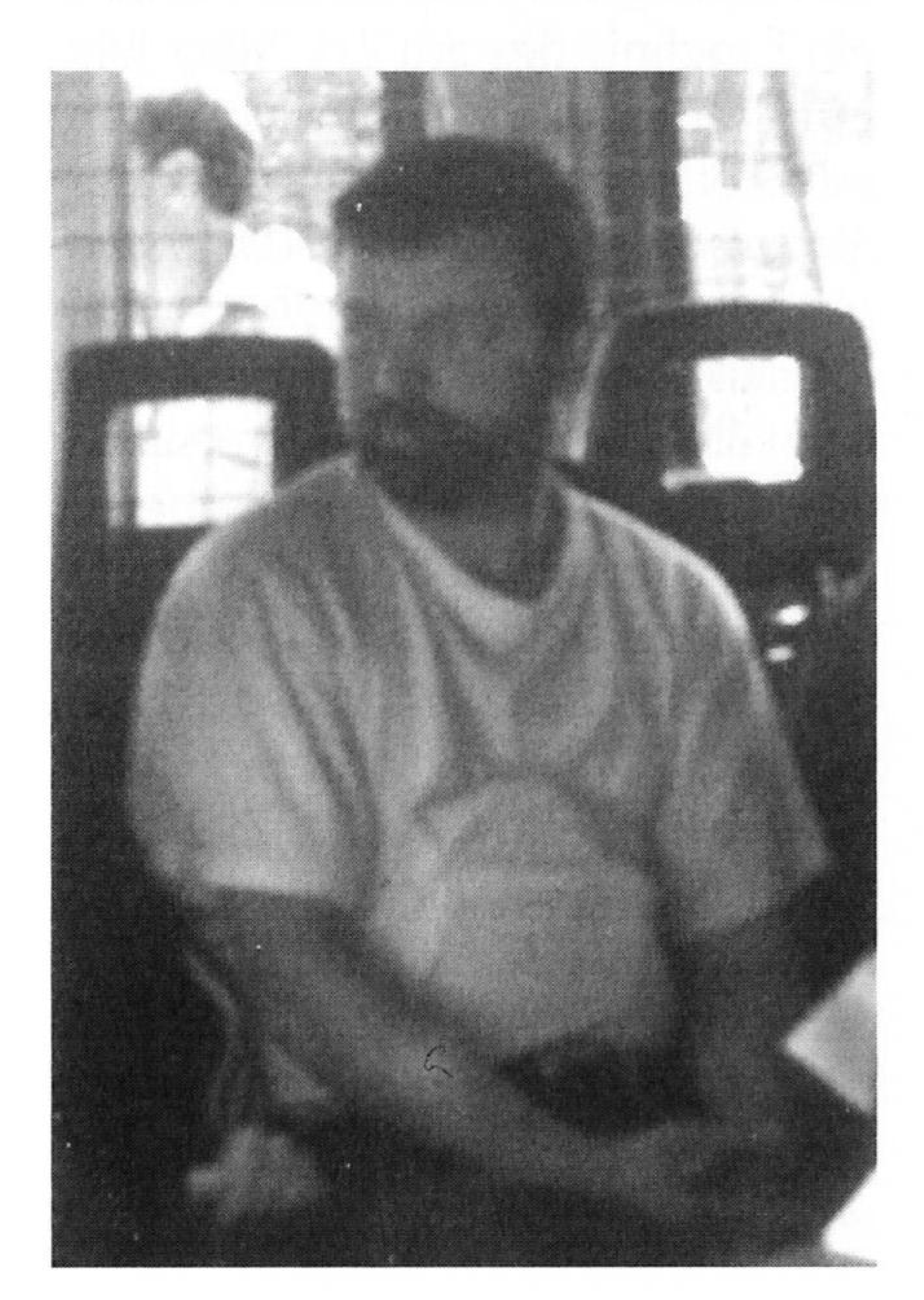
Andreas Rothmann: Der 21jährige ist Landesvorsitzender der JN und des BGD, sowie dritter Spitzenkandidat des BRL. Er wohnt jetzt, nachdem er Ende August letzten Jahres von seinen Eltern zu Hause rausgeschmissen worden war, zumindest offiziell in Lübeck.

Ulrich Schwetasch: Der 37 Jahre alte Schwetasch ist schon seit über $1\,^1/_2$ Jahrzehnten in der Nazi-Szene aktiv. Mitte der 80er Jahre war er Landesbeauftragter der JN Schleswig-Holstein, Anfang der 90er dann Mitglied der DVU. Seit dem letzten Jahr ist wieder stärker aktiv. U.a. war er an einem Nazi-Aufmarsch am 1. Mai in Hannoversch-Münden beteiligt. Dort trug er ein Transparent mit der Aufschrift „Nationaler Sozialismus". Für den 31. Mai, dem Samstag nach dem Brandanschlag auf die St. Vicelin-Kirche, meldete Schwetasch eine Demonstration unter dem Motto: *„Kirchenasyl - Wider Gesetz und Recht"* an, die jedoch verboten wurde. Außerdem war er am 9. August mit dabei, als ca. 20 Neofaschisten am Holstentor Flugblätter für den Gedenkmarsch an den Kriegsverbrecher und Hitlerstellvertreter Rudolph Hess verteilten. Am 18. Oktober traf sich Schwetasch dann in der Gaststätte „Marquez" in Lübeck-Moisling zu einer Besprechung mit ca. 20 Funktionären und Aktivisten des FVB. Es dürfte um den Kommunalwahlkampf gegangen sein.

Jürgen Gerg: Der JN-Aktivist ist Anfang 20. Er lebt im Lübecker Stadtteil St. Jürgen, nur drei Fußminuten von der St. Augustinus-Kirche entfernt, auf deren Gemeindehaus am 29. Juni letzten Jahres ein faschistischer Brandanschlag verübt worden war. Gerg hatte wie Schwetasch für den 31. Mai eine Demo angemeldet, allerdings unter dem Motto *„Arbeitsplätze zuerst für Deutsche"*. Auch er verteilte am 9. August Flugblätter für Rudolph Hess.



Jörn Lemke



Harald Voss

Jörn Lemke: Er tat sich als Leserbriefschreiber gegen das Kirchenasyl hervor. Am 24. Mai trug er beim Nazi-Aufmarsch in Bad Segeberg das Leittransparent mit der Aufschrift „Widerstand". Wie sein bester Freund Jürgen Gerg war auch er bei der Flugblatt-Verteilaktion am 9. August dabei.

Harald Voss: Der 44 Jahre alte Voss lebt in Lübeck-Kücknitz. Er unterhält enge Kontakte zur „Anti-Antifa"-Aktivistin Thekla Kosche

aus Bad Segeberg. Gemeinsam mit ihr versuchte er am 13. September letzten Jahres AntifaschistInnen auf einer Demonstration in Hamburg zu fotografieren, woran beide jedoch gehindert wurden. Am selben Tag störte er gemeinsam mit JN-Funktionären eine Wahlkampfkundgebung des ehemaligen Hamburger Bürgermeisters Henning Voscherau im Stadtteil Hamm. Auch er verteilte am 9. August letzten Jahres Flugblätter für Rudolph Hess.

## Modellcharakter

Gezielt in Lübeck will das „Bündnis Rechts“ seine Aktivitäten zur Kommunalwahl am 22. März konzentrieren. Die Nazis wollen nach der Serie von Brandanschlägen, jetzt auch die Straße erobern und in die Lübecker Bürgerschaft einziehen. Sie erhoffen sich von dieser Wahl eine Signalwirkung für die gesamte rechte Szene. Ein Bündnis fast aller Nazi-Organisationen ohne rechte Gegenkandidatur (die Republikaner haben Mitte Januar ihre geplante Kandidatur zurückgezogen und kooperieren mit dem „Bündnis Rechts“) soll zum Modell für andere Kommunen, Länder oder sogar den Bund werden. Gelingt dies, wäre ein wichtiger Schritt für eine „Rechte Einheitsfront“ getan.

## Erste Wahlkampf-aktivitäten

Der Wahlkampf des „Bündnis Rechts“ hat bereits begonnen. Seit Mitte Januar wird mit Stellschildern für eine Demonstration im Lübecker Stadtteil Moisling geworben. Das Motto des Wahlkampfes lautet: *„Den Volkszorn ins Rathaus tragen!“* Um größtmögliche Publizität zu erhalten, scheint es, aufgrund der eigenen Schwäche, Taktik zu sein, auf fremden Veranstaltungen aufzutreten. So versuchte Ingo Stawitz bereits am 25. November ‘97 auf einer Veranstaltung der Initiative „Sport gegen Gewalt“, auf der u.a. Ignaz Bubis und Schleswig-Holsteins Innenminister Wienholtz auf dem Podium saßen, zu Wort zu kommen. Dies konnte durch engagierte AntifaschistInnen verhindert werden. Im Dezember dann, versuchten Harald Voss und zwei Republikaner eine Informations-veranstaltung der Jusos mit einem Referenten des „Lübecker Bündnis gegen Rassismus“ zu besuchen. Ihnen wurde der Einlaß verwehrt. Auf einer Veranstaltung der FDP am 19. Januar mit der ehemaligen Bundesjustizministerin Leutheusser-Schnarrenberger zum Thema *„Liberalisierung der Drogenpolitik“* gelang es mehreren „Bündnis Rechts“-Aktivisten nicht, die Veranstaltung zu übernehmen. Die von ihnen verteilten Flugblätter mit dem Titel *„Drogendealer sind Mörder“* wurden ihnen jedoch von einem Großteil der BesucherInnen wieder in die Hand gedrückt. Eine Veranstaltung der St. Marien-Gemeinde am folgenden Tag zum Thema Kirchenasyl wurde von den Nazis schlichtweg übernommen. Sie stellten sich dort mit Namen vor, hetzten gegen MigrantInnen und warben für ihre Demonstration in Moisling. Aus einem falschen Demokratieverständnis heraus wurde dort mit ihnen diskutiert, anstatt sie schlichtweg des Saales zu verweisen. So wurde ihnen unnötigerweise ein Forum geboten. In den beiden letzten Fällen waren leider keine AntifaschistInnen vor Ort oder wurden benachrichtigt. Auf den folgenden Veranstaltungen wird ihnen dies sicherlich nicht gelingen.

## Gegenaktivitäten

Wir müssen auf zwei Ebenen aktiv werden. Die erste ist die Auseinandersetzung mit städtischen Institutionen, Parteien, Ämtern etc. über die notwendigen Maßnahmen gegen das „Bündnis Rechts“. Dies bezieht sich z.B. auf das Zulassungsverfahren, das das „Bündnis Rechts“ zur Wahl durchlaufen muß. Die 560 nötigen Unterstützungsunterschriften müssen tatsächlich und genau geprüft werden. Es darf also nicht nur wie in der Vergangenheit ein Abgleich mit dem Melderegister stattfinden. Zudem sollte das Wahlamt auch die Rechtmäßigkeit und formale Richtigkeit der Kandidaten genau prüfen. Selbst wenn keine formalen Gründe gefunden werden, fordern wir die Mitglieder des Kreiswahlausschusses auf, gegen die Zulassung des „Bündnis Rechts“ zu stimmen, denn Faschis-




mus kann keine wählbare Alternative sein. Selbst wenn der Landeswahlausschuß diese Entscheidung wieder rückgängig macht, ist dieses politische Signal unerläßlich. Unsere wichtigste Forderung an die Stadt ist, alle genehmigungspflichtigen Aktivitäten der Nazis zu untersagen. Dies betrifft Infostände, Plakatierungen, Demonstrationen etc.. Minimalforderung in diesem Zusammenhang ist, daß eine Information der antifaschistischen Initiativen über geplante rechte Aktivitäten stattfindet. Vom Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein fordern wir das sofortige Verbot der Wählergemeinschaft „Bündnis Rechts“. Am wichtigsten sind natürlich unsere eigenen Aktivitäten. Denn darauf, daß Stadt und Polizei schon das Nötige veranlassen werden, können wir uns nicht verlassen. Wir werden Nazi-Plakate entfernen, Infostände, Veranstaltungen und Aufmärsche verhindern, sowie durch eigene antifaschistische Öffentlichkeitsarbeit über die eigentlichen Ziele des „Bündnis Rechts“ aufklären.

# Es ist also an der Zeit...

*SBW*



# Christophersen - Freundeskreis trifft sich bei Flensburg

**Vom 24.-26. Oktober letzten Jahres hat eine Revisionisten-Tagung im Flensburger Großraum stattgefunden. Zu dieser Tagung hatte der Freundeskreis des im Februar '97 verstorbenen Auschwitz-Leugners und Geschichtsverfälschers Thies Christophersen aufgerufen. Als Referenten traten mit dem Rechtsanwalt Jürgen Rieger, dem ehemaligen Bundeswehrgeheimdienst-Offizier des MAD Wolfgang Juchem und dem ehemaligen Finanzrichter Wilhelm Stäglich, führende Köpfe der Revisionisten in der BRD auf. Sie sind maßgeblich für die Ausarbeitung und Verbreitung geschichtsverfälschender neofaschistischer Propaganda verantwortlich.**

Der multifunktionale Rechtsanwalt Jürgen Rieger ist Mitglied und Führungskraft in etlichen rechtsextremen Organisationen und stellt ein wichtiges Bindeglied dar. In seiner weiteren Funktion als Rechtsanwalt vertritt er insbesondere das Rechte Lager. Ein Schwerpunkt seiner Verfahren sind Anklagen, die die Leugnung des Massenmordes an Juden im Nationalsozialismus zum Inhalt haben.

Auch Wolfgang Juchem stellt ein wichtiges organisationsübergreifendes Bindeglied im Rechten Lager dar. Er verfügt über Kontakte in das gesamte Spektrum des deutschen und des internationalen rechtsextremen Netzwerkes und stellt eine höchst intregierende Kraft dar. Sein Referat auf der Tagung lautete: *„Deutschland- und Europapolitik heute: Die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln."*

Der ehemalige Flugabwehroffizier der Wehrmacht und spätere Finanzrichter Wilhelm Stäglich stellt ebenso eine seit Jahrzehnten führende Person im rechtsextremen Netzwerk dar. 1974 mußte Stäglich aufgrund verschiedener rechtsextremistischer Veröffentlichungen sein Beruf als Richter aufgeben. 1979 veröffentlichte Stäglich sein Buch *„Auschwitz-Mythos"*, welches ein sofortiges Verbot nach sich zog. Seine revisionistischen Vorträge bietet er organisationsübergreifend allen Strömungen der Extremen Rechten an.

Klaus Huscher, der 1977 mit Erwin Schönborn sowie mit Thies Christophersen in Nürnberg einen Auschwitz-Kongreß plante, welcher aufgrund eines Verbots nicht stattfinden konnte, hatte sich mit einer Rede *„zum Thema"* angekündigt.

Ein weiterer Referent auf der Revisionisten-Tagung war Gerhard Seifert. Er schreibt und referiert für verschiedene Gruppierungen des Heidnischen/Neugermanischen Lagers, das ein wichtiges ideologisches Feld für die rechtsextreme Szene darstellt. U.a. für die *Nordische Zeitung*, eine Publikation der *Artgemeinschaft e.V.*, der Jürgen Rieger als Vorsitzender angehört. Ebenso ist Seifert Redner auf Tagungen des *Bund der Goden*.

Sigrun Schurbohm, die 1994 stellvertretende Bundesvorsitzende der *Jungen Nationaldemokraten* war, nahm ebenfalls an der Tagung teil.

Anwesend waren auch Manfred Börm und Uwe Rohwer. Beide waren in den 70ern Gauführer der *Wiking-Jugend* Schleswig-Holsteins. 1979 wurden beide wegen Mitgliedschaft in einer rechtsterroristischen Organisation verurteilt. U.a. wegen




Familiengrab der Christophersens in Boel



Jung-Nazis gedenken Alt-Nazi auf dem Boeler Friedhof

Banküberfall und einem Überfall auf ein Munitionsdepot der Bundeswehr. Rohwers Wiking-Hof in Dörpstedt war Ausbildungslager für Wehrsportgruppen.

Insgesamt folgten ca. 100 Personen aus der rechtsextremen Szene der Einladung von Claudia Brüning, die aus dem Freundeskreis um Thies Christophersen kommend, für die Einladung verantwortlich zeichnete. Im weiteren wurden neben belgischen auch schwedische Faschisten beobachtet.

Vor der Revisionisten-Tagung wurden durch Claudia Brüning drei Hotels unter der Angabe *„Gruppe mit Jugendchor"* angemietet. Die wahre Absicht blieb im Verborgenen und auch auf der Einladung zur Tagung wurde nur von den Hotels A,B und C geschrieben, da mit Protesten von vornherein gerechnet worden ist. Zwei von drei Hoteliers waren auch sofort zur Stornierung der Buchungen bereit, nachdem sie über die wahren Hintergründe der Tagung informiert worden sind.

Der Ferienhof Valentin (bei Grundhof) erwies sich für die Rechtsextremisten als verläßlicher Unterschlupf. Obwohl der Hotelier informiert worden ist, und vorab in Gesprächen sein Wort für eine Stornierung gab, gewährte er einem Teil der Rechtsextremen Unterkunft.

Freitagabend fand dann in dem Gasthaus „Zur Mühle" in Westerholz an der Ostsee, begleitet vom *„Flämischen Scheldechor"* aus Belgien, das Abendprogramm statt. Der Hotelier wurde auch hier über die Sachlage informiert, verwies aber darauf, erst im Verlauf des Abends bemerkt zu haben, daß es sich um Rechtsextremisten handelt. Von seinem Hausrecht wollte er jedoch nicht Gebrauch machen.

Weitere Unterkünfte für Freitag- und Samstagnacht wurden dann im Raum Westerholz/Langballig in mehreren Pensionen und Hotels kurzfristig angemietet.

Am Samstagvormittag begaben sich die Rechtsextremisten in den Gasthof „Munkbrarup" in Munkbrarup und hielten dort ihre Tagung ab. Eine Hundertschaft Polizei hielt sich abseits für mögliche Konfrontationen bereit. Proteste haben jedoch nicht stattgefunden. Auch hier wurde der Wirt informiert, zeigte aber Einigkeit mit den Rechtsextremen. Man *„sei sich sicher, daß nichts passiert. Es wäre ja genügend Polizei vor Ort."* So der O-Ton. Neonazis sicherten den Gasthof.

Gegen Mittag fuhren dann die Rechtsextremisten gemeinsam im Konvoi zu der Begräbnisstätte nach Boel, wo Thies Christophersen beigesetzt worden war. Hier wurde dann ein Kranz niedergelegt und von Wolfgang Juchem sowie Jürgen Rieger eine Ansprache gehalten. Rieger in seiner Rede im O-Ton: *„Er (Thies C.) mußte auch aus Dänemark weg, nach dem der Mob dort, durch die jüdische Gemeinde mobilisiert worden war und ihm die Scheiben einwarfen und ihn beschmiert hatten".* Naziskins, unter ihnen welche aus dem Oldenburger sowie Dortmunder Raum, standen mit Fackeln am Grab stramm. Der Probst des Kirchenkreises forderte von der Polizei die sofortige Auflösung der zur politischen Veranstaltung gewordenen Kranzniederlegung. Wegen *„Verhältnismäßigkeit der Mittel"* hat die Polizei jedoch davon abgesehen. Anschließend fuhren die Nazis wieder in die Gaststätte Munkbrarup. Ein im Rahmen des Programms geplanter Besuch des Wehrkundemuseums der Marineschule Mürwik/Flensburg wurde im Vorfeld der Veranstaltung von der Marineschule abgesagt.

Der geplante Besuch des Exilhauses von Thies Christophersen im dänischen Kollund, wohin sich ehe-




Aufgrund antifaschistischer Proteste müssen die Nazis ihren Besuch im Schleswiger Schloß-Museum vorzeitig abrechen

mals der mit Haftbefehl Gesuchte geflüchtet hatte, wurde gar nicht erst versucht. Eine Schiffahrt nach Kollund war angesichts der angekündigten Proteste von antifaschistischen Gruppen sowie dem Widerstand der Kollunder Bevölkerung nicht möglich. So wollten die Rechtsextremen dann am Sonntag ihre Tagung mit einem Besuch im Schleswiger Schloß-Museum mit einem kulturellen Genuß abrunden, der jedoch aufgrund antifaschistischer Proteste, vorzeitig abgebrochen wurde. Nachdem der Leiter des Museums auf die Sachlage aufmerksam gemacht worden ist, erwirkte dieser allerdings erst nach Diskussionen eine vorzeitige Beendigung des Museumsbesuchs. In Verhandlungen mit der Polizei, die mit einem Festnahmezug vertreten war, konnte eine antifaschistische Gruppe von 30 Personen, ein Konzept ihrer antifaschistischen Aktion durchsetzen. Während die Rechtsextremen sich auf das Verlassen des Museums vorbereiteten, stellten die AntifaschistInnen ein „Spalier" auf, durch das die aus dem Museum kommenden Rechtsextremisten gehen mußten. Rechtsanwalt Rieger voran gingen dann die Rechtsextremen durch das antifaschistisches „Spalier". *„Kein Platz für Nazis"*-Rufe und andere Ausdrücke der Unerwünschtheit waren eine sehr geräuschvolle Kulisse, die bei den Nazis bei deren demütigen Abgang durch das „Spalier" einen bleibenden Eindruck hinterlassen haben dürfte. Die Polizei hielt sich beobachtend im Hintergrund. Mit dem vorzeitigen Abbruch des Museumsbesuchs endete auch die revisionistische Tagung. Thies Christophersen galt schon zu Lebzeiten als Symbolfigur der Auschwitz-Leugner. Sein 1973 erschienendes Buch *„Auschwitz-Lüge"* war ein Signal für weitere Geschichtsverfälscher mit weiteren Lügen den Revisionismus mit geistiger Nahrung zu versorgen. Christophersens Tod im Feb. '97 dürfte zukünftig immer wieder dafür Anlaß sein, sein Grab als Wallfahrtsort bzw. als Aufmarschort für Rechtsextreme jeglicher Schattierung zu nutzen. Mit der Kranzniederlegung fand von den Faschisten ein erster Versuch statt, die Grenzen des öffentlichen Drucks und des antifaschistischen Widerstands zu erkunden.

Unser Widerstand konnte aufgrund eigener Schwächen in der Mobilisierung, durch eine Fehleinschätzung der Situation, nicht die revisionistische Tagung verhindern, jedoch aber beeinträchtigen. Wir werden uns für den 13. Feb. 1998, den 1. Todestag von Christophersen, an dem mit einer weiteren Kranzniederlegung bzw. einem Aufmarsch gerechnet werden muß, geeigneter vorbereiten.

Kein Wallfahrtsort für Rechte Symbolfiguren!
Kein Rechter Aufmarsch, weder hier noch sonstwo!

*Antifaschistische Aktion*
*Nov. 1997*

# Antifaschistische Aktion gegen Flensburger Naziszene

**Durch mehrere tausend Flugzettel wurde, wenige Tage nach den Munkbrarup/Boel-Ereignissen, die Flensburger Öffentlichkeit über das Treiben einer regionalen Nazibande aufgeklärt. Weiter wurde darüber informiert, welche Personen hinter dieser Gruppe stehen. Wir geben hier den Text des Aufklärungsschreibens in gekürzter Fassung wieder:**

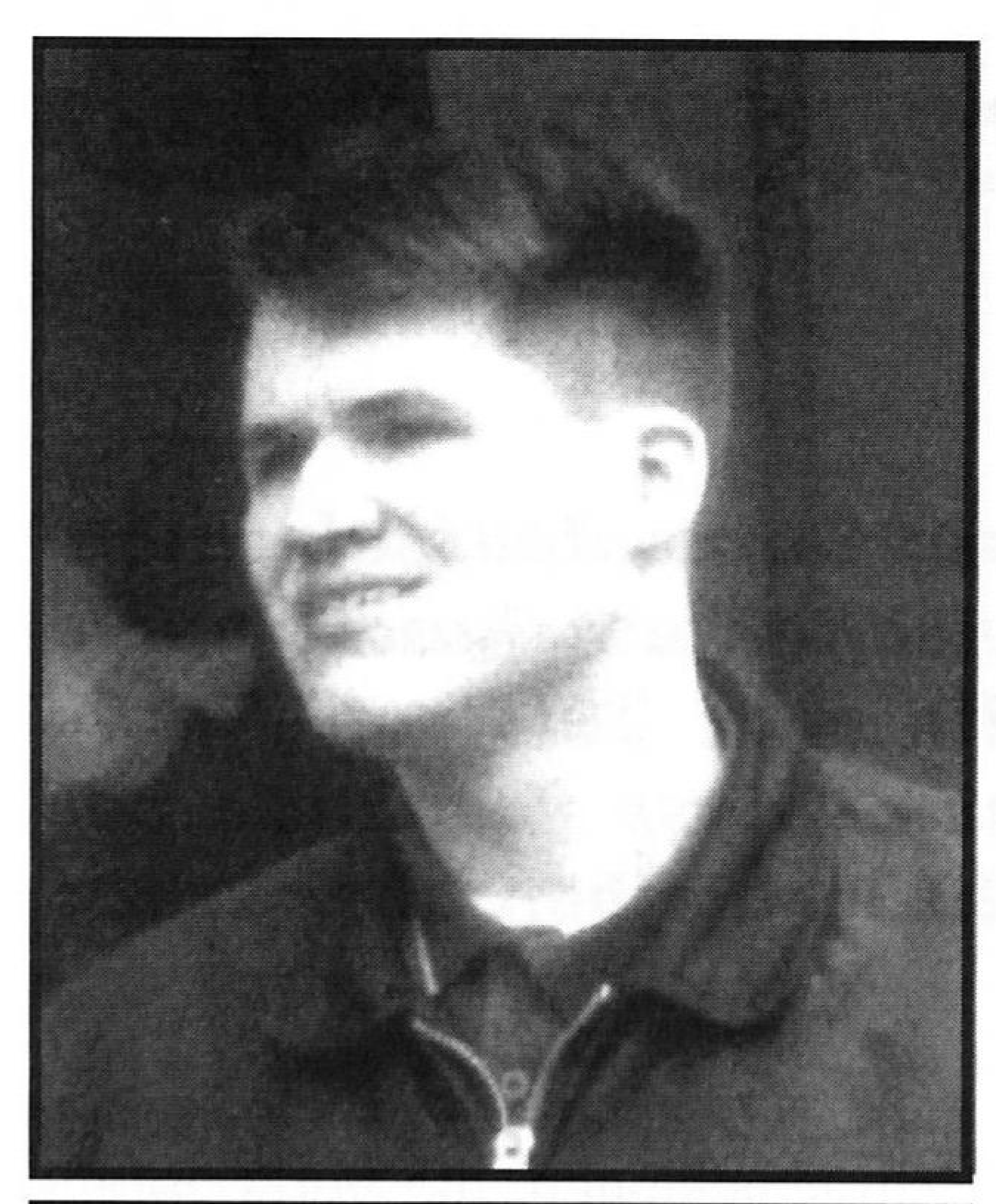
„Steckbriefe" angeblicher Neonazis

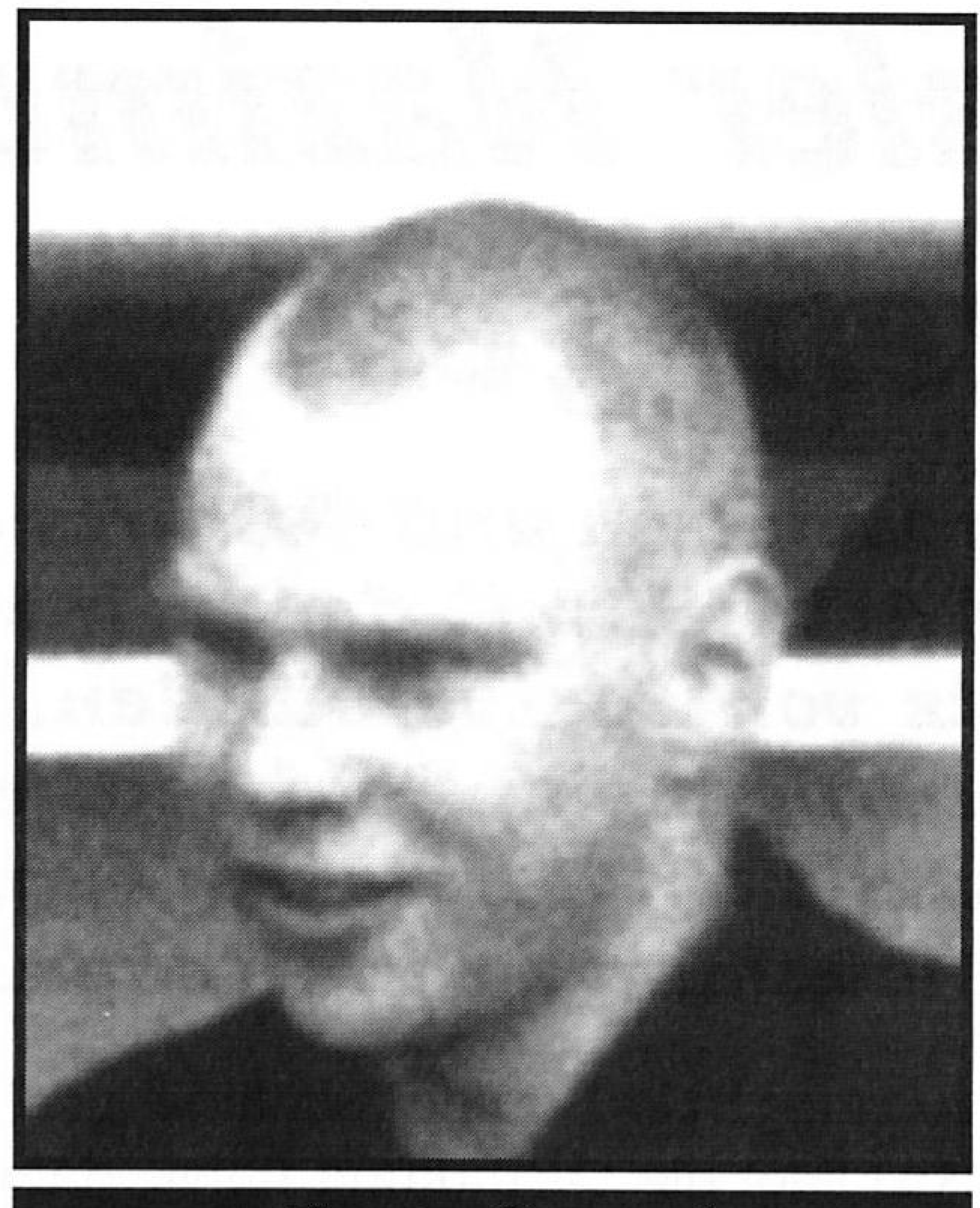
**Flugblatt sorgt für Zündstoff**

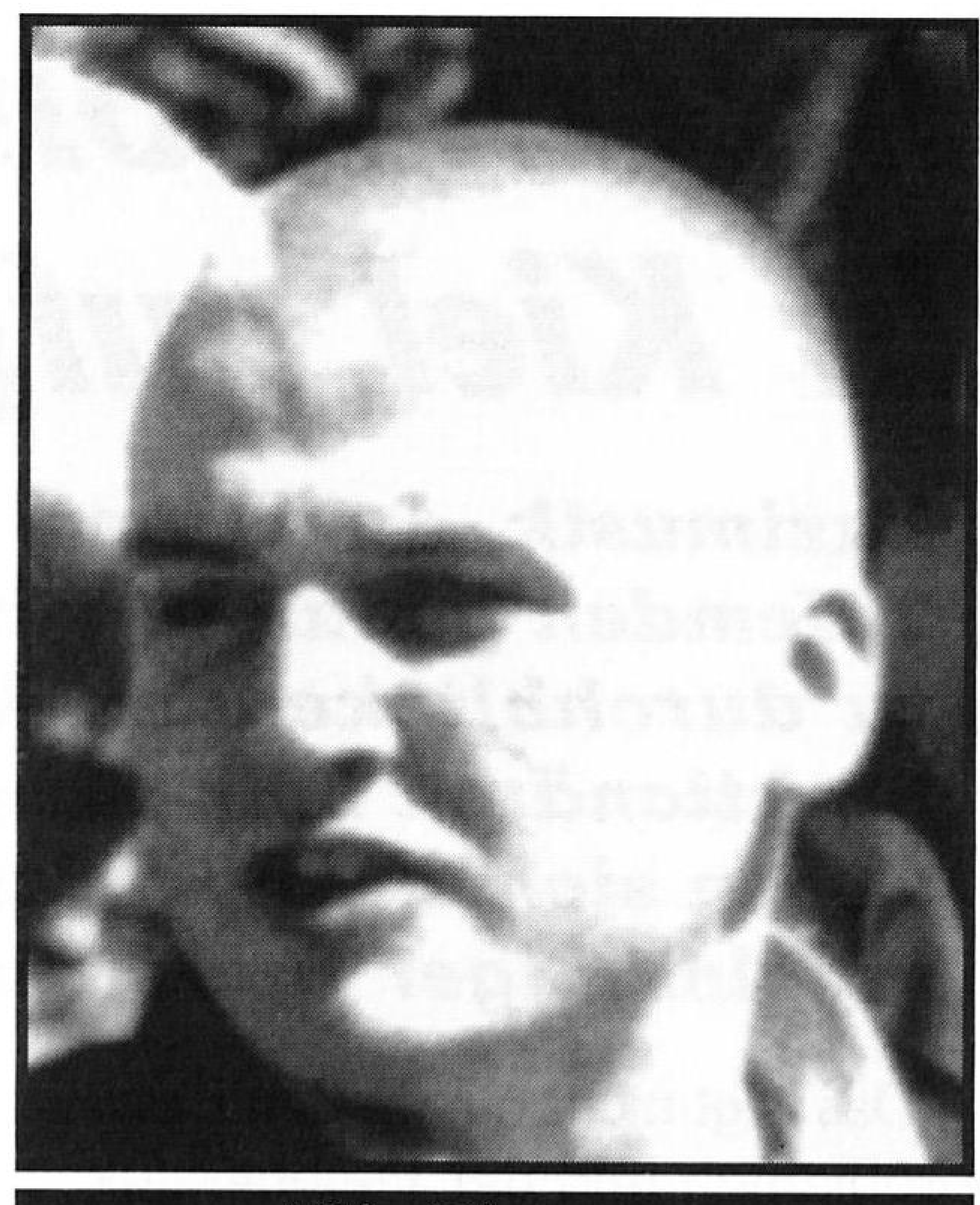
FLENSBURG (ft) Ein Flugblatt der „Initiative antifaschistischer Gruppen aus Flensburg" sorgt für juristischen Zündstoff. Darin ver- dem maßgeblich an rechtsradikalen Aktionen beteiligt gewesen. Stichworte: Rudolf Hess-Marsch, Christophersen-Trauerfeier. Die Abteilung Staatsschutz der Kriminalpolizei hält dieses Flug-

*„Es ist soweit! Der nördlichste JN-Stützpunkt steht felsenfest."* So beginnt ein Lagebericht einer Flensburger Neonazigruppe im *„Nationalistischen Infoblatt - Der Aktivist."* (...) Seit dem Verbot etlicher Gruppen durch das Innenministerium hat die JN in der deutschen Naziszene eine herausragende Rolle übernommen. Laut des Verfassungsschutzberichtes Schleswig-Holstein nimmt die JN auf bundesweiter Ebene *„eine Schlüsselrolle im Neonazismus ein"*. Auch in Flensburg haben sich verschiedene Personen unter dem Namen dieser rassistischen „Jugendpartei" vereint,(...). Der Verfassungsschutz sieht in Flensburg einen der Schwerpunkte der JN-Mitglieder in Schleswig-Holstein. *„Die Propagandaarbeit läuft ununterbrochen"*, prahlen die Flensburger Neonazis. *„Eine Delegation der JN-Flensburg nahm auch an der 1. Mai-Kundgebung in Berlin teil, ferner stellte die Gruppe bei der norddeutschen Sonnenwendfeier Fahnen- und Fackelträger, welche auch Feuersprüche vortrugen"*, geben sie stolz bekannt. Weiter besuchten sie die Landesversammlung der *NPD*-Hamburg und organisierten, nach eigenen Angaben, den Ordnerdienst während des Parteitages des NPD-Landesverbandes Schleswig-Holstein.(...)

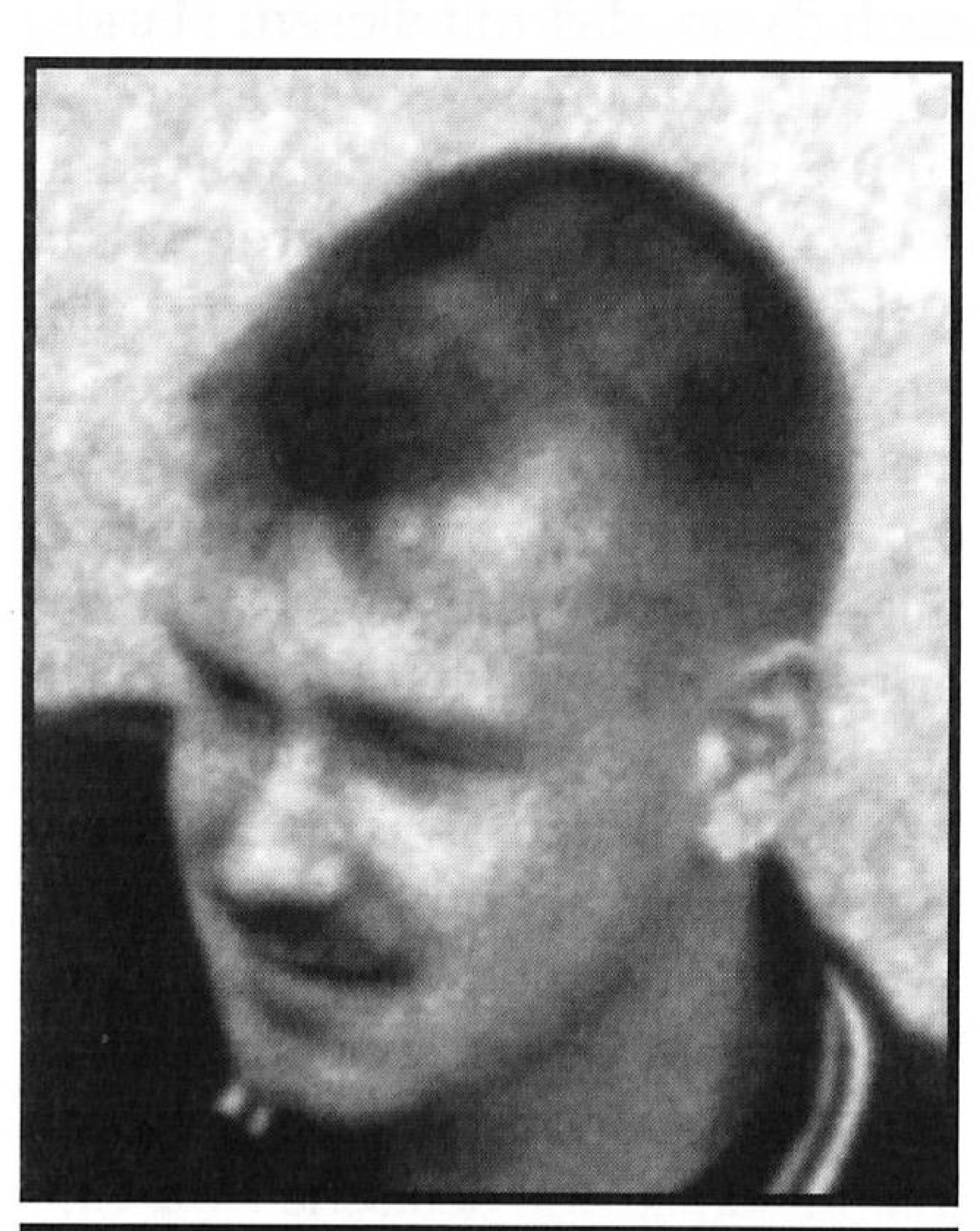
Der Flensburger Neonazikreis mobilisierte durch Plakate und Aufkleber massiv für den Rudolf-Hess-Marsch 1996. Sie beteiligten sich im November '96 an einer verbotenen Totenehrung für die gefallenen deutschen Soldaten im 1. und 2. Weltkrieg. Auch an der Beerdigung des prominenten Altnazis Thies Christophersen versuchten einige teilzunehmen. Wenig später verteilten sie zu

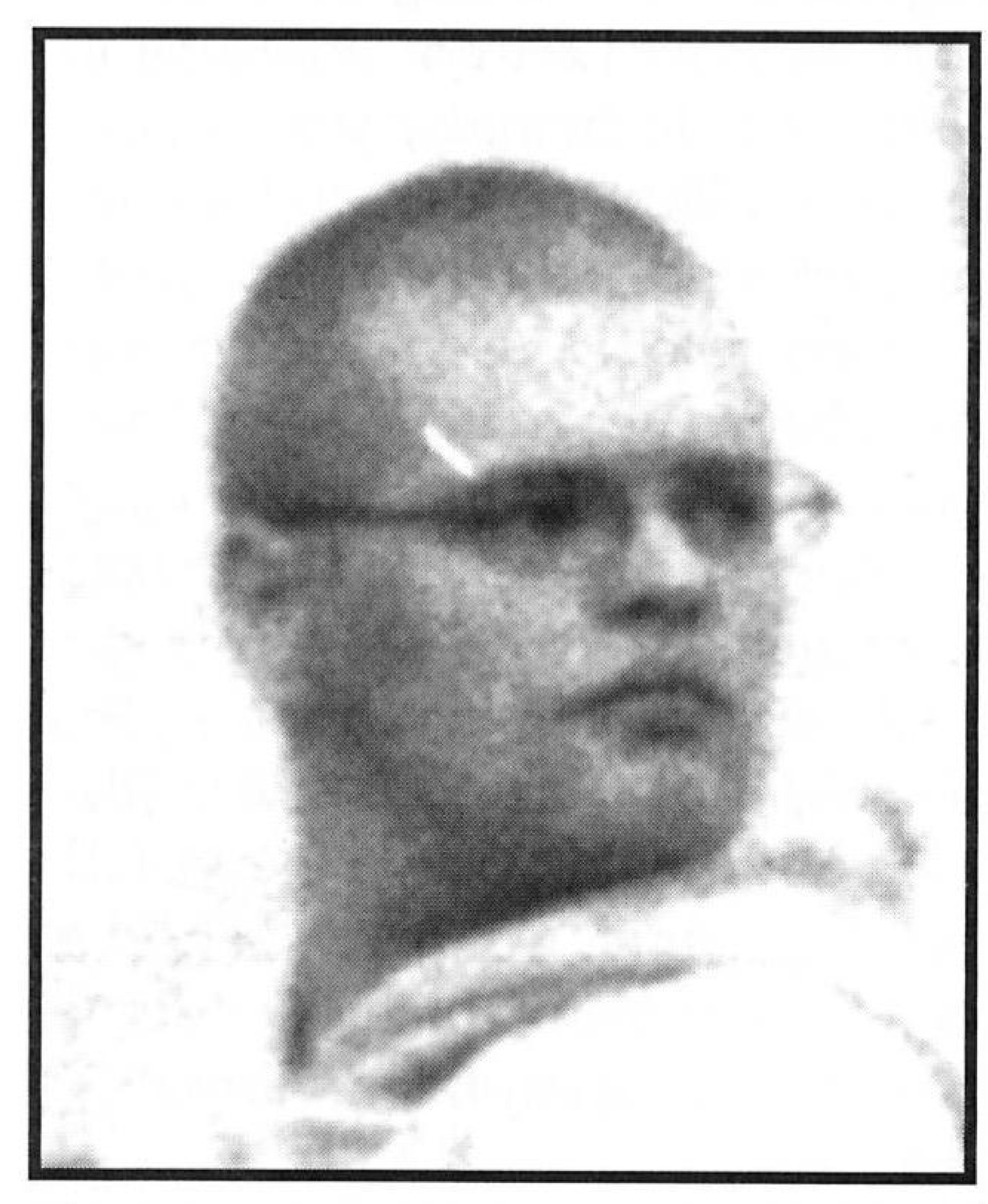

Tim Kirschner


Knut Sogorski


Ulf Blessmann

diesem Anlaß Flugblätter in der Flensburger Innenstadt. Wieder durch Plakate und Aufkleber machten sie dann im April '97 auf sich aufmerksam: Sie riefen zur Beteiligung an dem geplanten 1. Mai-Nazi-Massenspektakel in Leipzig auf und boten Interessenten Mitfahrgelegenheiten an. Diese Nazizusammenkunft konnte glücklicherweise verhindert werden. Von der Polizei ungehindert, marschierten hingegen im Mai '97 ca. 150 Neonazis in Bad Segeberg. Unter ihnen, stolz mit Transparenten und Fahnen, die Flensburger „Kameraden". Unter dem scheinheiligen Namen *„Bürgerinitiative gegen Gewalt und Drogen"* hetzte die Gruppe in einem Flugblatt verleumderisch gegen alternative Personen und Projekte. Ihr neustes Werk ist der Druck von einigen tausend Aufklebern, die hauptsächlich den Stadtteil Mürwick, aber auch z.B. die Schleswiger Einkaufsstraße mit u.a. rassistischen und ausländerfeindlichen Inhalten verschmutzen. Die Organisatoren werten die Aktion als Erfolg. Viele neue Informationen, über fast alle der veröffentlichten Neonazis, konnten verbucht werden. Reaktionen kamen auch von der Staatschutzabteilung der Kriminalpolizei Nord: *„Wir haben auch nichts für diese Leute aus der rechten Szene übrig. Aber wenn man etwas degegen unternehmen will, dann muß das Hand und Fuß haben."* Wenn der Staatsschutz effektivere Aktionsformen gegen Rechtsradikalismus vorzieht, wäre sicherlich ausnahmsweise nichts dagegen einzuwenden. Allerdings ist der angebliche Wille kaum ernstzunehmen, wenn der Staatsschutz zu dem Schluß kommt: *„Nach unseren Beobachtungen gibt es keine organisierte rechtsradikale Szene in Flensburg".*


Arne Kaehne


Michael Hass

**17111**

TRANSIT TRANSPORT FLENSBURG

TRANSIT TRANSPORT · Postfach 29 53 · 24919 Flensburg

*„aufdecken + auflösen"*

***Ihr Flugblatt „Informationen über die organisierte Naziszene in Flensburg" - Herr Michael Hass***

Unser Unternehmen teilt Ihren Wunsch, die freiheitlich demokratische Grundordnung unseres Staates und seine Bürger vor radikalen, nazistischen Tendenzen zu schützen. In diesem Sinne zeigt Ihr oben erwähntes Flugblatt uns allen auf, daß es auch direkt vor unserer Haustür geschieht.

Im Fall des Herrn Michael Hass wird unglücklicherweise ein Betriebszweig unseres Unternehmens in Verbindung gebracht mit den unsäglichen neonazistischen Umtrieben. Wir möchten daher an dieser Stelle klarstellen, daß Herr Hass weder Mitarbeiter unseres Unternehmens ist oder war noch daß wir eventuelle Überzeugungen des Herrn Hass teilen. Herr Hass war Mitarbeiter eines im Rahmen des Betriebszweiges *Deutscher Paket Dienst* eingesetzten Transportunternehmens. In diesem Rahmen hat Herr Hass Fahrzeuge mit Werbung für den *Deutschen Paket Dienst* gefahren. Ob und inwieweit er damit zu neonazistischen Treffen gefahren ist, entzieht sich unserer Kenntnis.

links: Reaktion einer Flensburger Transportfirma auf den Hinweis, Michael Hass sei häufig mit einem Fahrzeug dieser Firma unterwegs gewesen.

# Internationaler Nazimusikvertrieb in Kiel aufgeflogen!

**Nazimusik, Aufkleber, Broschüren und T-Shirts (auf Dummdeutsch auch T-Hemden genannt) sind Artikel, mit denen inzwischen ein kaum noch zu durchblickendes Netz von Postversänden, die zum Teil von Nazifunktionären betrieben werden, viel Geld verdienen. Diese Versände bewegen sich zwar größtenteils am Rande der Legalität, bleiben aber trotz regelmäßiger Hausdurchsuchungen am Leben.**

Das liegt nicht nur an den Beweisproblemen und der Halbherzigkeit der Verfolgungsbehörden, sondern auch daran, daß mit diesem Handel in kurzer Zeit große Gewinnspannen zu erzielen sind, die überwiegend schwarz abgerechnet werden. Um welche Summen es bei dem halblegalen Handel geht, zeigen folgende Betrachtungen: Der *Klartext-Verlag* hatte 1992 eine Kundendatei mit über 7000 Adressen. Dabei war er noch immer relativ eng an Nazistrukturen angebunden und hatte den Durchbruch in eine breitere Jugendkultur noch nicht geschafft. Seit 1992 hat sich vieles geändert. Nicht nur im Osten, sondern auch in den alten Bundesländern gehören internationale und deutsche Nazi-CDs inzwischen zum Standartrepertoir jugendlichen Musikgeschmackes. Wer sich mit Lehrern unterhält erfährt, daß in beinahe jeder Klasse legale wie illegale Musikproduktionen bekannt sind und regelmäßig gehört werden. Die *Böhsen Onkelz* werden ebenso neben den Toten Hosen gehört wie *Endstufe* und andere. Letztere verkauften im Laufe ihres Bestehens ca. 100.000 Tonträger. Ende letzten Jahres wurden in Kiel über 30.000 Nazi-CDs sowie über 200.000 Raubkopien anderer CDs beschlagnahmt. Das ganze gehört zu der illegalen Vertriebsstruktur der international agierenden Firma *NS 88*.

Um der Strafverfolgung zu entgehen, werden eindeutig verbotene Musikproduktionen von Versänden aus dem Ausland vertrieben. Einer dieser Versände heißt NS 88 und ist im dänischen Hillerod, nördlich von Kopenhagen angesiedelt. NS 88 vertreibt CDs, selbst produzierte Videos und anderes. Nach Hausdurchsuchungen in Norddeutschland und Kiel liegt die Vermutung nahe, daß ein großer Teil der Auslieferung aus Kiel erfolgt ist.

Am Morgen des 21. Oktober letzten Jahres durchsuchte das Staatsschutzdezernat des LKA Schleswig-Holstein in einer Großaktion 26 Häuser und 17 Personen in Schleswig-Holstein, sowie das LKA Hamburg zumindest ein Tonstudio in Hamburg. Die Aktion richtete sich gegen den Vertrieb von Nazi-Tonträgern und Raubpressungen von herkömmlichen Musikträgern. In Kiel wurden mehr als 250.000 CDs beschlagnahmt, darunter über 30.000 Nazi-CDs. Als Hauptverdächtige sieht das LKA drei Personen aus Kiel, einen 52jährigen Händler aus Pinneberg sowie einen 33jährigen Inhaber eines Tonstudios in Hamburg. In Kiel wurden die Verkaufs- und Lagerräume des Plattenladens *No Mercy Records* durchsucht. Bei dieser Durchsuchung wurden die meisten der beschlagnahmten CDs gefunden. Der Betreiber dieses Plattenladens, der 28jährige Michael Petersen wurde eigenen Angaben zufolge festgenommen, am nächsten Tag jedoch wieder freigelassen. Der Laden war schon am nächsten Tag wieder geöffnet. Unter den beschlagnahmten CDs befanden sich unter anderem Tonträger von Gruppen wie *Kraftschlag,* Endstufe, *Voll die Guten, Commando Pernod,* alles bekannte Nazigruppen. Nach Angaben des LKA handelte es sich bei dem Lager in Kiel um die Auslieferung für NS 88. Bestellungen, die -natürlich mit Vorkasse- an das Postfach von NS 88 in Dänemark geschickt wurden, wurden von dort demnach direkt nach Kiel weitergeleitet und von hier ausgeliefert. Wenn diese Angaben stimmen, wäre den Nazis ein großer Schritt gelungen: die Verknüpfung mit rein kommerziellen Händlern von illegal vervielfältigten Tonträgern.



Michael Petersen, Inhaber „No Mercy Records"

Petersen ist AntifaschistInnen in Kiel schon lange als Verkäufer von Nazi-CDs bekannt. Seit er den No Mercy Record-Laden im Knooper Weg betreibt, hat er neben Hooligan-Bekleidung z.B. von Pit Bull, die in der Naziszene viel getragen wird und als Firma aus dem Nazi-Hooligan-Umfeld in Frankfurt entstanden sind und einem umfangreichen Böhse Onkelz-Sortiment immer auch Hard Core-Nazi-Produktionen verkauft. Eine Tätigkeit in dem Rahmen, der ihm jetzt vorgeworfen wird, hatte ihm bislang jedoch niemand zugetraut. Vielmehr war klar, daß sein wirtschaftlicher Schwerpunkt im Vertrieb und Handel mit schwarzgepressten CDs, sogenannten Bootlegs, liegt. In der Vergangenheit hatte er diesbezüglich mit zumindest einem anderen Plattenladen in Kiel zusammengearbeitet. Er kommt ursprünglich aus der Kieler Musikszene und ist unseres

Wissens nach kein Nazi, zumindest hatte er bislang keinen Kontakt zu Nazi-Organisationen und trat auch nicht besonders rassistisch oder nationalistisch auf. Er wirbt nach wie vor in relativ großem Umfang in Monatsmagazinen, wie beispielsweise dem Kieler „Station", die offensichtlich weder durch die massive Werbung für Böhse Onkelz-Musik und Pit Bull-Produkten, noch durch die neuerlichen Vorwürfe, die groß durch die Presse gegangen sind, irritiert sind. Petersen betreibt den Laden zusammen mit einem Freund und wird relativ stark von seinem Vater unterstützt, zu dem er eine enge Bindung hat. In seinen Räumen wurden auch Rohbänder und ein Gerät zur Herstellung von CDs gefunden. Er arbeitet offensichtlich seit längerem mit einem Netz von kommerziellen Bootleggern zusammen. Zu diesem gehört der Pinneberger Händler, der in der Vergangenheit schon mehrfach Hausdurchsuchungen zu erleiden hatte und scheinbar Rohbänder besorgen kann, genauso wie der Hamburger Tonstudio-Betreiber, bei dem CDs produziert wurden. Fraglich bleibt bislang allerdings, über wen der Kontakt zu NS 88 hergestellt wurde. Der Pinneberger Händler hat anscheinend Verbindungen zur deutschen Naziszene und hat zumindest in der Vergangenheit auch Nazipropaganda vertrieben. Petersen selbst hat wohl vor einigen Jahren englische Nazis aus dem Umfeld von *Blood and Honour* kennengelernt, die wiederum Kontakte nach Skandinavien pflegen. Trotz dieser Umstände bleiben allerdings einige Fragen offen. Wir haben in der Vergangenheit mehrfach Produkte von NS 88 bestellt und diese immer von Dänemark oder Schweden aus zugeschickt bekommen. Bislang ist uns keine Versendung solcher Produkte mit Absender Kiel oder Umgebung bekannt geworden, wir hätten sonst sicherlich auch schon früher mehr über den Absender herausgefunden. Es ist zwar denkbar, daß Petersen von Kiel aus den Versand über Dänemark oder eine andere deutsche Stadt abgewikkelt hat, letztendlich bleibt aber nach wie vor ein großes Fragezeichen. Letztlich wird vielleicht der Prozeß gegen Petersen mehr an Klärung bringen. Sollten die Angaben des LKA so zutreffen, wäre zu befürchten, daß in Zukunft Naziproduktionen in noch größerem Umfang Verbreitung finden. Bislang werden sie durch Postvertriebe und vor allem bei Konzerten von rechten Bands angeboten. Damit bleibt der Kreis von Jugendlichen, der direkten Zugang zu diesen Produkten hat, zumindest auf das weitere Umfeld der Naziszene beschränkt. Diese können zwar inzwischen regelmäßig Konzerte mit bis zu 1.000 BesucherInnen durchführen, organisieren diese aus Angst vor Verboten und Angriffen aber relativ konspirativ. Die rein kommerziellen Vertriebsstrukturen von Bootlegs könnten das Angebot im Nu auf alle möglichen Plattenläden, Konzerte und Flohmärkte transportieren und damit auch Menschen zugänglich machen, die keinerlei direkten Kontakt zu dieser Szene haben. Im Laufe der letzten Jahre hat Musik mit rassistischen und nazistischen Texten ohnehin eine sehr viel größere Verbreitung als vorher gefunden. Mit dazu beigetragen, hat die Tatsache, daß mit der Akzeptanz von „Rechts Rock"-Gruppen wie den Böhsen Onkelz oder *Störkraft* ein wichtiges Tabu weggefallen ist. Weil auf einmal Gruppen wie diese akzeptiert wurden und unproblematisch gehört und vertrieben werden konnten, rückten noch härtere Gruppen nach. Inzwischen ist eine Jugendszene entstanden, die diese Art von Nazimusik in ihre Subkultur eingebunden hat. Dabei spielt sicherlich eine Rolle, daß diese Jugendlichen sich teilweise vom „Normalo"-Musikgeschmack abgrenzen wollten. Lange Zeit fanden sie aber keine „eigene" Musik, die sich für eine Identifikation eignete. Punk und HipHop waren für sie negativ, weil politisch links verortet oder von Schwarzen gemacht bzw. belegt. „Normaler" kommerzieller Musik fehlte die Provokation. Somit konnte die auf rechts getrimmte Punk- und Rockmusik der Nazi-Bands diese Bedürfnisse befriedigen. Dabei ist klar, daß nur ein kleiner Teil dieses Publi-



Anzeige im Stadtmagazin „Station"



„No Mercy Records" im Knoper Weg 40 in Kiel

kums aus Nazi-Skins besteht. Für viele Jugendliche geht es auch mehr oder weniger nur um den Reiz der Provokation. Sie hören diese Musik neben anderer, oft sogar neben der Musik von Gruppen, die als links gelten. Die endgültige „Öffnung" dieses Marktes ist das Hauptziel der größeren Nazimusikvertriebe. Neben dem finanziellen Effekt erhoffen sie sich davon eine Verbreitung ihrer Ideologie über den alltäglichen Musikkonsum.

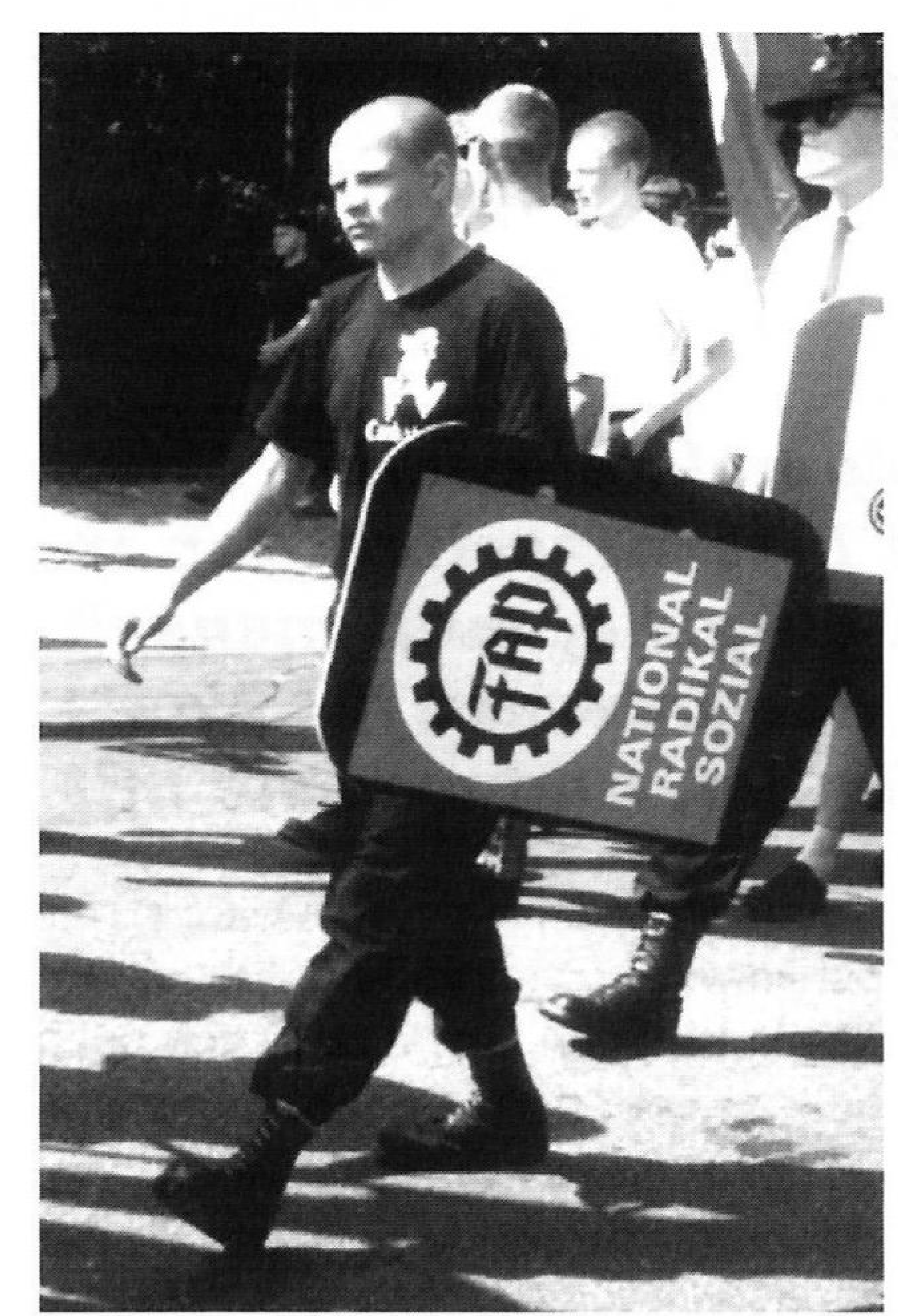
## Die neue Versorgungslinie Nord

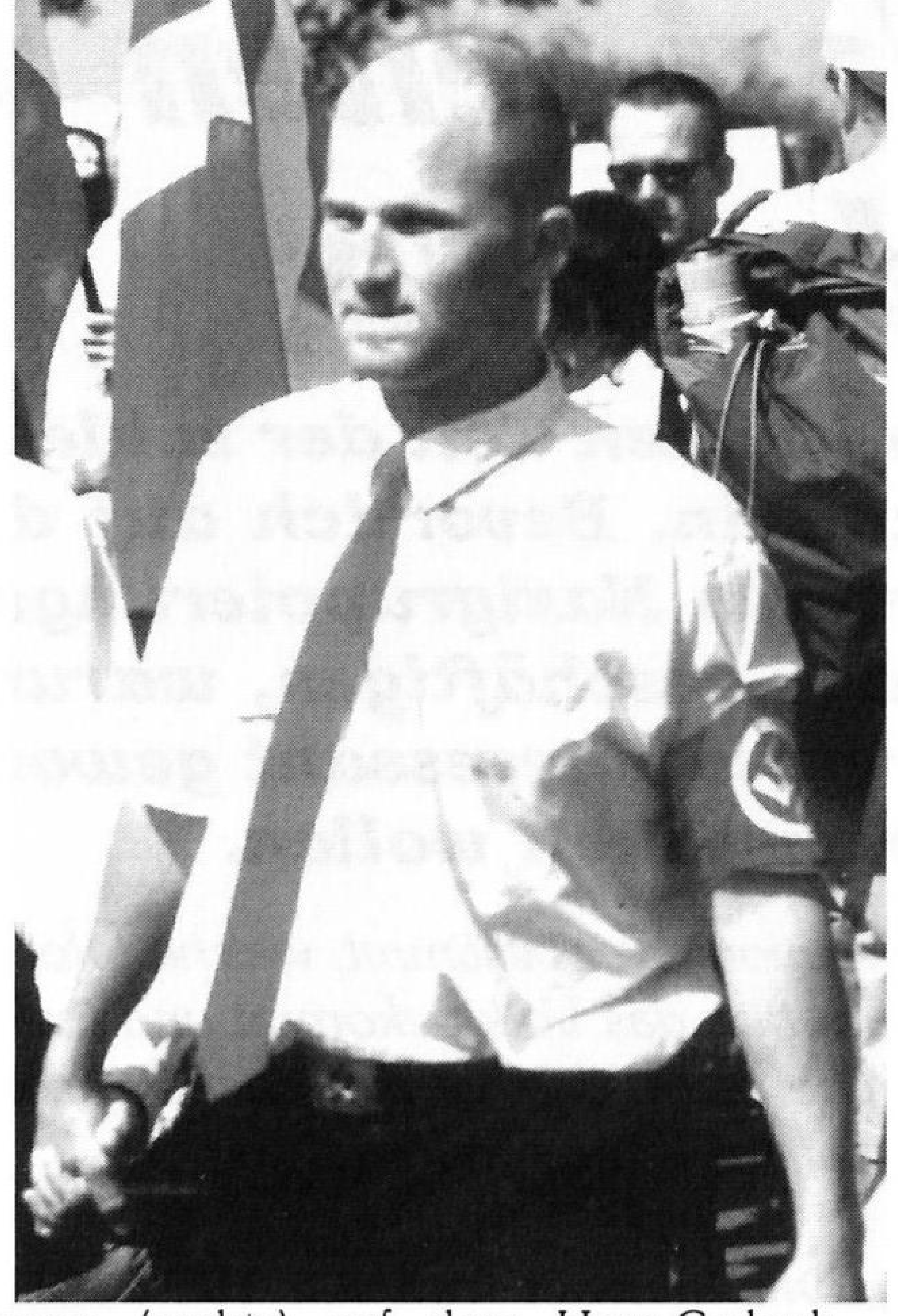
Auf internationaler Ebene dürfte das Geschäft mit der Nazimusik inzwischen Millionenbeträge einbringen. Dabei sind es bislang insbesondere zwei inzwischen konkurrierende Netzwerke, die diesen Markt abdekken. Neben dem in Schweden sitzenden *Nordland*-Netz, mit dem die meisten politischen Nazi-Organisationen aus Deutschland zusammenarbeiten, hat sich das ältere Netzwerk um die ursprünglich englische Vertriebsstruktur Blood & Honour inzwischen eng mit dem dänischen NS 88-Vertrieb verbunden. Die Kieler Vertriebsstruktur ist also Teil dieses Netzwerkes, das im letzten Jahr insbesondere durch die Versendung von Briefbomben an AntirassistInnen, aber auch an ihre Konkurrenz von Nordland, von sich reden machte. An dem in Dänemark sitzenden Firmenkomplex und dem Schmuggel der Produkte nach Deutschland sind neben den hier sitzenden rein kommerziellen Schwarzpressern dänische, schwedische und deutsche Nazis beteiligt – eine neue Versorgungslinie Nord. Versorgungslinie Nord hatten wir das Netzwerk genannt, über das seit einem Jahrzehnt Nazipropaganda unter anderem der *NSDAP/AO* nach Deutschland geschmuggelt wurde. Die neue Versorgungslinie ist um so gefährlicher, weil sie dieselbe Propaganda in die Freizeitkultur hineinträgt. Den Komplex NS 88 (NS steht für Nationalsozialismus, 88 für Heil Hitler) wollen wir an dieser Stelle erneut etwas eingehender beleuchten, da vieles beispielhaft für andere Versände ist, und gerade dieser Versand, wie die Verknüpfung mit kommerziellen Schwarzpressern zeigt, besonders effektiv arbeitet.

NS 88 wurde 1994 von einer kleinen Gruppe dänischer Nazis gegründet. Der Versand betreibt ein Postfach in Hillerod und eines in Kopenhagen. Letzteres wird seit einiger Zeit dem englischen Vertrieb *ISD*, der direkt für die von der englischen Terrorgruppe *Combat 18* gesteuerte Blood & Honour-Struktur Platten verkauft, zur Verfügung gestellt. Auf diese Weise betreibt NS 88 für diese den Vertrieb in Skandinavien. Neben Combat 18 zählen die dänische *DNSB* (Dänische Nationalsozialistische Bewegung) und die schwedische Plattenfirma *Wasakaren RR/ Ragnarock* zu den Gruppen, mit denen NS 88 eng zusammenarbeitet. Dabei ist bemerkenswert, daß die Zusammenarbeit auf zwei verschiedenen Ebenen geschieht. Einerseits wird die Produktion und der Vertrieb von Tonträgern und Videos gemeinsam organisiert. Andererseits wird mit den politischen Flügeln der beteiligten Gruppen zusammengearbeitet. So spendete NS 88 beispielsweise Geld an die DNSB und hielt engen Kontakt zu einer dänischen Untergruppe von Combat 18, die im Januar letzten Jahres wegen der Versendung von Briefbomben festgenommen wurde.

Mittlerweile hat NS 88 über hundert CD-Produktionen und die gleiche Anzahl von Videos im Programm, die sie zu einem großen Teil selbst produziert haben. NS 88-Videoteams machen Aufnahmen von Nazikonzerten (größtenteils in Schweden, aber auch in Deutschland), die dann in eigenen Studios redigiert, geschnitten und später verkauft werden. Auch die CDs werden selbst aufgenommen und gemixt, später aber an verschiedene Firmen geschickt, die von diesen Aufnahmen selbst CDs machen lassen und vertreiben (übrigens: die Gruppen erhalten von den Gewinnen keinen Pfennig). 1996 gründete NS 88 eine Tochtergesellschaft, die *NS-Records*. Beide konnten bislang ungehindert von Polizei und Staatsanwaltschaft agieren, da NS-Propaganda in Dänemark bekanntlich nicht verboten ist. In Schweden wurde dagegen gegen einige Verantwortliche von Wasakaren RR/Ragnarock darunter den langjährigen Propagandaversender *Erik Blücher* Anklage erhoben. Blücher ist lange bekannt, man kann ihn getrost als Schlüsselfigur des schwedischen Nazi-Rock-Geschäfts bezeichnen.

Wer hinter dem ganzen NS 88-Komplex steckt, ist ebenfalls längst bekannt. Wir haben den Versand schon in unserer 1994 erschienenen Broschüre „Versorgungslinie Nord" dargestellt. Hauptdrahtzieher ist der Brandenburger Marcel Schilf. Er ist seit Jugendtagen ein begeisterter Computer-Fan, engagierte sich im Hackerclub *Crionics*, leitete die *Crionics-Video-Division*, und ist bei NS 88 für die technische Herstellung verantwortlich. Geboren 1972 in der ehemaligen DDR zog er mit neun Jahren mit seiner dänischen Mutter nach Dänemark und wuchs dort auf. Bei seinen Besuchen bei seiner Großmutter in Brandenburg knüpfte er Kontakte zu dortigen Nazis. Ab 1991 tauchte in Schilfs Wohnumgebung kontinuierlich Nazipropaganda auf. In seiner eigenen Wohnung stellte er eine große NF-Fahne aus. Über den Computer-Club begann er illegale Geschäfte. Schwarzkopien von Videos und Programmen tauschte er gegen Sprengstoff und Waffen, insbesondere Gaspistolen, die in Dänemark illegal sind. Aufgrund seiner Verbindungen zu einem Sprengstoffhändler wurde 1992 nach einem Anschlag, bei dem ein dänischer Antifaschist durch eine Briefbombe getötet wurde, Schilfs Wohnung durchsucht. Organisatorisch scheint er nicht fest in eine Partei eingebunden zu sein. Seit 1994 tritt er häufig gemeinsam mit DNSB-Funktionären auf. So lernte er seinen jetzigen Mitstreiter Jesper Hartmann kennen. 1994 gründeten sie gemeinsam mit Ragnarock den *Club Valhalla* in Helsingborg. Dort betrieben sie bis Ende 1996 eine Kneipe, einen Konzertsaal, Büros sowie ein Studio. In den Räumen konnten ausreichend Schlafplätze zur Verfügung gestellt werden. Nachdem ihnen diese Räume inzwischen gekündigt wurden, bleibt ihnen eine umfangreiche Struktur, die sie in der Zwischenzeit aufgebaut haben - neben den einzelnen Plattenfirmen, mehrere formal



Marcel Schilf (links) und Jesper Hartmann (rechts) auf dem Hess-Gedenkmarsch '95 im dänischen Roskilde

selbstständige Firmen und Lagerräume sowie eine Vielzahl von Postfächern. Die Anklage gegen die schwedischen Ragnarock-Verantwortlichen verliefen im Wesentlichen im Sande. Die Behörden waren nicht in der Lage zu beweisen, wer für den Vertrieb der Haßpropaganda verantwortlich war. Die Musiker dagegen konnten sich auf ihre künstlerische Freiheit zurückziehen. So wurden nur einige Randfiguren vor Gericht gebracht. Schilf ist bislang so geschickt gewesen, seinen Namen in keiner der Produktionen zu erwähnen. Sein Video *„Kriegsberichter No.1"*, ein widerlicher Hetzfilm, steht in Schweden unter Anklage. Ihm kann aber weder der Empfang von Zahlungen für Videokopien, noch die Produktion nachgewiesen werden. Nach den Hausdurchsuchungen im letzten Jahr ist er sehr vorsichtig geworden, zumal er kürzlich von Antifas ordentlich Dresche bezog, als er in Kopenhagen in einer Kneipe erkannt wurde.

Zum Team von NS 88 gehören neben Schilf und Hartmann einige Personen aus verschiedenen Ländern, die beispielsweise Interviews machen. Insgesamt ist insbesondere der Besuch von Konzerten für die Aufnahmen ein riesiger Aufwand. Als „Reporter" tritt beispielsweise Jens-Uwe Arpe von der Band Kraftschlag auf. Kraftschlag kommen ursprünglich aus Itzehoe. Inzwischen ist die Band halb schwedisch, halb deutsch. Arpe wohnt in Schweden und beteiligt sich dort an den NS 88-Aktivitäten. Neben diesen Verbindungen scheint es auch Kontakte nach Mecklenburg zu geben. Beim letzten Hess-Marsch in Dänemark marschierten einige Deutsche mit dem Transparent *„Hammerskins"*-Mecklenburg. Insbesondere weil die Konzerte, die regelmäßig in Klein Bünzow bei Anklam stattfinden, regelmäßig in den Video-Produktionen von NS 88 auftauchen, liegt die Vermutung nahe, daß hier ein enger Kontakt besteht. Diese Konzerte werden von Berliner Nazis in Zusammenarbeit mit Nazis aus Anklam und dem Gerücht nach aus Schleswig Holstein veranstaltet. In Dänemark hielten sich die „Hammerskins" aus Mecklenburg nahe bei den NS 88-Leuten um Jens-Uwe Arpe auf. Es wird zu klären sein, welcher Art diese Zusammenarbeit ist und ob NS 88 hier direkte Mitstreiter innerhalb Deutschlands gefunden hat. 1997 mußte NS 88 einige Schlappen einstecken. Sie verloren mehrfach die Büros, die CD-Presserei in Taiwan kündigte ihnen nach einer Kampagne von AntifaschistInnen und ihre Druckerei wurde durch einen Anschlag schwer beschädigt. Die Hausdurchsuchung in Kiel dürfte einen enormen finanziellen Schaden verursacht haben. Trotzdem geht der Verkauf auch jetzt noch weiter, zumal noch große Mengen von Material bei verschiedenen deutschen Versand-Geschäften liegen. Grund genug für den antifaschistischen Widerstand sowohl die internationale Struktur, als auch die regionalen Vertriebsorte wie Versande und Läden ins Auge zu nehmen.

*A. H.*

FAST&RELIABLE WHITE SERVICE

NS88

VIDEO DIVISION



Szene aus dem Nazi-Video „Kriegsberichter No.1"

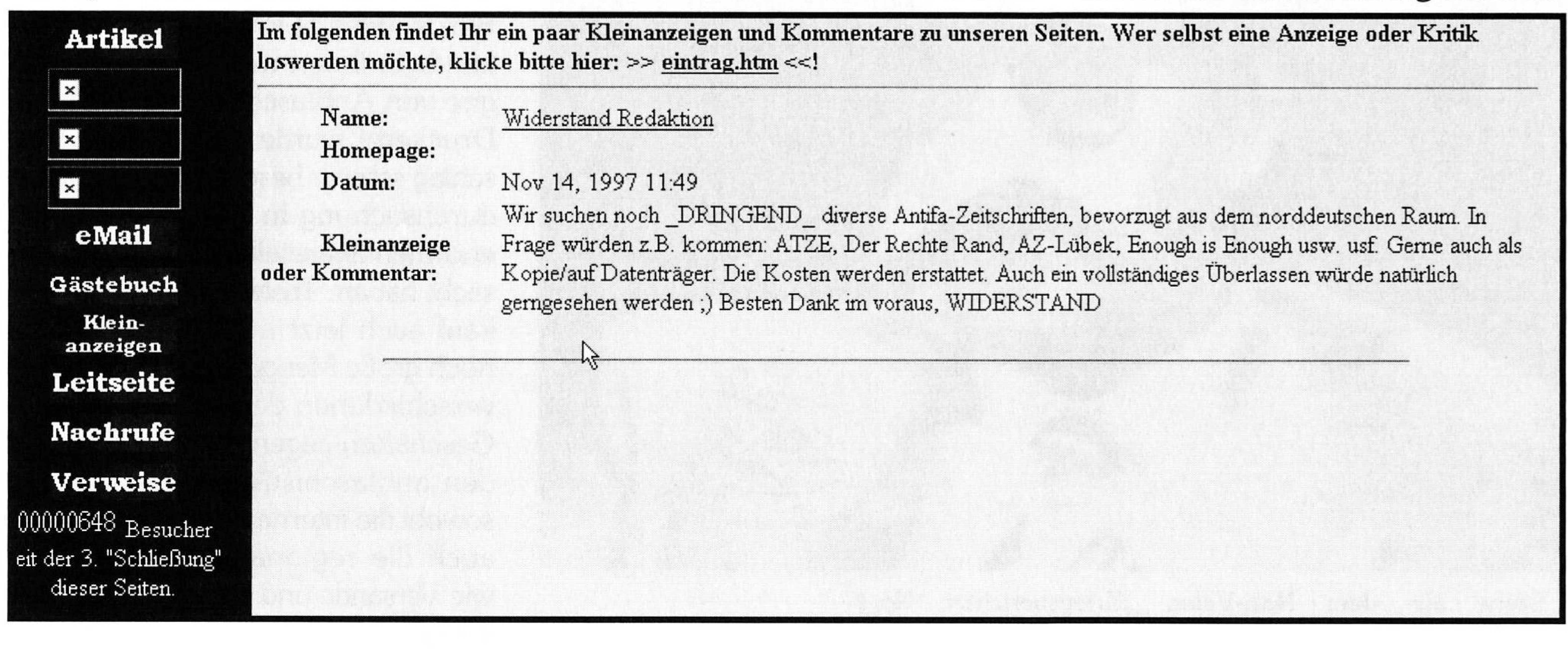
# Internet: Nazi-Seiten aus Schleswig-Holstein

**Dieser Artikel soll einen kleinen Teil der schleswig-holsteinischen Naziszene im Internet behandeln. Bevor ich auf die Internetseiten der in Schleswig-Holstein sitzenden Nazigruppierungen eingehe, muß mensch sich erstmal mit der Frage beschäftigen, warum das Internet für Nazis in den letzten zwei Jahren so interessant geworden ist, und was sie mit ihrer Internetpräsenz bezwecken wollen.**

Diese Frage wird sehr schnell beantwortet, wenn mensch sich die im Internet angebotenen Nazi-Seiten genau durchliest. So heißt es in einem Beitrag im *Thule-Netz: „Das Unbequeme am Internet ist, daß es international ist, und sich der offiziellen deutschen Zensur entzieht, daß dort jeder mit vergleichsweise geringem Aufwand eine große Öffentlichkeit erreichen kann, und sich so der inoffiziellen Zensur entzieht und das es Blockwarte und Gesinnungshüter quasi entmachtet, weil jeder widersprechen kann. Das Prinzip wenige Informationslieferanten – viele passive Empfänger wird durch elektronische Kommunikation zunehmend gebrochen, und damit die Machtbasis der herrschenden Kreise. Das beunruhigt Regierung und die bundesdeutschen Medien-(und Gesinnungs) Monopolisten gleichermaßen.*

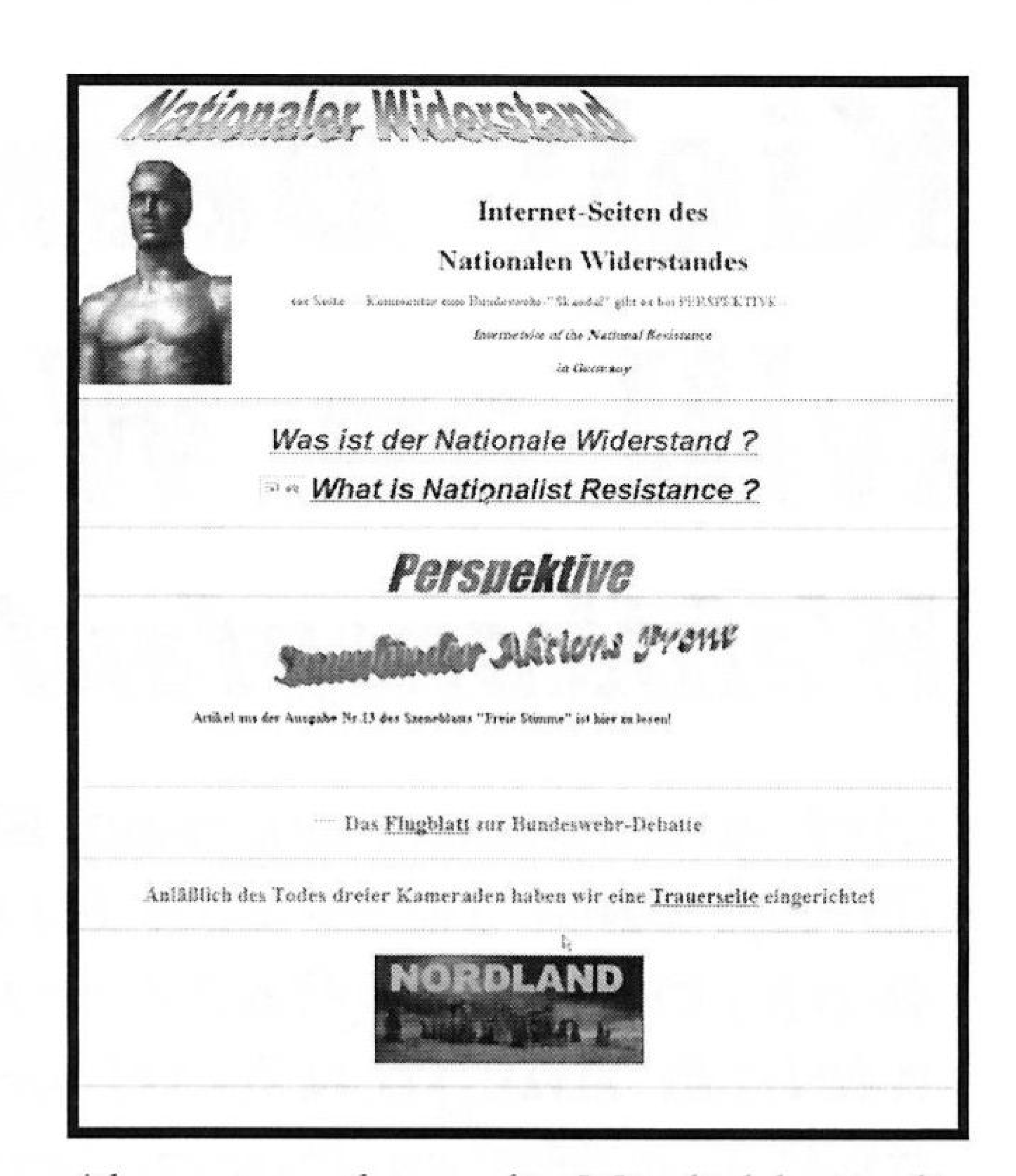
*Im Grunde ist das Internet das demokratischste Medium schlechthin. Daß es von staatlichen und staatstragenden Kräften derart angefeindet wird, ist höchst aufschlußreich. Hier zeigt sich wieder, was Demokratie im heutigen Sinne ist: Nicht Volksherrschaft, sondern Herrschaft der Information. Wer bestimmt, welche Information das Volk bekommt und welche nicht, der hat die Macht. Also: auf zur Wortergreifung".*

Das Internet wird seit 1993 verstärkt primär von unterschiedlichen Naziorganisationen zur Selbstdarstellung und Öffentlichkeitsarbeit genutzt, um ihre Standpunkte, Aktivitäten und Publikationen im Internet einer größeren Zahl von LeserInnen zugänglich zu machen. Eine weitere Präsentationsform der Nazis im Internet ist auch zunehmend der Versandhandel mit Nazimusik und Devotionalien, der auch gleich mit einer direkten Bestellmöglichkeit verbunden wird. Da es bei den meisten Netzbetreibern die Möglichkeit gibt, kostenlos bei ihnen eine Homepage zu veröffentlichen und Programmierkenntnisse bei der Erstellung einer Homepage kaum erforderlich sind, fällt es selbst einem Naziskin mit dem erweiterten Horizont einer Ameise nicht allzu schwer, seine eigene „Heimatseite" zu basteln. So zum Beispiel die Webpage von Sven Grade der den Versand *Leserland Nord* über den Netzanbieter AOL betreibt und mit seinem Versand im schleswig-holsteinischen Jübeck ansässig ist. Sven Grade zählt sich nach seinen eigenen Angaben zu den *Progressiven Nationalisten,* zu denen als führende Köpfe auch der ehemalige *FAP*-Aktivist Andre Goertz und der ehemals zur *JN* gehörende Jan Zobel aus Hamburg gehören. Aus seinem Online-Angebot kann der Progressive Nationalist die Broschüre *„Progressiver Nationalismus contra nationalsozialistische Polemik",* welche Sven Grade als sehr empfehlenswert bezeichnet, bestellen, und für den echten Nationalsozialisten, der mit dem schwierigen Wort Polemik nichts anfangen kann, gibt es außer einem Angebot an CD´s mit echter deutscher „Oi!nk"-Musik unter anderem auch Bücher mit Titeln wie *„Gutachten zur Frage der Echtheit des sogenannten Wannsee-Protokolls"* oder das indizierte Faksimile *„Gattenwahl-zu ehelichem Glück und erblicher Ertüchtigung",* um sich im Lesen zu versuchen. Im weiteren Angebot findet sich unter der Rubrik „Kleinanzeigen" eine Anzeige, wo die Redaktion der Internet-Publikation *Widerstand* darum bittet, ihr alte und neue Antifa-Publikationen aus dem schleswig-holsteini-



schen Raum zuzusenden. Sowie eine weitere Rubrik mit einer Gedächnisseite für den im letzten Jahr in Kiel abgetretenen Herausgeber der *„Bauernschaft"* Thies Christophersen. Eine ganz andere Richtung schlägt die in Henstedt-Ulzburg hergestellte Internet-Zeitung *„Perspektive"* ein, die sich im Verbund mit der *Sauerländischen Aktionsfront* (SAF) und einer Werbeanzeige für das Nordland-Mailbox-Netz den Platz auf einer Internet-Seite unter dem Namen *„Widerstand.com"* teilt. Unter den Artikeln *„Nationaler Widerstand"* und *„was ist der nationale Widerstand im Internet?"* wird versucht den Oberbegriff *„Nationaler Widerstand"* auf 4 Seiten zu definieren. Unter anderem heißt es da: *„Der Nationale Widerstand (NW) ist deshalb keine Partei oder Organisation im üblichen Sinn. Der Nationale Widerstand stellt einen Oberbegriff dar, der die Einigkeit formieren soll und somit die Strukturen für die Zukunft vorzubereiten hat."* Und unter der Überschrift *„die wichtigsten Ziele"* heißt es weiter: *„Ausschaltung aller volksfeindlichen und naturfeindlichen Vorgänge in unserer Heimat!"* Perspektive bietet ein informatives Angebot für die schleswigholsteiner Naziszene, das sich aus Berichten zu abgehaltenen Kundgebungen, Bildern und Erlebnisberichten einzelner Nazis zusammensetzt. Im Angebot der Perspektive gibt es unter anderem auch die Möglichkeit, diverse Vorlagen für Flugblätter, die zu verschiedenen Themen in Norddeutschland verteilt wurden, oder noch verteilt werden sollen, sich auf den eigenen Computer zu laden. Auf der Seite der Sauerländischen Aktionsfront wird um die zwei sich selbstentsorgten Führungskader der SAF, Andre Zimmermann und Thomas Kubiak getrauert und gleichzeitig darauf hingewiesen, daß Verständnis dafür aufgebracht werden sollte, wenn die Internetseiten der SAF in den nächsten Wochen nicht regelmäßig aktualisiert werden würden. Woraus mensch schließen könnte, daß es wohl die beiden Verantwortlichen für die SAF-Seite getroffen hat. Es wird außer Traueranzeigen auch noch die SAF-Publikation *„Freie Stimme"* auf der Internet-Seite Angeboten. Die gleiche Postfach Adresse wie die Perspektive bietet auch die Internet-Seite des *Hamburger Sturm* an, der durch einen amerikanischen Netzbetreiber mit der Ausgabe Nr.16 im Internet vertreten ist. Der Hamburger Sturm ist eine Publikation, die sich zum größten Teil auf die Nazi-Skinhead-Szene beschränkt und sich selbst als *„Skinhead und Polit Fanzine"* beschreibt. Das Angebot des Hamburger Sturm setzt sich aus Berichten, CD-Kritiken und Fanzine-Besprechungen zusammen. Als Schwerpunktthema wird die Aufarbeitung der Rudolf-Hess-Aktionswochen genannt.

Als Letztes will ich in diesem Artikel auf das *Nordland*-Netz eingehen. Obwohl das Nordland-Netz nicht über das Internet zu erreichen ist und sich auf reinen Mailboxbe-trieb aufbaut, sollte es trotzdem in diesem Artikel Erwähnung finden. Das Nordland-Netz setzt sich aus derzeit zwei Mailboxen im norddeutschen Raum zusammen, einmal aus der *ASGARD BBS* aus Bad Segeberg, deren Betreiberin Thekla Kosche, auch die treibende Kraft im Nordland-Netz darstellt, und als zweite Mailbox die *Störtebeker BBS* aus Stavenhagen in der nähe Rostocks, deren Betreiber das Pseudonym Siggi benutzt. Das Nordland-Netz enstand am 6. März 1997, nachdem drei Mailboxen vom Thule-Netz abgetrennt wurden, und die BetreiberInnen den Entschluß faßten, als eigenständiges Netz weiterzuarbeiten. Es definiert sich selbst als Nachrichten- und Informationsaustausch-Medium und erst in zweiter Linie als Diskussionsforum für Nazis. Das Ziel des Nordland-Netzes deklariert Thekla Kosche folgendermaßen *„Ziel des Netzwerkes ist es, als Strukturverstärker zu dienen, damit endlich Realität wird, was schon lange Ziel ist: Die organisationsübergreifende Vernetzung autonomer Kameradschaften, Parteien, Gruppen, Einzelpersonen".* Da Thekla Kosche sich selbst als *Anti-Antifa*-Aktivistin bezeichnet, ist es denkbar, daß im Nordland-Netz auch ein Austausch von Informationen über politische GegnerInnen stattfindet. Die Zahl der im Nordland-Netz verbundenen BenutzerInnen beträgt ca. 40 Personen. Wie kann mensch was gegen Internet-Nazi-Seiten unternehmen?




Als erstes gibt es die Möglichkeit, die Netzanbieter wie z.B. AOL oder CompuServe davon zu unterrichten, daß sie Faschisten ermöglichen, sich im Internet zu präsentieren. Denn die meisten Online-Dienste haben Nutzungsbedingungen, die rassistische sowie strafbare Inhalte verbieten. Meistens werden dann die Internetseiten der Nazis gelöscht. Aber oft genug suchen sich die Nazis dann einen ausländischen Server, wo es keine Straftatbestände wie Aufstachelung zum Rassenhaß oder Volksverhetzung gibt und entziehen sich somit der deutschen Justiz. In den meisten Fällen sind es Länder wie die USA, Kanada, Dänemark, Schweden und Norwegen. Und daher ist es sehr wichtig, die Aufklärung über die Zensur zu setzen, denn wie es der Journalist Burkhard Schröder aus Berlin schreibt: *„Die Tatsache, daß nationale Gesetze im Internet ins Leere laufen, zwingt zum Nachdenken: Wie kann man gegen neonazistische Propaganda vorgehen, ohne gleich nach Zensur zu rufen? Eine Überlegung, die viele antifaschistische Gruppen schon viel früher hätten anstellen sollen. Das Internet zwingt dazu. Nur Aufklärung und Argumente zählen. Wer glaubt, im Zeitalter des World Wide Web das Böse von den Menschen fernhalten zu können, ist nicht nur technisch, sondern auch politisch auf dem Holzweg. Und wenn die chinesische Regierung ihren Bürgern die Web-Seiten des Dalai Lama und dessen Meinung zu Tibet vorenthalten will, wird sie genauso scheitern wie die bayerische Staatsanwaltschaft, die Nazipropaganda von heimischen PC-Monitoren verbannen will."*

*Skittish*

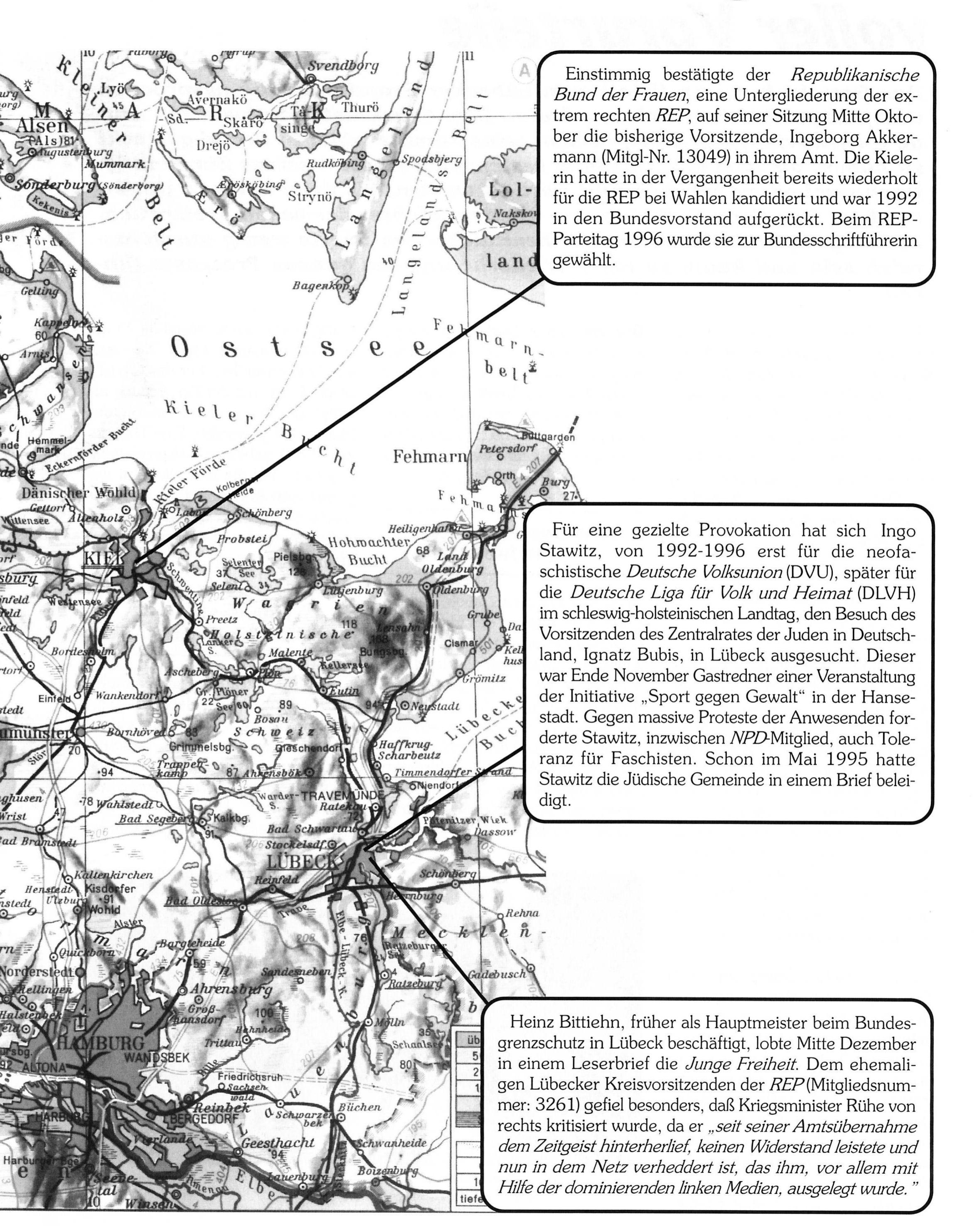
# Schon gehört?

Interesse an norddeutschen Antifa-Zeitungen zeigt Sven Grade, Betreiber der Internet-Seiten *Widerstand* (früher: *Leserland Nord*) aus Böklund. In der Rubrik Kleinanzeigen und Kommentare heißt es seit einigen Wochen: *„Wir suchen noch dringend diverse Antifa-Zeitschriften, bevorzugt aus dem norddeutschen Raum. In Frage würden z.B. kommen: ATZE, Der Rechte Rand, AZ-Lübeck, Enough is Enough usw. usf...."* Auf anderen Seiten ruft Grade *„deutsche Befreiungsnationalisten"* zur *„Solidarität mit dem Irak!"* auf, da dieser *„ein 'Bollwerk' gegen die kapitalistische Vereinheitlichung"* sei: *„So lange es einen starken und eigenständigen Irak gibt, kann soetwas wie die 'One-World' nicht gedeihen."*

Der im November 1996 gegründete *Wählerbund Deutschland* hat vor kurzem einen Landesverband in Schleswig-Holstein gegründet. Zum Stellvertreter des Landesvorsitzenden Helmut Reichmann (Lepahn) wurde Karl-Ernst Lober (Fahrdorf) gewählt. Lober war von 1967 bis 1971 *NPD*-Landesvorsitzender in Schleswig-Holstein und gehörte nach 1969 für vier Jahre dem Landtag an. In der *NPD* war er für *„Jugendfragen"* zuständig; 1978 wurde er fristlos von seiner Tätigkeit als Jugendpfleger im Kreis Schleswig-Flensburg entbunden. In den 90er Jahren ist er vor allem bei den schlesischen Revanchisten aktiv, in deren Zeitschrift *„Der Schlesier"* er auch veröffentlicht.

Der Seniorenbeirat in Glückstadt hat seit Mitte November ein neues Vorstandsmitglied: Hagen Palleske, einst Gründungsmitglied der *REP* und 1985/86 deren erster Landesvorsitzender in Schleswig-Holstein. Für die Partei hatte er unter anderem in der Zeitschrift *„Die Bauernschaft"* des Anfang 1997 verstorbenen Altnazis und Auschwitz-Leugners Thies Christophersen Werbung gemacht.

# Schon gehört?




Einstimmig bestätigte der *Republikanische Bund der Frauen*, eine Untergliederung der extrem rechten *REP*, auf seiner Sitzung Mitte Oktober die bisherige Vorsitzende, Ingeborg Akkermann (Mitgl-Nr. 13049) in ihrem Amt. Die Kielerin hatte in der Vergangenheit bereits wiederholt für die REP bei Wahlen kandidiert und war 1992 in den Bundesvorstand aufgerückt. Beim REP-Parteitag 1996 wurde sie zur Bundesschriftführerin gewählt.

Für eine gezielte Provokation hat sich Ingo Stawitz, von 1992-1996 erst für die neofaschistische *Deutsche Volksunion* (DVU), später für die *Deutsche Liga für Volk und Heimat* (DLVH) im schleswig-holsteinischen Landtag, den Besuch des Vorsitzenden des Zentralrates der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, in Lübeck ausgesucht. Dieser war Ende November Gastredner einer Veranstaltung der Initiative „Sport gegen Gewalt“ in der Hansestadt. Gegen massive Proteste der Anwesenden forderte Stawitz, inzwischen *NPD*-Mitglied, auch Toleranz für Faschisten. Schon im Mai 1995 hatte Stawitz die Jüdische Gemeinde in einem Brief beleidigt.

Heinz Bittiehn, früher als Hauptmeister beim Bundesgrenzschutz in Lübeck beschäftigt, lobte Mitte Dezember in einem Leserbrief die *Junge Freiheit*. Dem ehemaligen Lübecker Kreisvorsitzenden der *REP* (Mitgliedsnummer: 3261) gefiel besonders, daß Kriegsminister Rühe von rechts kritisiert wurde, da er *„seit seiner Amtsübernahme dem Zeitgeist hinterherlief, keinen Widerstand leistete und nun in dem Netz verheddert ist, das ihm, vor allem mit Hilfe der dominierenden linken Medien, ausgelegt wurde.“*

# Ein Urteil voller Vorurteile

**Das Gericht hat sein Urteil zum Lübecker Brandanschlag gesprochen und jetzt auch schriftlich begründet. Dem Angeklagten Safwan Eid wurde vorgeworfen, das Haus, in dem seine Familie lebte, in Brand gesteckt zu haben, um sich anschließend seelenruhig ins Bett seines Zimmers im Dachgeschoß zu begeben und dort zu warten, bis die Flammen ihn erreichen. Beweisen ließ sich von alledem nichts, deswegen Freispruch. Die eingelegte Revision einer Nebenklagepartei dürfte wenig aussichtsreich sein und kaum zu einer Wiederholung des ganzen Prozesses führen.**

Trotz Freispruch steckt dieses Urteil voller Vorurteile. Es steht im Kontext eines institutionellen und staatlichen Rassismus, der sich tarnt und versteckt hinter den Beteuerungen von Toleranz und friedlichem Zusammenleben und eben doch Rassismus ist: Die Ungleichbehandlung und Diskriminierung von Menschen aufgrund ihrer Abstammung oder Hautfarbe.

## Urteil aus politischem Kalkül

Die jüngst vorgelegte Urteilsbegründung schreibt als offizielle Wahrheit fest: Die Brandstifter an jenem 18. Januar 1996, die zehn Menschenleben auf dem Gewissen haben, müssen HausbewohnerInnen, Flüchtlinge gewesen sein. Gegen den Angeklagten blieben Verdachtsmomente. Voll glaubwürdig fand das Gericht die Aussage des einzigen Belastungszeugen, daß der angeklagte Safwan ihm in der Brandnacht *„wir warn's"* gesagt habe und damit eine Tatbeteiligung angedeutet habe.

Einer logischen Überprüfung hält dies nicht stand. Warum angesichts der Lärmkulisse und Verständigungsschwierigkeiten nicht ein schlichter Hörfehler die Ursache für das „Geständnis" sein könnte, wird nicht ausgeführt. Daß die volle Geschichte des „Belastungszeugen" Jens Leonhard über das Benzin, das aus Rache an eine Tür gegossen worden sei und dann brennend die Treppe hinunter gelaufen sei, mit keinem möglichen Brandszenario in Deckung zu bringen ist, wird zwar bemerkt, aber übergangen. Ganz zu schweigen von den unzweifelhaften Verbindungen des Zeugen zu einer paramilitärischen Gruppe von Gotcha-Spielern. Jede Menge Gründe für Zweifel, aber das Gericht glaubt dem Zeugen.

## Beweise vom Tisch gewischt

Das Gericht glaubt auch, daß alle Türen und Fenster des Hauses fest verschlossen waren. Dabei muß es zugeben, über den Zustand der Scheibe in der Eingangstür (eines der vielen wichtigen, durch die Polizei nicht gesicherten oder „verschwundenen" Beweisstücke) nichts sagen zu können. Die Aussagen zahlreicher Flüchtlinge, da wäre ein Fenster gewesen, das sich von außen aufdrükken ließ, wurden vom Tisch gewischt.

Völlig ausgeblendet bleibt die Frage nach den tatverdächtigen Neonazis aus Grevesmühlen. Für das Gericht ist die Frage mit der Feststellung erledigt, der Brand sei im Inneren des Hauses gelegt worden. Eine Theorie, zu der sich zahlreiche Widersprüche ergeben, und die zusätzlich auf der grundlosen Annahme fußt, neonazistische Brandstifter würden stets von außen angreifen und niemals tief in Häuser eindringen.

## Rassistische Medienhetze

So interessiert heute keinen mehr, wie die verdächtigen Neonazis zu ihren Brandspuren im Gesicht gekommen sind, von denen der Gerichtsmediziner im Prozeß ausgeführt hat, sie seien *„die typischen Spuren von Brandstiftern"*. Das staatliche und mediale Manöver der Umfälschung




600 Menschen demonstrierten am 17. Januar '98 anläßlich des zweiten Jahrestages des Brandanschlags




Eine provisorische Tafel soll bis zur Aufstellung des offiziellen Gedenksteins an den Brandanschlag erinnern

des bislang folgenschwersten rassistischen Anschlags in der BRD zu einer Tat unter den Flüchtlingen selbst hat funktioniert. Nur kurz war das Erschrecken nach der Tat, kurz die Frage, ob nicht die Politik staatlicher Ausgrenzung und Diskriminierung Flüchtlinge zum leichten Ziel für Nazi-Terroristen werden läßt. Die Ausländer warn's selber, beruhigte man sich. Daß der Brand von Lübeck heute als ungeklärt gilt, tut dieser Beruhigung keinen Abbruch. Wichtig war nur, die Empörung der ersten Stunde abzubiegen, mit den kritischen Fragen der ausländischen Presse fertig zu werden. Mit dem Freispruch, an dem nur die Begründung falsch ist, ist alles erreicht: die große Empörung der wenigen kritischen Stimmen im Lande bleibt aus, und der Seelenfrieden all derer, die den Normalzustand dieses Landes gutheißen, ist gerettet.

## Rassistische Ermittlungen

Für die antirassistische Bewegung jedoch kann der Fall nicht erledigt sein. Thematisiert werden muß, in welch unverfrorener Weise die Staatsanwaltschaft die Ermittlungen gegen die verdächtigen Neonazis geführt, bzw. nicht geführt hat, während sie gleichzeitig den Flüchtling Safwan mit abenteuerlichen Konstruktionen vor Gericht zerrte. *„Rassistische Ermittlungen"* haben wir dies genannt und es gibt trotz versuchter Kriminalisierung keinen Grund, es zurückzunehmen.

## Ziviler Ungehorsam

Den Überlebenden wurde von Lübecks Bürgermeister Bouteiller ein dauerhaftes Bleiberecht zugesichert. Wohlwissend, daß der politische Spielraum der Stadt allein nicht ausreicht, dies zu verfügen, hatte Bouteiller schon damals darauf hingewiesen, daß das Bleiberecht - wenn nötig - mit den Mitteln des *„zivilen Ungehorsams"* durchgesetzt werden müsse. Dafür war er zahlreichen Anfeindungen ausgesetzt. Nicht nur daß er stapelweise Droh- und Schähbriefe faschistischen und rassistischen Inhalts erhielt, auch seine SPD-Genossen in der Landesregierung schossen sich auf ihn ein. Paßersatzpapiere, die Bouteiller für Überlebende ausstellte, damit diese zu den Bestattungen ihrer ermordeten Familienmitglieder in die Heimatländer fahren und auch wieder zurückkehren konnten, wurden zum Anlaß genommen, ein Disziplinarverfahren einzuleiten. 6000 DM Strafe sollte er für diesen Akt praktischer Humanität zahlen - ein Widerspruchsverfahren läuft noch.

Erwartungsgemäß hielt die große Anteilnahme nach dem Brandanschlag nicht lange vor. Die staatsanwaltschaftliche Beschuldigung änderte die Situation grundlegend. Laut meldeten sich die rassistischen Pöbler zu Wort, die zunächst beschämt geschwiegen hatten. Und so muß sich die Lübecker Staatsanwaltschaft den Vorwurf gefallen lassen, mit ihrer falschen Beschuldigung - wahrscheinlich ungewollt - jenen Kreisen Auftrieb verschafft zu haben, die im vergangenen Jahr Lübeck durch Kirchenbrandstiftungen und Hakenkreuzschmierereien erneut in die Schlagzeilen brachten.

## Gesichtertes Bleiberecht?

Die Frage des Bleiberechts wurde zunächst wegen des andauernden Prozesses vertagt, hierfür wurden die Überlebenden als ZeugInnen benötigt, waren daher zunächst in Sicherheit. Nicht unerwähnt bleiben darf jedoch, daß einer der Brandüberlebenden, Victor Atoe, bereits im Frühjahr 1996 nach Nigeria abgeschoben wurde. Er hielt sich in der Brandnacht nicht offiziell in Lübeck auf, sodaß der Kreis Ostholstein für ihn zuständig war. Eine Beschuldigung wegen angeblich doppeltem Sozialhilfebezug reichte aus, um eine breite Solidarisierung zu verhindern. Das Ansinnen Lübecks, die Zuständigkeit zu übernehmen, wurde im Einvernehmen mit der Landesregierung abgelehnt. Anfang 1997 startete der „Runde Tisch" (ein Gremium, gegründet von Bouteiller und der Jüdischen Gemeinde, in dem Ämter, Kirchen, Parteien und auch unabhängige antirassistische Initiativen mitarbeiten) eine Unterschriftenaktion für das Bleiberecht. Über 5000 Menschen in Lübeck und anderen Städten unterschrieben die Resolution, in



Am 1. November '96 folgten noch über 1500 Menschen einem Demo-Aufruf des Lübecker Bündnis gegen Rassismus für das Bleiberecht der Überlebenden

der auch die Bereitschaft zum *„zivilen Ungehorsam"* für den Schutz der Flüchtlinge erklärt wurde.

Hierauf zeigte sich erste Bewegung in den Reihen der Landesregierung. Hatte Innenminister Wienholtz noch im August 1996 auf einer Veranstaltung jede Äußerung zu *„Einzelfällen"* abgelehnt und stur auf Gesetze und Verordnungen verwiesen, folgte jetzt eine Entschließung des schleswig-holsteinischen Landtags: Wienholtz solle darin *„unterstützt"* werden von Bundesinnenminister Kanther die Zustimmung für eine Gruppenregelung zum Bleiberecht zu erhalten. Das war nicht viel, aber immerhin ein öffentliches Bekenntnis, daß das Bleiberecht politisch gewollt ist. Es folgte ein bis heute andauerndes Hin und Her zwischen Kiel und Bonn. Denn selbstverständlich dachte Manfred Kanther, der in puncto Rassismus ja wahrlich keinen Ruf mehr zu verlieren hat, nicht im Traum daran, seine Zustimmung zu erteilen. Die einzige Reaktion Schleswig-Holsteins besteht darin, immer neue Briefe nach Bonn zu schicken. Dabei besteht - auch wenn dies von Wienholtz immer wieder bestritten wird - die Möglichkeit, daß Bleiberecht im Alleingang zu verfügen. Zwar nicht für die Überlebenden als Gruppe, sondern für jeden individuell. Ein Eingreifen Bonns in eine solche Entscheidung ist juristisch nicht möglich.

Warum wird diese Möglichkeit jedoch nicht ergriffen? Warum dieses unwürdige Ping-Pong-Spiel, während den Betroffenen noch immer nicht die Möglichkeit gegeben wird, sich hier eine Lebensperspektive aufzubauen? Es muß vermutet werden, daß die SPD - spätestens durch die faktische Abschaffung des Asylrechts 1993 zur Komplizin des staatlichen Rassismus geworden - nichts mehr fürchtet, als von der CDU wegen vermeintlich illegaler Aktionen zugunsten von Flüchtlingen angegriffen zu werden. Gleichzeitig scheut man aber auch den Imageverlust und die Auseinandersetzungen, die mit dem Versuch verbunden wären, die Brandopfer tatsächlich abzuschieben. Da ist es am bequemsten - und übliche bürokratische Praxis -, die Verantwortung von sich wegzuschieben und sich nach allen Seiten abzusichern.

## Bleiberecht als Wahlversprechen?

Hinter vorgehaltener Hand hört man gar, die SPD spekuliere darauf, daß im Falle eines sozialdemokratischen Wahlsieges im Herbst '98 ja ein anderer Bundesinnenminister sein O.K. zur Gruppenregelung geben könne. Bis dahin wird man sich weiter mit befristeten, aber immer wieder verlängerten Duldungen behelfen. Eine abenteuerliche Strategie, die fatal an die SPD-Konzepte für den Atomausstieg erinnert - ein nicht eingelöstes Wahlversprechen aus dem Jahre 1988.

Die große Gefahr für die Flüchtlinge besteht darin, daß jede weitere Verzögerung ihre Situation mehr und mehr in Vergessenheit geraten läßt,




bis sie sich eines Tages vielleicht doch still und heimlich abschieben lassen. Daß es dazu nicht kommt, ist unsere Verantwortung.

Am 9. Januar wurden die Unterschriften für das Bleiberecht - verbunden mit der Forderung an das Land, endlich zu handeln- an Ministerpräsidentin Heide Simonis übergeben. Die Ministerpräsidentin äußerte ihre Bereitschaft sich für ein dauerhaftes Bleiberecht der Überlebenden einzusetzen, schob jedoch schon im nächsten Satz die Verantwortung von sich und ihrer Partei in Richtung Bundesinnenministerium. Unter anderem machte sie deutlich, dieses Thema in der Zeit des Wahlkampfes nicht an die große Glocke hängen zu wollen, sondern hoffe, im Falle eines Regierungswechsels die Sache unkomplizierter über die Bühne bringen zu können. Von unserer Seite wurde wiederholt deutlich gemacht:

**Eine Abschiebung der Brandopfer wäre nur mit einem massiven Polizeieinsatz gegen unseren entschlossenen Widerstand durchsetzbar!**




Die Brandruine wurde abgerissen, um einem Parkplatz zu weichen

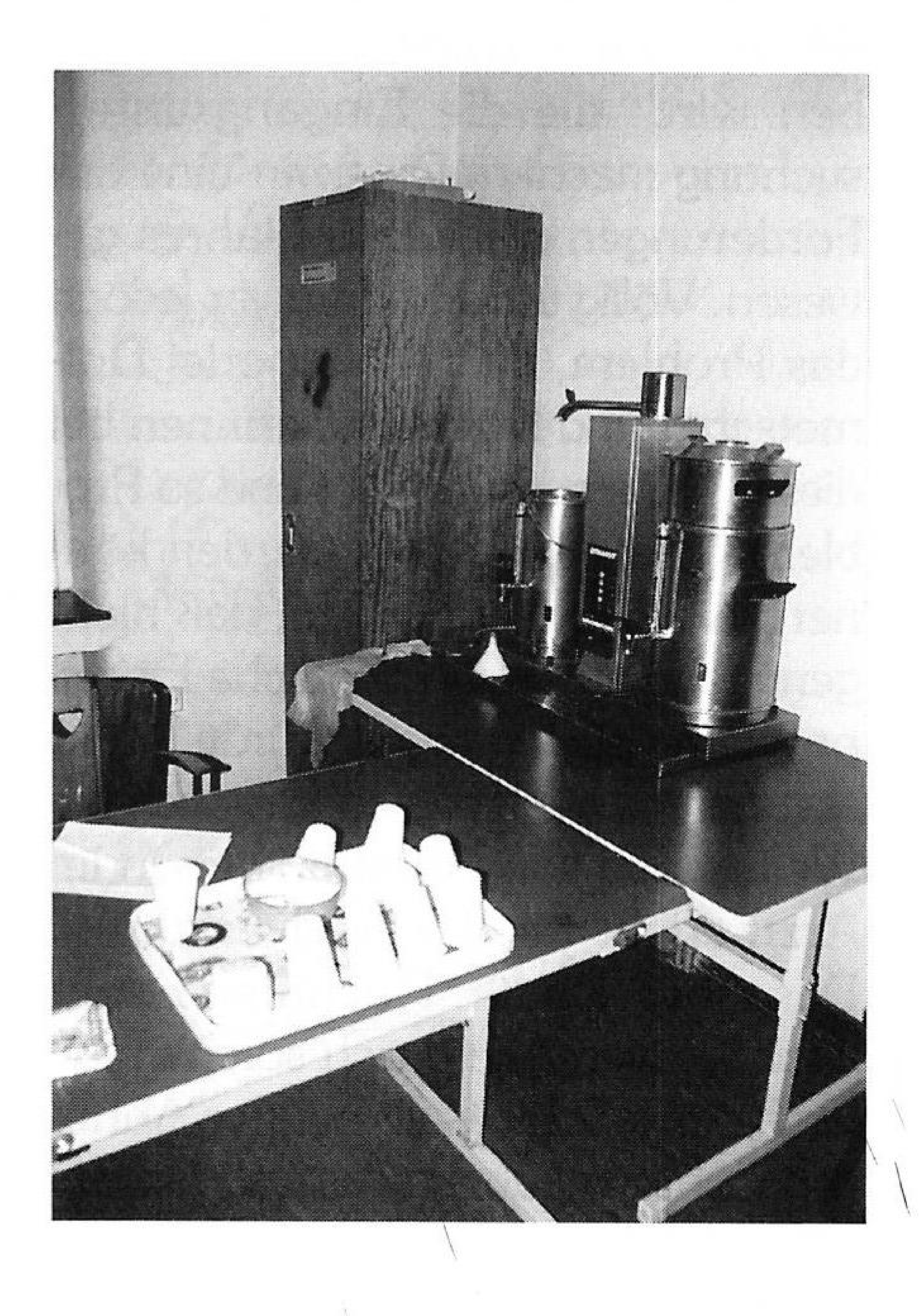
CK

# ZAST ist KNAST

***Es ist nicht das erste Mal, daß ich auf das eingezäunte Kasernengelände der schleswig-holsteinischen Erstaufnahmestelle für Asylbewerber (ZAST) kam. Bereits im Sommer 1996 hatte das Lübecker Flüchtlingsforum eine Begehung dort veranstaltet. Damals würden viele Mängel festgestellt, und ich war gespannt, ob wir bei einem erneuten Besuch dort die selben Zustände vorfinden würden. Der Einladung zu der Begehung am 24.11.97 waren neben Flüchtlingsinitiativen, auch Kommunalpolitiker und die schleswig-holsteinische Frauen- und Jugendministerin Angelika Birk gefolgt.***

Wir wurden von VertreterInnen des betreuenden Arbeiter-Samariter-Bundes und vom Landes- und Bundesamt für Asyl- und Ausländerangelegenheiten begrüßt. Im einleitenden Gespräch versuchte man uns zu erklären, wie korrekt und gut man hier in der ZAST die Flüchtlinge betreuen würden. So gab es neben der Information, daß Lübeck seit dem ersten Oktober in Schleswig-Holstein die einzige Erstaufnahmestelle sei und sich hier zur Zeit 287 Personen aufhalten würde, die Neuigkeiten, daß z.B. die Schilder zur Kennzeichnung der Männer- und Frauentoiletten jeden Morgen nach Bedarf erneuert würden, und es nun eine Teeküche gäbe. Uns kam das als etwas Selbstverständliches, nicht Hervorhebenswertes vor. Wichtiger fanden wir die Auskunft, daß alle Flüchtlinge die Möglichkeit hätten, vor ihrer Anhörung beim Bundesamt zum Beratungsgespräch beim Verfahrensberater zu gehen; denn diese Anhörung entscheidet über das Asylverfahren. Rosige Bedingungen? Nun, wir waren gekommen, um uns selbst ein Bild zu machen. Aufgeteilt in zwei Gruppen durchliefen wir die Stationen, die auch die neu ankommenden Flüchtlinge durchlaufen. So ging es zur Aufnahmestelle des Landesamtes für Asyl- und Ausländerangelegenheiten. Per Computer wird dort überprüft, wer in dieser Aufnahmestelle bleiben darf. Dies richtet sich nach Herkunftsländern und Aufnahmeschlüssel. Bei der Außenstelle des Bundesamtes wird danach eine erkennungsdienstliche Behandlung mit Fingerabdruck und Foto und eine Datenerfassung gemacht. Hier wird von den Flüchtlingen der eigentliche Asylantrag gestellt und hier findet wenige Tage später auch die sogenannte Anhörung sowie die spätere Entscheidung über den Asylantrag statt. Der Aufnahmeraum ist gekachelt wie die Duschräume. Die Gänge sind leer und ohne Sitzgelegenheiten. Der Eingang ist wie im Knast mit Gitterstäben versehen. Die offizielle Begründung dafür ist, daß es eine Vorschrift vom BKA wäre, zum Schutz vor Anschlägen. Warum gerade das Bundesamt auf dem Kasernengelände noch gesondert gesichert werden muß, kann niemand so richtig erklären. Anstatt daß gerade hier versucht wird, eine vertrauenserwekkende Atmosphäre zu schaffen, sehen die Räume aus wie im Gefängnis. Es sind rassistische Maßnahmen, wenn gezielt ein Umfeld geschaffen wird, das die Flüchtlinge vielfach an vergangene schlimme Erlebnisse erinnern muß und sie damit noch weiter einschüchtert.

Uns wurde der Ablauf einer Anhörung erklärt: Ein Einzelentscheider spricht mit drei bis vier Flüchtlingen am Tag. Es gibt 7 Einzelentscheider, davon ist nur eine Person weiblich. Nur auf speziellen Wunsch oder wenn ein männlicher Einzelentscheider feststellt, daß Frauen nichts weiter über Folterungen erzählen wollen, wird eine Frau auch von der weiblichen Entscheiderin angehört. Die Flüchtlinge bekommen die Anhörung mündlich rückübersetzt. Sie müssen unterschreiben, daß sie alles wichtige und notwendige gesagt haben, noch bevor sie das schriftliche Protokoll in deutscher Sprache zu sehen bekommen. Später erzählten uns die Flüchtlinge, daß sie oft kein Vertrauen zu den Dolmetschern des Bundesamtes haben und die Anhörungsprotokolle unvollständig bzw. falsch übersetzt worden seien. So ist es dann auch eine Forderung des Lübecker Flüchtlingsforums, daß jeder Flüchtling mit einem Dolmetscher seiner Wahl das Protokoll in einem angemessenen Zeitraum prüfen kann, bevor es als Grundlage für eine Entscheidung des Asylantrages durch den Entscheider verwendet wird. Ebenso muß es in Zukunft möglich sein, daß alle Frauen grundsätzlich von Dolmetscherinnen und Anhörerinnen interviewt werden. Unser nächstes Ziel ist die Verfahrensberatung. Hier sollen die Flüchtlinge über den Ablauf ihres Asylverfahrens und die Bedeutung der Anhörung informiert werden. Zum Berater kommen 10 bis 20 Leute täglich, jedoch kommen nur 20% der Flüchtlinge vor ihrer Anhörung zum Verfahrensberater, weitere 20%



*nicht mehr an Multikulti... Ein neues Selbstbewußtsein und Zusammengehörigkeitsgefühl breitet sich unter den jungen Soldaten aus...: Wir Deutsche müssen uns in unserem eigenen Land gegenüber den Ausländern behaupten."*

## Faschistische Tradition?!

Die Erwartung, Rassismus, Nationalismus und Neofaschismus würden sich durch Disziplinarmaßnahmen und die Ausweitung der politischen Bildung aus der Bundeswehr raushalten lassen, ist irrig. Die Bundeswehr hat eine lange Tradition entsprechender Ereignisse und Tendenzen. Davon zeugten in der Vergangenheit antisemitische Gelage an den Bundeswehrhochschulen, etliche *„Generalsaffären"* und selbstverständlich der maßgebliche Einfluß, den Offiziere der Nazi-Wehrmacht beim Aufbau der Bundeswehr hatten.

Wenn bei der Verabschiedung eines Obristenjahrgangs unkritisch Bezug auf die Nazi-Wehrmacht genommen wird, wenn der Generalinspekteur Hartmut Bagger in einer militaristischen und extrem rechten Zeitschrift den Kameraden *„viel Erfolg für Ihre weitere Arbeit"* wünscht, wenn in offiziösen Bundeswehrpublikationen ein Loblied auf die *„militärischen Leistungen"* der Nazi-Wehrmacht gesungen wird, und wenn der frühere Generalinspekteur Naumann die *„Weinerlichkeit und Verzagtheit"* der Truppe kritisiert, dann ist - gemessen am Ziel der Stärkung bürgerlich-demokratischer Verhaltensweisen - mit einem Ausbau der politischen Bildung in der Bundeswehr nichts gewonnen.

Die Behauptung der politischen Leitung und der militärischen Führung der Bundeswehr, diese sei hinsichtlich der Verbreitung extrem rechten Gedankengutes (nur) der *„Spiegel der Gesellschaft"*, gibt nur einen Teil der Realität wieder. Selbstverständlich schlagen sich die Zunahme, Vertiefung und gewalttätige Ausübung von Rassismus auch in der Bundeswehr nieder. Rühe & Co. geht es aber nicht um echte Ursachenforschung, oder gar Bekämpfung dieser von ihnen mit verursachten Entwicklung; der Verweis auf die Gesellschaft soll vielmehr entschuldigen und Verantwortlichkeit außerhalb der herrschenden Klasse dingfest machen. Denn: *„Gesellschaft"* - das sind wir doch irgendwie alle. Vor allem aber soll diese Argumentationsfigur ablenken von den Strukturen der Bundeswehr, die als *„Verstärker"* rassistischer, nationalistischer und patriarchaler Verhaltensweisen wirken.

Und nicht zuletzt fürchtet Rühe, daß die *„Skandale"* sich negativ auf die Einsatzmöglichkeiten der Bundeswehr als imperialistisches Machtmittel auswirken könnten. Die ist bei der *„Regermanisierung"* ehemals deutscher Gebiete derzeit nicht mit Panzern und Kanonen gefragt; gerne gibt sie aber *„privaten Initiativen"* wie Roeders *„Deutsch-Russischem Gemeinschaftswerk"* Lastkraftwagen und Ausrüstung, die im Einklang mit ähnlichen Aktivitäten der in großem Umfang staatlich geförderten *„Landsmannschaften"* stehen, an der Unterhöhlung des russischen Einflusses arbeiten und der Germanisierung *„Ostpreußens"* den Weg bahnen wollen. Dem *„Skandal"* um Roeders Auftritt in der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg steht so die wenig beachtete Wühlarbeit staatlich geförderter Verbände gegenüber, die alljährlich bei ihren bundesweiten Treffen die Grußworte von Spitzenpolitikern aus CDU/CSU, FDP und SPD einsammeln dürfen.

*VF*

DEUTSCH-RUSSISCHES GEMEINSCHAFTSWERK
FÖRDERVEREIN NORD-OSTPREUSSEN
SUUM CUIQUE

Konrad Schneider, Vorsitzender, 34626 Selgertshausen

BearbNr.: H 940374

Sehr geehrter Prinz zu Waldeck,

In Beantwortung Ihres Schreibens vom 13. M... gebe ich Ihnen die gewünschten Einzelheiten bekannt:

Es liegt eine akute Notlage vor. Sofortmaßnahmen sind notwendig.

Empfänger der beantragten Hilfsgüter sind russische und rußlanddeutsche Familien unter der Adresse:

Vielleicht ist es für Sie von persönlichem Interesse, daß meine beiden Söhne bei der Bundeswehr gedient haben. Der Älteste ist nach 12 Jahren als Batteriechef abgegangen. Der zweite hat sich ebenfalls für 12 Jahre verpflichtet und ist noch als Ausbilder bei einer Instandsetzungskompanie tätig.

Freundliche Grüße !

KONRAD SCHNEIDER

30.5.94

Per Fax bat das „Deutsch-Russische Gemeinschaftswerk" beim Verteidigungsministerium um Ausrüstung. Das Außenministerium verzichtete auf eine sorgfältige Prüfung. Es bemerkte auch die Fax-Kennung „Roeder" nicht.

# Ulzburger Prominenz gedachte der gefallenen Helden

## Ein Bericht von der Kampagne »Kein Heldengedenken in Henstedt-Ulzburg und anderswo«

Vollkommen ungestört waren die Ulzburger Reaktionäre dieses Jahr nicht gewesen, bei ihrer traditionellen Heldengedenkzeremonie. Wie jedes Jahr wollten sich die örtliche CDU, Ulzburgs Bürgermeister Dornquast, der Bürgervorsteher und der Baulöwe Volker Mahnke zur Kranzablage auf der ehemaligen Nazi-Kultstätte am Beckersberg treffen. Die Feuerwehr marschierte auf, der Schützenverein kam, Soldaten der Bundeswehr von Ulzburgs Patenkompanie gaben sich die Ehre, einige ältere Mitbürger hatten sich eingefunden und auch zwei zackig kurzbehaarte Jünglinge waren dabei.

Der Spielmannszug zog auf, es wurde gesungen, es wurden Pressefotos geschossen, Hände geschüttelt und eigentlich hätte man so richtig schön, mit betroffenen Minen, den wackeren Männern Ulzburgs gedenken können, die bei der ehrenhaften Vaterlandsverteidigung für die deutsche Wehrmacht ihr Leben ließen. An die anderen Toten des Krieges und der „Gewaltherrschaft" sollte auch gedacht werden. Es wäre alles mit aufrechter, würdevoller Volkstrauer abgelaufen, aber dieses Jahr war der Glanz dieser Feier getrübt worden. Der ganze Ort war voller Polizei, denn etwa 200 AntifaschistInnen wollten bei der Zeremonie ihren Protest lautstark zum Ausdruck bringen.

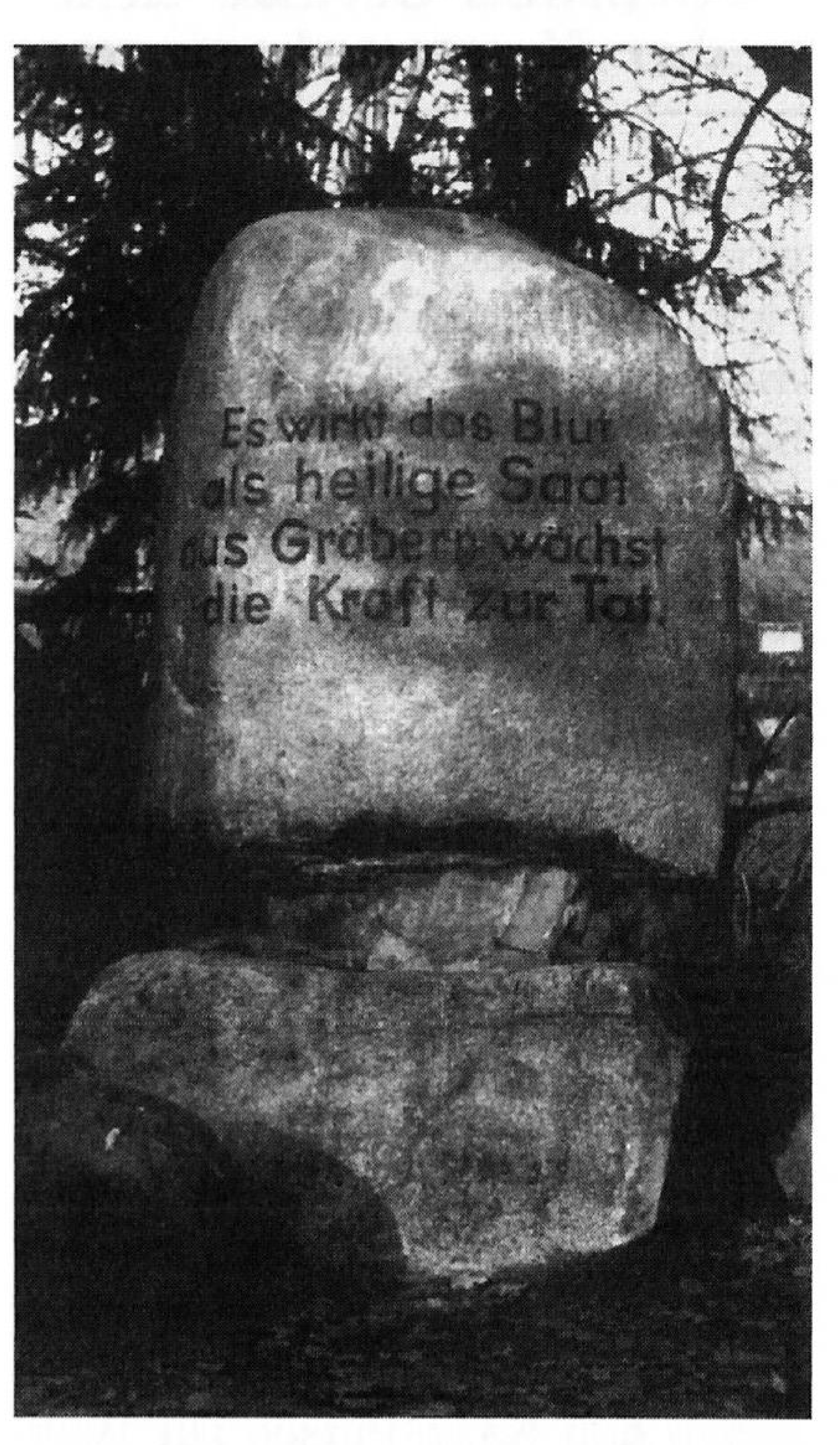
### Wie NS-Täter zu Opfern werden

Ein breites antifaschistisches Bündnis aus Jusos, VVN, Sozialem Zentrum Norderstedt, PDS, DKP, der Gruppe Lami Lamfiesel aus Kaltenkirchen, unabhängigen Antifagruppen aus Hamburg und Norderstedt und Einzelpersonen hatte in diesem Jahr gegen die reaktionäre Gedenkveranstaltung mobilisiert. Mit dem Bündnis wollten wir der Geschichtsverdrehung und reaktionären und militaristischen Aktivitäten aus den Reihen der Offiziellen, der CDU und konservativer Verbände etwas entgegensetzen.

Daß hier NS-Täter als Opfer des Krieges dargestellt werden, kritisierten wir. Auf den Gedenksteinen ist von Helden die Rede, die für die Heimat ihr Leben ließen. Um die Soldaten wird in ihrer Funktion als gehorsame Diener des deutschen Faschismus getrauert. Ihre Opfer werden nur am Rande erwähnt. Über die Verbrechen und die Rolle der deutschen Wehrmacht wird am Volkstrauertag im allgemeinen nichts gesagt. Der zweite Weltkrieg wird als ein trauriger Unfall dargestellt. Eine klare Auseinandersetzung mit der deutschen Kriegsschuld und den anderen Verbrechen des Faschismus gibt es nicht.

Der Volkstrauertag ist nach unserer Meinung in der Tradition des Heldengedenktages des Deutschen Reiches zu sehen, seit jeher ein Feiertag der Reaktionäre. Im Hinblick auf die immer stärkere Verdrängung eines bewußteren Umgangs mit der deutschen Vergangenheit in der öffentlichen Diskussion, ist die Form und Aussage des Volkstrauertages als eine Ergänzung zur allgemeinen Position der meisten Konservativen und anderer rechter Kräfte zu sehen: Deutschland hat sich lange genug mit der NS-Geschichte auseinandergesetzt und muß sich nun davon lösen.

Gerade im Hinblick auf die Neuordnung Europas und die neue Machtverteilung in der gesamten Welt liegt eine weitere Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit nicht im Interesse deutscher Großmachtpolitik. Vielmehr sind deutsche Politgrößen dabei, eine Opferrolle Deutschlands herbeizureden.




### Aus der schwarzbraunen Provinz

Das Beckersberg-Gelände, auf dem das alljährliche Heldengedenken stattfindet, wurde als Heldenhain und Aufmarschplatz von *NSDAP*-Bürgermeister Petersen errichtet. Auf dem Platz befinden sich noch heute Gedenksteine mit Sprüchen wie *„Es wirkt das Blut als heilge Saat, aus Gräbern wächst die Kraft zur Tat"*. Nur die Rune und das Hakenkreuz, die früher auf dem Stein waren, sind nach dem Krieg entfernt worden. Eine Pyramide, die an die „deutsche Schicksalswende" erinnern sollte, wurde abgerissen. Ansonsten blieb der Platz bis heute unkommentiert so erhalten, wie er von den Nazis errichtet wurde. Zu ihrem Erhalt tragen neben der Gemeindeverwaltung die Bundeswehrsoldaten aus Henstedt-Ulzburgs Patenkompanie durch kräftiges Abschrubben der Gedenksteine bei. Vor dem diesjährigen Volkstrauertag wurde dies so sorgfältig betrieben, daß eine alte Odalsruhne wieder zum Vorschein kam.

Wir fordern, daß das Beckersberg-Gelände zu einer antifaschistischen Gedenkstätte umgestaltet wird, die den faschistischen Massenkult dokumentiert.

## Die Heinrich-Petersen-Straße und der Krumpeterweg

Seit 1965 ist in Henstedt-Ulzburg eine Straße nach NS-Bürgermeister Heinrich Petersen benannt. *„Bürgermeister von 33-45"* steht unter dem Schild zu lesen. Petersen, der die NSDAP in Ulzburg maßgeblich mitaufbaute, sollte mit der Benennung für die Unterbringung von Kriegsflüchtlingen geehrt werden. Wir fordern die Umbenennung in Joseph-Tichy-Weg. Joseph Tichy war ein KZ-Häftling, der bei einem Transport zum Arbeitseinsatz nahe bei Henstedt-Ulzburg erschossen wurde.

Zum anderen forderten wir die Umbenennung des Krumpeterweges in Gustav-Lange-Straße. Emil Krumpeter war beteiligt bei der Entwaffnung von Arbeitern, die sich gegen den Kapp-Putsch zur Wehr setzen wollten. Gustav Lange erwirkte durch sein Einschreiten, den Abzug von SA-Truppen aus Henstedt-Ulzburg, die hier Polizeiaufgaben übernommen hatten. Lange war damit der einzige, der sich in der Öffentlichkeit gegen die Nazis einsetzte.

## Patenkompanie bei der Bundeswehr, Bundeswehrausstellung, Führungsakademie, NPD-Parteitag

Auch in anderen Fällen war Henstedt- Ulzburg kein Beispiel für fortschrittliche Gesinnung. So unterhält Bürgermeister Dornquast die Patenschaft zu einer Kompanie der Bundeswehr. Um den guten Kontakt zwischen dem Volk und seinem Heer zu verfestigen, wurde 1992 eine Bundeswehrausstellung mit schwerem Kriegsgerät zum Anfassen organisiert.

Auch die Führungsakademie für Offiziere aus aller Welt, unter ihnen waren bereits einige Putschisten, gehört zu den alljährlichen Gepflogenheiten Dornquasts. Er war es auch, der vor einigen Jahren eine Veranstaltung der örtlichen Antifa beendete, weil diese die Überwachung durch zwei Zivilfahnder nicht dulden wollte.

Sein Amtsvorgänger Glück tat sich dadurch hervor, daß er zu seiner Amtszeit einen Parteitag der NPD dadurch ermöglichte, daß er Räume im Bürgerhaus für die Faschisten anmietete, um eine Belegung durch Gegenveranstaltungen zu verhindern. Bei der NPD handele es sich um eine demokratische Partei wie jede andere, gab der bekennende SS-Mann zu bedenken.

## Naziaktivitäten am Volkstrauertag

In den vergangenen beiden Jahren legten Faschisten, um den Ulzburger Nazikader Andre Schwelling , am Volkstrauertag Kränze auf dem Henstedter Friedhof nieder. 1995 geschah dies unter dem Namen *Patriotische Jugend*, 1996 trat Schwelling als zweiter Landesvorsitzender des *Bundes für Gesamtdeutschland* auf. In beiden Jahren waren etwa 20 Nazis daran beteiligt.

Schwelling, ehemals *NL*-Ortsgruppe Henstedt-Ulzburg, gehört mit Stefan Kallweit zu den Köpfen der Patriotischen Jugend, die auch das Skinhead-Fanzine *„Hamburger Sturm"* herausgibt. In letzter Zeit häuften sich die Auftritte der PJ bei öffentlichen Veranstaltungen. Schwelling ist dabei teilweise um seriöses Auftreten seiner Gruppe bemüht. Am Todestag von Rudolph Hess legte die Patriotische Jugend gemeinsam mit Ingo Stawitz *(Bündnis Rechts für Deutschland)* bei einer Kundgebung in Ulzburg einen Kranz nieder.

Zu den erwarteten Störungen bei den Veranstaltungen der Kampagne kam es aufgrund hoher Antifa-präsenz nicht. Am Volkstrauertag wurde ein Aufmarschversuch von der Polizei verhindert. Weitere Aktionen waren durch hohe Antifa- und damit verbundene Polizeipräsenz unmöglich. So beschränkten die Nazis sich auf fotografieren und umherfahren. Ein anderer Teil blieb unter Polizeischutz in ihrer Stammkneipe „Tralala", in der Beckersbergstraße und wurde dort von den Bewachern nicht wieder herausgelassen.

## Über den Verlauf der Kampagne

Unsere Veranstaltungsreihe bestand aus drei Informationsveranstaltungen, einer Podiumsdiskussion, drei Vorführungen des Films *„Als Soldaten Mörder wurden"* , Pressearbeit und der Demonstration am Volkstrauertag. Die BesucherInnenzahlen bewegten sich zwischen 20 und 70 und waren damit für uns zufriedenstellend. Allerdings war der überwie-



gende Teil Szenepublikum. Eine größere Resonanz von außerhalb der Szene wäre erfreulich gewesen. Positiv in diesem Zusammenhang war es, daß der Film *„Als Soldaten Mörder wurden"* im Norderstedter Pallette-Kino an zwei Abenden gezeigt werden konnte. Im Film werden die Verbrechen der deutschen Wehrmacht durch Zeitzeugen und Beweismaterial dargestellt. Eine der beiden Vorstellungen war fast ausverkauft.

In der Lokalpresse sowie der „taz-Hamburg", dem „Gegenwind" und der „jungen Welt" wurde über die Kampagne berichtet. Für die Lokalpresse standen dabei zunächst die Straßennamen und das Beckersberg-Gelände im Vordergrund. So konnte sich die Ulzburger CDU gleich mehrmals in der Öffentlichkeit mit den Äußerungen ihres Fraktionsvorsitzenden Horst Otto (56) disqualifizieren: *„Vergangenheitsbewältigung ist die Aufgabe unserer Eltern, nicht aber die meiner Generation"*. Gegenüber der Norderstedter Zeitung brachte er als Argument gegen eine Straßenumbenennung, er kenne viele Leute in der H.Petersen-Straße und diese fühlten sich dort sehr wohl. Auch über die Demonstration wurde ausführlich berichtet. Das Vorgehen der Polizei wurde dabei kaum kritisiert. Bei der Pressearbeit gelang es uns allerdings nicht, Inhalte über die Kritik an der Gedenkveranstaltung hinaus zu übermitteln. Teilweise wurden auch nur die Jusos, nicht aber die anderen Gruppen erwähnt.

## Die Demonstration: Über 70 Festnahmen, Zivis zogen den Revolver

Mit der Demo sollte unser Protest gegen das Heldengedenken den UlzburgerInnen vermittelt werden, und wir wollten die Zeremonie am Beckersberg lautstark stören. Eine Woche zuvor wurde die gesamte Demonstration vom Landrat verboten. Begründet wurde dies mit dem Gesetz zum Schutz von Sonn- und Feiertagen, welches seit März '97 jegliche Versammlungen verbietet, die kein Gottesdienst sind oder nicht der Kranzablage dienen. Außerdem gefährde unsere Demo die öffentliche Sicherheit und Ordnung.

Auch den Jusos, die einen Trauermarsch zum Beckersberg und dem Ort, wo Joseph Tichy ermordet wurde, veranstalten wollten, wurde dies untersagt. Das Verbot wurde in der Presse vom Landrat verbreitet. Ein Widerspruch vor Gericht erschien zwecklos. Zwei Tage vor dem Volkstrauertag wurden die Demos, scheinbar auf Drängen des Innenministeriums unter nicht akzeptablen Auflagen wieder erlaubt: Es war verboten, Transparente zu zeigen und Lautsprecher zu benutzen. Die Route wurde völlig verändert und verlief fernab des eigentlichen Geschehens und innerhalb von einer Stunde sollten wir damit fertig sein. Kundgebungen waren untersagt.

Trotz des Zeitungsberichtes über das Verbot der Demo versammelten sich fast 200 Menschen morgens am Ulzburger Bahnhof. Über 200 Polizisten wurden in Henstedt-Ulzburg zusammengezogen, um die Heldengedenkveranstaltung auf dem Beckersberg und die örtlichen Faschos, die die meiste Zeit in ihrer Stammkneipe festsaßen, zu schützen. Nach einer Auseinandersetzung mit zwei Nazis, die aus einem Hochhaus die Demo eifrig fotografierten, setzte sich der Zug in Bewegung. Im Verlauf der Demo, die die vorgeschriebene Route einhielt, wurde ein Transparent entrollt mit der Aufschrift: *„NS-Täter sind keine Opfer - Kein reaktionäres Heldengenken in Henstedt-Ulzburg"*. Dies wurde von der Polizei unter Androhung einer Anzeige gegen den Demoanmelder hingenommen. Nach etwa eineinhalb Stunden löste sich die Menge auf. Der Versuch nach dem Ende einen Redebeitrag zu halten, wurde von heraneilenden Polizisten verhindert. Über die Hälfte der DemonstrantInnen verharrte in kleinen Gruppen im Ort, um der Gedenkveranstaltung unter lautstarkem Protest beiwohnen zu können. Als sie sich in der Nähe des Beckersberggeländes wieder zu sammeln begannen, gab es sogleich die Aufforderung von der Polizei in Richtung Bahnhof abzuziehen. Die Polizei versperrte allerdings den Weg in diese Richtung und kesselte die Menge ein, die dabei war in die andere Richtung abzuziehen. Die 68 Festgenommenen wurden daraufhin in Gefangenentransportern in die Polizeiwache Norderstedt gebracht. Andere ProtestlerInnen, die beim Aufmarsch der VeranstaltungsteilnehmerInnen Parolen zu skandieren begannen, wurden verjagt. Am



Eingekesselte AntifaschistInnen

Abend versammelten sich etwa 30 Mitdemon-strantInnen und Angehörige der Festgenommenen, um diese von der Wache abzuholen. Die Polizei sah dies offensichtlich als so bedrohlich an, daß sie bei einem Richter eine Verfügung erwirkte, die Menge jederzeit auflösen, bzw. festsetzen zu können. Als alle Gefangenen aus dem Kessel entlassen waren, löste sich die Menge in verschiedene Richtungen auf. Eine Gruppe von fünf Leuten wurde gleich neben dem Polizeirevier von Zivilfahndern, die teilweise Fascho-outfit trugen, angehalten und gegen eine Wand geschubst. Als andere Leute , die davon ausgingen, daß es tatsächlich Nazis waren, herbeieilten, zogen zwei der Zivis ihre Dienstwaffen und richteten sie gegen die Herankommenden. Dabei

gaben sie sich nicht als Polizei zu erkennen. Wenige Augenblicke später stürmte ein Trupp Behelmter heran und jagte alle, die noch auf der Straße standen. Auch dabei kam es zu zwei Festnahmen. Mehreren droht nun eine Anzeige wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt.

### Was die Kampagne gebracht hat, wie es weitergeht

Mit dem „Bündnis gegen die Verdrehung der Geschichte“ hatte sich nach dem Bündnis gegen die öffentliche Rekrutenvereidigung im März 97 wieder ein breiter linker Zusammenschluß im südlichen Kreis Segeberg gebildet. Das Thema NS-Vergangenheit und der heutige Umgang damit wurde wieder an die Öffentlichkeit gebracht. Auch wenn das Heldengedenken nicht verhindert wurde, so wurde doch bei vielen Menschen ein bitterer Nachgeschmack erzeugt, der zumindest die Kritischeren zum Nachdenken anregt. Die recht große Aufmerksamkeit der Medien ist für uns auf jeden Fall ein Erfolg. Traurig ist es, daß für so eine Kampagne nicht noch weitere Kreise, z.B. Gewerkschaften, zu mobilisieren waren. Die vielen Festnahmen sind sicherlich auch ein Ausdruck dafür, wie empfindlich hierzulande auf antifaschistischen Protest reagiert wird. Eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen das Verhalten der Polizei wird an das Innenministerium geschickt.

Nachdem es zunächst so aussah, als würden die Straßenumbenennungen von den politischen Gremien ausgeführt, haben die örtliche Wählervereinigung und die SPD davon wieder Abstand genommen. Der SPD geht es dabei um wahltaktische Gründe. Sie möchte ihre Wähler in der H.-Petersen Straße nicht verärgern.

Das Bündnis selber hat sich nach der Kampagne aufgelöst. Die Forderungen bleiben aber weiter bestehen und einige der Gruppen werden den PolitikerInnen bei deren Umsetzung mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen auf die Sprünge helfen und sich weiterhin mit der Nazivergangenheit der Region beschäftigen.

Kein Vergeben!<br>Kein Vergessen!

*tüdl*

# „Schwestern vergeßt uns nicht.“

## Frauen im Konzentrationslager: Moringen, Lichtenburg, Ravensbrück 1938-1945

### Rückschau auf die Kieler Ausstellung und Veranstaltungsreihe

**Am 1. September 1997 eröffnete Gertrud Müller, Überlebende des Frauen-Konzentrationslagers Ravensbrück, die Wanderausstellung „Schwestern vergeßt uns nicht. Frauen im Konzentrationslager: Moringen, Lichtenburg, Ravensbrück 1938-1945“. Begleitet wurde diese Ausstellung von Veranstaltungen u.a. mit Ceija Stojka, Überlebende der Konzentrationslager Auschwitz, Bergen-Belsen und Ravensbrück sowie von verschiedenen filmischen Biographien überlebender Frauen. Ausstellung und Veranstaltung sollten den Überlebenden des Frauenkonzentrationslagers (FKL) Ravensbrück Gehör verschaffen und den Toten einen Platz in unserer Erinnerung einräumen.**




Wir, die Organisatorinnen dieser Veranstaltungsreihe, möchten im folgenden unseren Eindruck vom Verlauf der Ausstellung und der bisherigen Veranstaltungen schildern. Im Anschluß daran folgen Ausführungen zu unserem Ansatz und zur Kritik an der Veranstaltungsreihe.

## Zum Verlauf

In der Eröffnungsveranstaltung bot Gertrud Müller, zur Zeit Ehrenvorsitzende der Lagergemeinschaft Ravensbrück/Freundeskreis e.V., den zahlreich erschienenen Besucherinnen Gelegenheit, etwas über die Geschichte des Frauen-Konzentrationslagers Ravensbrück sowie Fragen zur Ausstellung zu stellen. Sie führte die Teilnehmerinnen durch die Ausstellung, erläuterte und ergänzte einzelne Biographien und erzählte von ihren Erfahrungen nach 1945. Zur Ausstellungseröffnung kam auch Anni Wadle, Überlebende des Konzentrationslagers Moringen und Widerstandskämpferin, die ebenfalls den jüngeren Besucherinnen von ihren Erfahrungen berichtete. Anni besuchte dieVeranstaltungen regelmäßig und war immer offen für unsere Fragen. Gertrud Müller ging auch auf die Situation der Gedenkstätte des ehemaligen Frauen-KZ Ravensbrück ein. Wiederholt hat diese Gedenkstätte mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen. Dabei wird die Marginalisierung weiblicher Opfer des Nationalsozialismus immer wieder deutlich. Es besteht weiterhin die Forderung nach Einbeziehung von Überlebenden in die Planungen sowie Gestaltung der Gedenkstätte und in die Auswertung der Forschungsergebnisse. Gertrud Müller wies u.a. auf die fortbestehende Forderung der Lagergemeinschaft an Siemens nach Entschädigungszahlungen hin. Diese Forderung erhält vor dem Hintergrund der diesjährigen Feierlichkeiten zum 150jährigen Bestehen Siemens in Berlin eine verstärkte Aktualität. Bis heute hat Siemens sich nicht zu einem Schuldeingeständnis bewegen lassen; bis heute leugnet der Konzern seine aktive Rolle im Nationalsozialismus als Rüstungsbetrieb. Außer wenigen geringfügigen Zahlungen und leerem Gerede über die bleibende Verantwortung jetziger und künftiger Generationen für die Verbrechen des Nazi-Regimes ist von den Vertretern dieses Konzerns auch nach über 50 Jahren nichts Wesentliches zu diesem Punkt zu vermelden. Leider konnten wir aufgrund der Geschäftsordnung der Stadtbücherei nicht - wie vorgesehen - mit einem Plakat, das zum Boykott Siemens aufruft, im Rahmen der Ausstellung Position beziehen. Solche eindeutig politischen Stellungnahmen sind in öffentlichen Räumen nicht erwünscht. Dies ist der Preis für die Möglichkeit, mit dem Ort „Stadtbücherei" ein breites Spektrum von BesucherInnen zu erreichen. Die Lesung mit Ceija Stoika und ihrer Schwiegertochter Nuna wurde optisch begleitet. Ceija, die nicht nur Schriftstellerin, sondern auch Malerin ist, hatte einige ihrer Ölbilder mitgebracht; Bilder, die ihre Erinnerungen an das Wanderleben ihrer Familie, an die Repressionen durch die Nationalsozialisten und die Zeit im Konzentrationslager zum Thema haben. Ceija las aus ihrem Buch *„Wir leben im Verborgenen"*, in dem sie ihr Leben als Rom, ihre Verfolgung und ihre KZ-Haft als Kind beschreibt.

Noch vor Beginn der Veranstaltung haben wir uns entschlossen, eines dieser Bilder als Gruppe zu kaufen, woraufhin Ceija uns ein weiteres schenkte. Nun sind wir noch auf der Suche nach einem passenden, öffentlich zugänglichen Ort, um mit diesen Bildern in Kiel eine weitere Erinnerung an die Verfolgung von Roma und Sinti zu installieren. Die Veranstaltungen mit Gertrud und Ceija sowie die Gespräche mit Anni Wadle haben uns deutlich gemacht, wie wichtig die Begegnung mit Zeitzeuginnen ist. Ihnen, die die Auswirkungen des nationalsozialistischen Terrors am eigenen Leib erfahren mußten, Fragen stellen zu können, mit ihren Antworten die eigene Position finden und differenzierter formulieren zu können, durch sie eine konkretere Vorstellung von den historischen Ereignissen und der Gefahr, die der Faschismus darstellt, bekommen zu dürfen, wird eine Erfahrung sein, die uns und sicherlich auch die Besucherinnen nachhaltig beschäftigen wird.

An einem Abend war die Ausstellung speziell für Migrantinnen, Jüdinnen, Schwarze Frauen und Roma- und Sinti-Frauen geöffnet, womit wir Raum für einen Austausch aus der Sichtweise von Frauen, die heute mit Rassismus, Sexismus und Antisemitismus konfrontiert sind, schaffen wollten. Leider wurde dieser Termin nur von wenigen wahrgenommen.

## Erinnern und Mahnen

Der erste Teil der Veranstaltungsreihe wurde mit einem Gespräch, zu dem wir alle interessierten Frauen eingeladen hatten, abgeschlossen, das wir mit einem fiktiven Dialog, in dem unsere Gedanken zum Thema Gedenken-Erinnern-Mahnen enthalten waren, und einigen Aufnahmen von der Gedenkstätte des ehemaligen KZ Ravensbrück, einleiteten. Wir waren positiv überrascht von der Gesprächsbereitschaft und der Offenheit der Teilnehmerinnen, die ebenso wie wir mit der Frage beschäftigt waren, wie unser Wissen in Handeln umgesetzt werden kann und welche Form des Gedenkens sinnvoll ist.

Standen in den vorangegangenen Veranstaltungen die Opfer und die Überlebenden des Nationalsozialismus im Vordergrund, so war dieses Gespräch ganz davon bestimmt, daß sich hier zumeist Frauen aus der Nachfolge der TäterInnengruppe trafen. Im Mittelpunkt stand der Austausch der Erfahrungen, die die Besucherinnen mit ihren Ansätzen, sich mit dieser Zeit auseinanderzusetzen, gemacht hatten. Von der Aggressivität im Elternhaus in bezug auf dieses Thema, vom Schweigen, Verdrängen und diffusen Schuldgefühlen sowie Ratlosigkeit war hier die Rede. So erzählten ältere Teilnehmerinnen, daß sie sich jetzt erst mit ihrem Schweigen (aus Scham) über das nationalsozialistische System, das sie selbst noch erlebt haben, beschäftigen. Jüngere Frauen berichteten von dem Verhalten ihrer Eltern und dessen Auswirkungen auf die spätere Einstellung der Töchter, die erst heute deutlich werden. Die Notwendigkeit, mit anderen über die Konsequenzen der Geschichte des Faschismus zu reden, die eigenen Anknüpfungspunkte zum Beispiel in der Beschäftigung mit Alltagsgeschichte zu finden und sich weiterhin den Überlebenden zuzuwenden, wurde von vielen gesehen. Die Umsetzung dieser Einsichten in handelndes Eingreifen wird sicherlich für jede anders aussehen und für jede auch sehr eigene Grenzen und Möglichkeiten haben und gerade deshalb ist eine anhalten-

de öffentliche Auseinandersetzung von Frauen spannend und wesentlich.

## Zu unserem Ansatz und zur Kritik der Veranstaltungsreihe

Wir hoffen, eine über den Zeitraum der Ausstellung hinausreichende Diskussion über das Verhältnis von Frauen zur nationalsozialistischen Vergangenheit angeregt zu haben - eine Diskussion, die in feministischen bzw. frauenorientierten Zusammenhängen trotz der bislang zahlreich erschienen Literatur noch nicht sehr intensiv geführt wird. Uns stellen sich zu diesem Thema nicht nur historisch orientierte Fragen wie beispielsweise die Frage nach dem Anteil von Frauen an den Verfolgten des Nationalsozialismus oder die Beteiligung von Frauen auf der TäterInnenseite.

Verbunden mit solchen Fragen ist für uns auch die Debatte um die Position von Frauen im herrschenden, patriarchalen System, die Verantwortung von deutschen Frauen an der immer noch ausstehenden politischen Konsequenz aus dem Wissen um das nationalsozialistische Terrorregime. Vor diesem - auf die Gegenwart bezogenen - Hintergrund verstehen wir auch die Tätigkeit des Gedenkens an die Opfer des deutschen Faschismus. Ebenso wie die Ausstellung selbst waren die Vortrags- und Filmveranstaltungen bestimmt von einem biographischen Zugang zu diesem Abschnitt deutscher Geschichte.

Daß wir diesen Zugang wählten, ist nicht zufällig, sondern entspricht z.T. unserem persönlichen Herangehen an die Geschichte des nationalsozialistischen Terrors. Nicht abstrakte Zahlengebilde, theoretische Ausführungen oder distanzierte Beschreibungen historischer Abläufe allein sind in der Lage, uns, den „Nachgeborenen", einen Eindruck davon zu verschaffen, was das nationalsozialistische System individuell zum Beispiel für jüdische Menschen, für Linke, für homosexuelle Frauen und Männer, für Roma- und Sinti oder für ZeugInnen Jehovas bedeutet hat. Der biographische Zugang bietet die Möglichkeit, anhand der Darstellung individueller Lebens-, Leidens- und Widerstandsgeschichten den Verallgemeinerungen von Geschichtsschreibung ein Gesicht zurückzuverleihen, an nationalsozialistische Geschichte heranzuführen, Vergleichbares und Unterschiedliches aufzuzeigen und die Wirkungen faschistischer Verfolgungspolitik bis ins Alltägliche deutlich zu machen.

Ausgangspunkt für unsere intensivere Beschäftigung mit diesem Thema war für viele in unserer Gruppe eine Fahrt mit anderen FrauenLesben zur Mahn- und Gedenkstätte des ehemaligen FKL Ravensbrück in Fürstenberg (Brandenburg).[1]

Die Begegnung mit einem der historischen Tatorte der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik veranlaßte einige Teilnehmerinnen, weitere Diskus-sionsmöglichkeiten zu suchen und führte zur Bildung des Kieler Frauen/Lesben-Arbeitskreises zum ehemaligen Frauenkonzentrationslager Ra-vensbrück. Dieser Arbeitskreis setzt sich aus Frauen zusammen, die aus feministischen, antifaschistischen und antirassistischen Zusammenhängen kommen. Wir sind mehrheitlich weiß, leben in Deutschland und verstehen uns überwiegend als „nachgeborene" Frauen der Täter- und Täterinnengeneration. Mit unseren Veranstaltungen wendeten wir Frauen uns an andere Frauen und suchten mit anderen FrauenLesben die Auseinandersetzung. Dieses Vorgehen hat uns zum Teil heftigste Kritik eingebracht[2]; Kritik, die nicht nur von Männern, sondern auch von Frauen geäußert wurde und auf die wir hier nicht im einzelnen, aber im allgemeinen eingehen wollen.

Vorweg jedoch noch einmal eine Richtigstellung: die Ausstellung selbst stand innerhalb der Öffnungszeiten der Stadtbücherei allen interessierten Frauen und Männern, Mädchen und Jungen offen. Ein BesucherInnen-Buch bot allen die Möglichkeit, ihre Gedanken und Anregungen zu äußern. Die Abendveranstaltungen richteten sich an Frauen und Mädchen. Unser Anliegen war, Raum für Frauen und Mädchen zu schaffen, sich Geschichtliches anzueignen und einen Austausch und eine Auseinandersetzung zu finden. Das heißt nicht, daß wir uns außerhalb antifaschistischer Diskussionen sehen, sondern daß wir innerhalb der antifaschistischen Auseinandersetzung unseren Raum beanspruchen wollen. Und damit auch als „nachgeborene" Frauen der Täter- und Täterinnengeneration zu unserer Verantwortung finden wollen.

Wir hoffen, mit unseren Veranstaltungen einen Beitrag zu dieser Auseinandersetzung geleistet zu haben und danken allen Beteiligten, den Referentinnen sowie den Besuchern und Besucherinnen für ihre Teilnahme.

*Kieler FrauenLesben-Arbeitskreis*

[1]Vergleiche das Interview in Enough is enough Nr.1.
[2]Vergleiche Artikel in der September-Ausgabe des Hempels.



# „IG Farben hier und heute, Mörder machen fette Beute"

**Erneut von massiven Protesten antifaschistischer Gruppen und kritischer AktionärInnen begleitet war die Hauptversammlung der IG Farben AG kurz vor Weihnachten in Frankfurt/Main. Nachdem der frühere Tagungsort, das Frankfurter Nobelhotel Steigenberger, aufgrund der Proteste nicht mehr zur Verfügung stand, war die Hauptversammlung in das leerstehende Gebäude der Naxos-Union, eines Schleifmaschinenherstellers, verlegt worden - verschanzt hinter Stacheldraht und bewacht von einem privaten Wachdienst.**

30 Millionen Mark Vermögen stekken noch in dem Unternehmen, das seine Auflösung seit 1945 betreibt. Die *„sofortige Auflösung"* der *IG Farben AG* und die Verteilung des Restvermögens an die Überlebenden von Holocaust und Zwangsarbeit forderten drinnen und draußen die DemonstrantInnen vom „Dachverband Kritischer Aktionäre", von den „Auschwitzkomitees", der „Forschungsgruppe Zyklon B Dessau" oder der „Interessengemeinschaft der Verfolgten des Nazi-Regimes". Im Laufe der Versammlung wurden Antifaschisten von Mikrofonen weggezerrt, andere von anwesenden Jung- und Altnazis mit *„Juden raus"* und *„Jedes Jahr das gleiche Gesindel"* beschimpft.

Günter Minninger, der als Großaktionär fast 43% der Aktien der IG Farbenindustrie AG in Abwicklung hält, lehnte die oben genannte Forderung nicht nur ab, sondern kündigte auf der Versammlung zudem die Fortsetzung der Versuche an, *„einen Teil der enteigneten Vermögenswerte zurückzugewinnen"*. Damit sind insbesondere Grundstücke in Berlin, der früheren DDR und der Schweiz gemeint. Diese standen bis 1989 nur noch mit einem symbolischen Erinnerungsposten von einer Mark in der Bilanz; mit dem Ende der DDR macht sich die Mehrzahl der Aktionäre Hoffnung darauf, auch dieses Vermögen (über 150 Millionen Quadratmeter Grund) noch einsakken zu können.

Die seit Jahren anhaltenden antifaschistischen Proteste sorgen dafür, daß sich diese *„Aktionäre des Todes"* immer wieder rechtfertigen müssen,







daß sie nur am Profit und nicht an der Geschichte des Profits interessiert sind. Die IG Farben AG ging 1925 aus dem Zusammenschluß der Chemiekonzerne *BASF*, *Agfa* und *Hoechst* hervor, zählte zu den bedeutendsten Förderern der Nazis und war an führender Stelle an den Kriegsplanungen beteiligt. Das IG Farben-Tochterunternehmen *Degesch* profitierte von der Produktion des Giftgases Zyklon B für die Gaskammern der Vernichtungslager; die pharmazeutische IG-Farben-Abteilung *Behringwerke* war an der Durchführung von Menschenversuchen im KZ Buchenwald beteiligt.

# Geldquellen für Deutschtümler sprudeln weiter

**Die Mitglieder des „Vereins für das Deutschtum im Ausland e.V." (VDA) haben auf ihrer Hauptversammlung in Bonn-Bad Godesberg Mitte Oktober letzten Jahres einen neuen 18-köpfigen Verwaltungsrat gewählt. Mit dabei sind der Unternehmensberater Heiko Möhring (Düsseldorf) und Dr. Rudolf Sauerzapf (Kassel), die beide zu den Unterzeichnern eines reaktionären Aufrufs „Gegen das Vergessen" vom April 1995 gehören. Aus Schleswig-Holstein wurde der VDA-Landesverbandsvorsitzende Harald Kracht (Fahrdorf bei Schleswig) in das Gremium berufen.**

Der Verwaltungsrat wird sich unter anderem mit den 22,5 Millionen Mark befassen müssen, die der Verein dem Bund schuldet. Diese Summe ergibt sich aus Rückforderungen von Mitteln, die der *VDA* zweckentfremdet eingesetzt hat oder deren Verwendung er gar nicht belegen kann. Ob mit dem Geld zum Beispiel illegale Landkäufe in Kaliningrad finanziert wurden, läßt sich so noch schwerer prüfen. Gefördert wurde der Verein, in dem auch zahlreiche extreme Rechte mitmischen, vor allem durch das Bundesinnenministerium, aber auch vom Auswärtigen Amt (für „Kulturarbeit"). Für 1998 ist von CDU/CSU und FDP erneut eine Summe von 2,5 Millionen Mark bewilligt worden. Seit 1990 hat der VDA insgesamt weit über 210 Millionen Mark aus öffentlichen Töpfen erhalten, die zugunsten der deutschen Minderheit in Rußland eingesetzt wurden; dabei machte sich für die revanchistische Tätigkeit der Einrichtung positiv bemerkbar, daß zeitweise der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedler, der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium Horst Waffenschmidt, für die Bewilligung und die Kontrolle der Gelder gleichzeitig verantwortlich war. Jetzt wird die Aufarbeitung der Abrechnungen und Verwendungsnachweise verschleppt. Die politische Allianz mit dem aus dem Rechtsextremismus entstandenen Volkstumsverein ist Minister Kanther offenbar wichtiger als eine solide Haushaltsführung. Keinem anderen Verein wäre unter diesen Bedingungen der Gang zum Konkursrichter erspart geblieben. Jetzt prüft das Innenministerium - mit Rükkendeckung des Bundesrechnungshofs - sogar einen Erlaß der VDA-Schulden.

Bei der VDA-Hauptversammlung wurden indes Überlegungen angestellt, sich noch stärker als bisher auch *„den in aller Welt lebenden zahlenmäßig bedeutenden auslandsdeutschen Volksgruppen"* zuzuwenden, wie die rechtsextreme *Junge Freiheit* berichtet. Damit sind u.a. der belgische Landesteil Eupen-Malmedy und Sønderjylland (Dänemark) gemeint. In der Grenzregion zu Dänemark arbeitet die Sektion Nordschleswig des VDA, die sich Anfang November u.a. mit einer Veranstaltung am Deutschen Tag 1997 des *Bundes der Nordschleswiger* (BdN) beteiligte.

# RCDS toleriert Juso- und Fachschaftslisten-AStA

**„Der AStA ist mehr als eine bloße Serviceveranstaltung. Deswegen schließen wir eine Beteiligung des RCDS am AStA aus, insbesondere weil diese Gruppe sich offenbar nicht im Klaren darüber ist, wie weit nach rechts ihr Horizont im politischen Spektrum reicht.", schreiben die Jusos im universitären Wahlkampf und das zu recht. Neben der Ablehnung eines politischen Mandats der studentischen Gremien zeichnet den Kieler RCDS die Mitgliedschaft von ausgewiesenen Rechtsextremisten aus (vgl. dazu Artikel in dieser Ausgabe und in ATZE Nr. 30).**

Der rechte Block des *RCDS* ist zudem so stark, daß er die Politik des RCDS maßgeblich mitbestimmt, was sich in Veranstaltungen mit explizit „Neu-Rechter" Thematik ausdrückt. So z.B. über *„die 89'er"*. Dies ist auch an der Kieler Uni bekannt, spätestens seit im Februar 1997 nahezu alle Hochschulgruppen an der CAU eine *„Gemeinsame Erklärung gegen Rechtsextremismus"* veröffentlichten, die sich gegen die Mitgliedschaft extremer Rechter beim RCDS wendet und mit der Ankündigung endet, daß einer weiteren Verbreitung rechtsextremer Inhalte an der Uni nicht tatenlos zugesehen werden wird. Diese Erklärung haben die Jusos und die Fachschaftsliste mitgetragen und sind davon bislang offiziell auch nicht abgerückt.

Nach den 97'er Uni-Wahlen, die der Linken eine herbe Niederlage einbrachten und aus denen die „unpolitische“ Fachschaftsliste (FaLi), die Jusos und die CDU/CSU/REP Hochschulgruppe RCDS gestärkt hervorgingen, fand sich nach intensiven Verhandlungen keine Mehrheit zwischen den „unpolitischen“ und mitte-links Gruppierungen. Streitpunkt war dabei, ober der AStA offensiv für ein politisches Mandat eintreten sollte. So kam es im Studierendenparlament (Stupa) zwischen vier KandidatInnenpaaren zu einer Kampfabstimmung um den AStA-Vorstand. Das Pärchen von RCDS und der FDP-Liste „Die Unabhängigen“ zog im entscheidenden dritten Wahlgang ihre Kandidatur zurück und die Unabhängigen enthielten sich während der RCDS das Juso/FaLi-Paar wählte. Damit hatte sich ein Minderheiten-AStA durch die Stimmen des RCDS konstituiert. Die nächste große Hürde des AStA's ist die Verabschiedung seines Haushalts. Vor der entscheidenden Stupa-Sitzung verhandelten die Jusos mit dem RCDS über dessen Zustimmung zum Haushalt und zur Nachwahl von Referenten für das „Hochschulpolitische Refera“t und das „Referat für politische Bildung“. Der RCDS verlangte als Gegenleistung, daß die Jusos einem Antrag auf Kürzung des Etats des „autonomen Frauen/Lesben Referats“ und des „autonomen Schwulen Referats“ von je 11.000 DM auf 5.000 DM zustimmen sollten. Darauf gingen die Jusos ein. In der Stupa-Sitzung fand der Kürzungsantrag aufgrund der Gegenstimmen der mitte-links und linken Gruppen, sowie der Fachschaftsliste keine Mehrheit.

Diese Vorgänge sind in mehrerer Hinsicht interessant, zum einen suchten die Jusos ganz bewußt bei der Rechtsaußen-Gruppe RCDS die fehlenden Stimmen. Zum anderen wählte der RCDS einen Referenten in das wegen seiner „politischen“ Ausrichtung verhaßte „Referat für politische Bildung“. Wobei hier allerdings entscheidend gewesen sein dürfte, daß diese Besetzung des Referats eine politisch linke, antifaschistische Ausrichtung, wie sie in der Vergangenheit gegeben war, ausschließt. Beachtenswerter ist daher der erstgenannte Aspekt. Die Jusos sind nicht nur, wie die Fachschaftsliste, von der Vereinbarung mit diesem RCDS nicht zusammenzuarbeiten, abgerückt. Sie haben sogar, um ihre Referenten durchzukriegen, einen politischen Angriff auf ein „autonomes Frauen/ Lesben- und Schwulenreferat“ mitgetragen und sich damit gegen Teile des eigenen AStA positioniert. Diese Politik hat innerhalb des AStA's zu Widerstand geführt, der bislang aber lediglich zu Rücktritten von frustrierten ReferentInnen führte. Inzwischen hat sich der RCDS ganz deutlich hinter den AStA gestellt, da dieser *„sachliche Politik“* gewährleiste. Die Jusos sprechen von einem *„AStA der Vernunft“*, der aus Vernunftgründen gewählt wurde. Damit wird der von Rechtsextremisten durchsetzte RCDS politisch legitimiert und rechte Positionen werden von Jusos und Fachschaftsliste salonfähig gemacht.

*AUP*

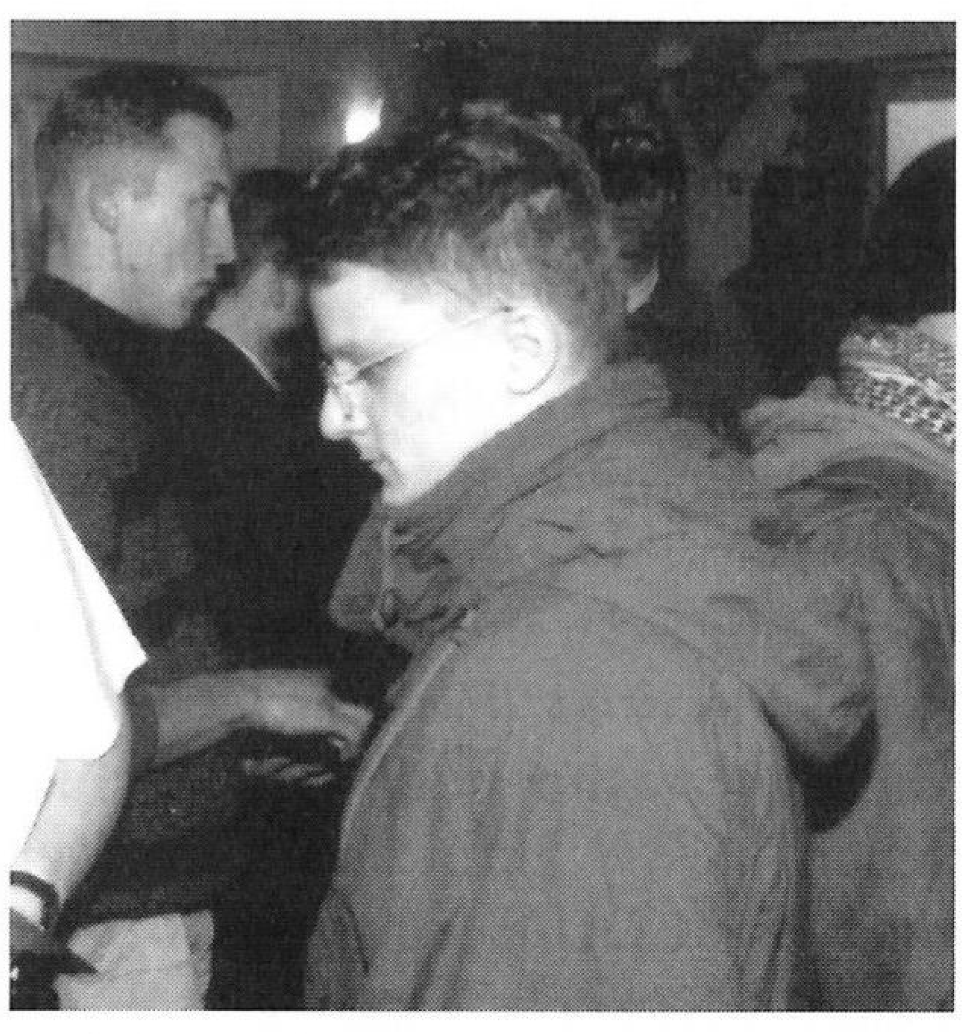
## Immer wieder:

# Kieler RCDS und die extreme Rechte

Die Durchsetzung des RCDS-Kiel mit VertreterInnen der extremen Rechten ist seit langem bekannt. Dort tummeln sich Burschenschaftler, GildenschaftlerInnen und sogar der „Bundesführer“ des *Freibund e. V.* einer Vereinigung die, wie auch die *Deutsche Gildenschaft* (DG), zu der „Blut und Boden“-Fraktion der sog. „Neuen Rechten“ gehört. Ihr ideologisches Umfeld stellen die *„Junge Freiheit“* und die *„Republikaner“* sowie die *FPÖ* Jörg Haiders dar. Der Bundesführer des Freibundes Rüdiger Dorff brachte es im RCDS-Schleswig-Holstein sogar bis zum Landesvorsitz. Jetzt steht nun fest, daß neben Dorff mindestens eine weitere Person aus dem „Freibund“ beim RCDS aktiv ist. Die Biologiestudentin Luise Bünger kandidierte nicht nur 1996 und 1997 auf der Liste des RCDS bei den Uni-Wahlen, sie entfaltet auch seit Jahren beim „Freibund“ einige Aktivitäten.

### RCDS, Hochschulgilde und Thule-Seminar

Beim verhinderten Nazi-Treffen in Bünsdorf (vgl. Artikel) tauchten zwei bekannte Gesichter des RCDS/ Hochschulgilden-Spektrums auf. Zum einen betätigte sich am Schleusungspunkt Gettorf neben zwei Nazis von den *Jungen Nationaldemokraten* höchstwahrscheinlich ein Student, der dem Umfeld *Hochschulgilde*/RCDS zuzurechnen ist, als Schleuser. Desweiteren tauchte in dem Dorfgasthof ein Mitglied der *Hochschulgilde Theodor Storm zu Kiel* auf. Hierbei handelt es sich wahrscheinlich um Markus Timmler, einem Jura-Studenten, der auch Sprecher und Kontaktadresse der Hochschulgilde war. Timmler ist auch zu den letzten drei Wahlen zum Studierendenparlament auf der Liste des RCDS angetreten.



Markus Timmler

# Resolution gegen faschistische Propaganda an der Uni

Das Studierendenparlament der CAU hat am 17.11.1997 auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen HSG folgende Resolution beschlossen: *Der Verbreitung faschistischer Propaganda auf dem Campus entgegentreten!*

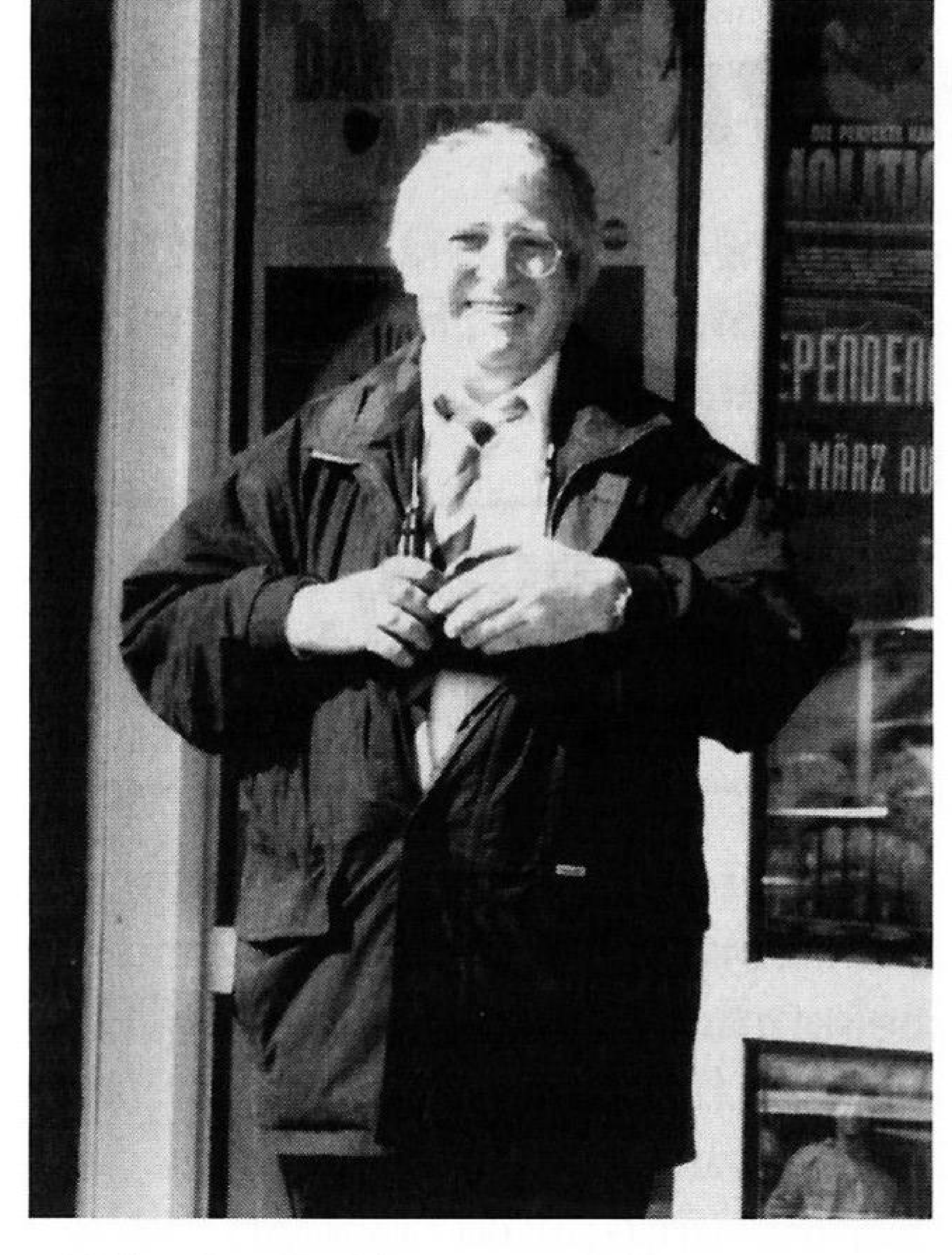
Am 10.11.1997 fand sich in den Mensen der CAU ein Flugblatt der *„Hochschulgilde Theodor Storm zu Kiel"* mit dem Titel *„9. November 1989: Wir sind das Volk - Wir sind ein Volk!"*. Dieses Flugblatt enthält unerträgliche völkische und nationalistische Parolen. Insbesondere wird darin die Bevölkerung der ehemaligen DDR als „mitteldeutsch" bezeichnet. Dadurch wird implizit Anspruch auf Gebiete östlich der völkerrechtlich gültigen Ostgrenze erhoben. Desweiteren wurden von dieser Gilde Plakate aufgehängt, die den 9.November zum wahren Tag der Deutschen Einheit verklären (anstelle des 3. Oktober). Eine derartige Äußerung wirkt auf die Verdrängung der ebenfalls am 9. November stattgefundenden „Reichspogromnacht", des Endes des „Ersten Weltkrieges" und des sogenannten „Hitlerputsches" hin. Die Verbreitung derartiger rechtsextremer und revisionistischer Inhalte an der CAU ist unerträglich. Wir fordern alle Studierenden auf, rechter Propaganda entgegenzutreten - gebt den FaschistInnen keinen Raum ihre Hetzte zu verbreiten! Wir fordern die Leitung von Universität und Studentenwerk auf, rechtsextreme Propaganda auf dem Campus zu beseitigen!

Wir fordern alle Hochschulgruppen - namentlich den RCDS -, die Mitglieder der Hochschulgilde Theodor Storm in ihren Reihen haben, auf, diese Personen auszuschließen!

# Antisemitischer Verleger in Schwierigkeiten

**Roland Bohlinger, in Nordfriesland aktiver antisemitischer Verleger, ist in finanziellen Schwierigkeiten. Mit einem „Notruf" wandte er sich daher im Herbst an mögliche KundInnen und forderte sie dazu auf, verbilligte Bücher und Broschüren aus dem „Verlag für ganzheitliche Forschung", dem „Kultur-Verlag" und dem „Hutten-Verlag" (alle Bohlinger) zu erwerben, damit ihm kurzfristig Geldmittel zur Verfügung stünden. Von verschiedenen Seiten, u.a. vom Finanzamt, werden entsprechende Forderungen erhoben. Hiervon ist auch die auf den Namen seiner Frau laufende „Nordfriesische Verlagsanstalt" betroffen.**

Bohlinger hatte neben einer Vielzahl von Broschüren, in denen er seine antisemitischen und rassistischen Vorstellungen darlegt, Anfang 1997 auch ein Buch mit dem Titel *„Unterdrückung und Verfolgung deutscher Patrioten - Gesinnungsdiktatur in Deutschland"* verlegt, das sich in der neofaschistischen Szene großer Beliebtheit erfreut, da es erlaubt, sich als Märtyrer einer *„gerechten Sache"* zu fühlen. Bemerkenswert an dieser Veröffentlichung ist weniger der Inhalt, der bekannte faschistische Geschichtsfälschungen (z.B. zu den Ursachen des „Zweiten Weltkrieges") enthält, als vielmehr die Zusammensetzung der Autoren. Der Band bietet auf 660 Seiten nicht nur Beiträge des Nazi-Terroristen Manfred Roeder oder des Bundes-vorsitzenden der faschistischen *NPD*, Udo Voigt, sondern auch des CDU-Bundestagsabgeordneten Heinrich Lummer. Solche Ansätze zur Frontbildung mit der bür-



Roland Bohlinger

gerlich-konservativen bzw. reaktionären Rechten sind für die Ausweitung des faschistischen Einflusses von großer Bedeutung und machen den Nutzen der Tätigkeit Bohlingers für die extreme Rechte aus. Demgegenüber sind die publizistischen Beiträge aus Bohlingers Feder nur von begrenzter Tragweite, auch wenn er darin einen *„grundlegenden Beitrag zur Schaffung einer geistigen Elite, einer weltanschaulich und politisch aufgeklärten Führung innerhalb der verschiedenen patriotischen Strömungen"* sieht. Diese Selbstüberschätzung wird allerdings von der aus dem persönlichen Umfeld Bohlingers getragenen *Initiative zur Förderung kulturtragenden Schrifttums* (Postfach in Husum) geteilt, die Anfang Dezember einen Bettelbrief zur Förderung des Antisemiten versandte. In maßloser Überschätzung heißt es dort: *„Wir meinen, daß Roland Bohlinger inzwischen zum unerschrockensten, gefährlichsten und kenntnisreichsten Kritiker der herrschenden Verhältnisse herangewachsen ist, der außerdem juristisch unangreifbar argumentiert und obendrein die Fähigkeit besitzt, sinnvolle Auswege aufzuzeigen."*

# Türkin überfallen

Am Samstag, den 28. November 1997 wurde eine 38jährige Türkin in der Apenrader Straße in Flensburg von einem etwa 35-40 Jahre alten Deutschen angegriffen. Dabei erlitt sie Kratzwunden an der Stirn. Außerdem klagte sie nach dem Übergriff über Schmerzen im Kopf- und Nackenbereich. Der Täter konnte wie so oft nicht ermittelt werden.

# Wieder patrouillieren dänische Nazis an der Grenze

Wie schon im September '97 (siehe „Enough is enough" Nr. 2) hielten sich Anfang November in nächtlichen Stunden 15-20 Personen der *Dänischen Nationalsozialistischen Bewegung* (DNSB) im süddänischen Grenzgebiet auf. Sie waren erneut mit 4-5 Fahrzeugen aus Greve bei Kopenhagen gekommen, um „illegale" Flüchtlinge am Übertreten der Grenze zu hindern. Die dänische Grenzpolizei entdeckte zusätzlich noch 30-40 Plakate mit großem Hakenkreuz und dem Zusatz: *„Dänemark den Dänen".*

Die Polizei ist zwar *„nicht begeistert"* von der Unterstützung,aber dänische Juraexperten erklärten diese Naziaktion für nicht ungesetzlich.

# Studierende laden Prof. Jürgens ein

Zu einer „42-Stunden-Marathon-Vorlesung" im Zuge des aktiven Streiks an der Uni luden die studentischen InitiatorInnen zahlreiche ProfessorInnen zu Vorträgen ein. Sie erhielten auch eine Zusage des Anthropologen Prof. H.W. Jürgens, der einen Vortrag über *„Männerüberschuß im heiratsfähigen Alter"* anbot. Nachdem die InitiatorInnen über die rassistischen Implikationen von Jürgens Forschung informiert wurden (unter anderem über die Inhalte seiner Habilitationsschrift *„Asozialität als biologisches und sozialbiologisches Problem"*) und im „Institut für Anthropologie" Beschwichtigendes gehört hatten, entschieden sich die InitiatorInnen den Vortrag trotz einiger Bedenken stattfinden zu lassen. Während Jürgens Vortrag regte sich aufgrund sexistischer Darstellungsweisen einiger Widerspruch im Auditorium. Auch die These, daß der Männerüberschuß im heiratsfähigen Alter im Zusammenhang mit einer Zunahme von Vergewaltigungen und Kindesmißbrauch stehe, blieb nicht unumstritten.

Dies wird wohl einer der letzten Vorträge Jürgens an der Uni gewesen sein, in diesem Semester wurde der notorische Rassist und Leiter des „Instituts für Anthropologie" in den Ruhestand versetzt.

# Greve nicht CDU-Bundestagskandidat in Kiel

Mit nur drei Stimmen Vorsprung wurde die CDU-Kreisvorsitzende Angelika Volquartz beim Kieler CDU-Parteitag am 8. November im zweiten Wahlgang zur Bundestagskandidatin gewählt. Ihr Konkurrent Uwe Greve, Landesvorsitzender der revanchistischen *Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU* (OMV), erhielt 102 Stimmen. Greve, der als einer der Rechtsaußen in der Kieler CDU gilt, hatte in seiner Rede die *„bleibenden Tugenden"* wie Fleiß, Redlichkeit und Tatkraft betont. Anhänger Greves machten später einen Formfehler geltend, sodaß die CDU bei einer Versammlung am 27. November erneut abstimmen mußte. SPD-Kreisgeschäftsführer Rolf Fischer nannte Greve derweil einen *„rechtsextremen Politiker"* und kündigte an, daß die SPD bei einer Nominierung Greves auch dessen Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den *REP* problematisieren werde. Die CDU-Versammlung, zu der beide Strömungen ihre AnhängerInnen mobilisierten (insgesamt nahmen 120 CDU-Mitglieder mehr teil als Anfang November), brachte 180 Stimmen für Volquartz, 156 für Greve. Greve, der in der Tageszeitung „Die WELT" schon mal einer Autarkie der Landwirtschaft das Wort geredet hat, hatte sich Anfang Mai 1997 zudem der in München gegründeten überparteilichen Initiative *Stimme der Mehrheit* angeschlossen, in der Rechtsaußen aus FDP und CDU mit *BFB*-Mitgliedern und Revanchisten wie Herbert Fleißner *(Witikobund)* zusammenarbeiten. Der Gruppierung geht es nach eigenen Angaben um *„die längst fällige geistig-moralische Erneuerung in Deutschland, um die Anerkennung und Förderung der Leistungswilligen in Wirtschaft und Gesellschaft und nicht zuletzt um die Vertretung der Interessen des eigenen Volkes."* Entsprechend positiv fiel im *Deutschland-Magazin* des Altnazis Kurt Ziesel vor kurzem eine Buchbesprechung Greves über das *„Grund- und Immobilieneigentum in der Marktwirtschaft"* aus. Autor des Buches: Eberhard Hamer, ebenfalls Mitglied von Stimme der Mehrheit. Neben seiner Referententätigkeit bei der Kieler *Hermann-Ehlers-Akademie* (dort schult er den christdemokratischen Nachwuchs u.a. in Rhetorik), schreibt der Journalist, Publizist und Schriftsteller Greve auch selbst. Seine Bücher mit Titeln wie *„Bilder aus Schlesien"* oder *„Sowjetische KZ's nach 1945"* veröffentlicht er konsequenter Weise im *Arndt*- bzw. *Orion-Heimreiter-Verlag* des ehemaligen Kieler Rechtsextremisten *Dietmar Munier.* In dessen Versandkatalog *„Lesen und Schenken"* werden Greves Werke in einer Reihe mit prominenten alt- und neufaschistischen Autoren wie z.B. dem Auschwitz-Leugner *David Irving* feilgeboten.

# Braune Soße!

**Der revanchistische „Wählerbund Deutschland", um den die „Deutschland-Bewegung" von Alfred Mechtersheimer fleißig buhlt, versucht mittlerweile selbst, andere Gruppierungen und Kleinstparteien in sein Boot zu holen. „Enough is enough" wurde Zeuge solch eines Treffens in Neumünster.**

Dort möchte im März die *„Rentnerpartei"* als neue kommunale Kraft auf dem Stimmzettel auftauchen. Diese hat ihren Bundessitz in Kassel und ist inzwischen in 12 Bundesländern/Stadtstaaten präsent, so auch in Schleswig-Holstein. Die Fäden für den *„Wählerbund Deutschland"* im nördlichsten Bundesland ziehen Prof. Alexander von Waldow (Eckernförde) und Helmut Reichmann (Lepahn). Beide zählen auch zu den Landesspitzen der *DSU*, von Waldow ist sogar im Bundesvorstand, Reichmann hat die Funktion eines Landesbeauftragten. Reichmann fungiert zugleich als Kreisvorsitzender im *Bund der Vertriebenen.* In dieser Funktion trat er 1995 zum 50. Jahrestag der Befreiung vom NS-Regime mit einer ewiggestrigen, nationalistischen Zeitungsanzeige in den „Kieler Nachrichten" in Erscheinung.

Dieser Reichmann, smart wie der *„liebe Nachbar von der Hamburg-Mannheimer"*, weilte inzwischen mehrfach in Neumünster, um für die Ziele der DSU bzw. des „Wählerbundes Deutschland" zu werben. Das ist insofern auf fruchtbaren Boden gefallen, als daß sich die örtliche „Rentnerpartei" der Hilfe (Logistik und Personal) des „Wählerbundes" für die Kommunalwahlen bedienen möchte. Umgekehrt erwartet der „Wählerbund" selbiges. Das soll bei der Erstellung von Flugschriften beginnen und bei der Verteilung dieser bzw. bei der Betreuung von Parteiständen in den Fußgängerzonen enden. Mithilfe bei der Kandidatenliste könne derzeit aber nur von der „Rentnerpartei" für den „Wählerbund" geleistet werden. Eine doppelte Mitgliedschaft gibt es derzeit erst bei einer Person. Während der Bundesvorstand der „Rentnerpartei" die Liaison eher skeptisch und zurückhaltend betrachtet, deutete Roland Boehlke für den Landesvorstand an, daß einer Zusammenarbeit nichts im Weg stehen würde.

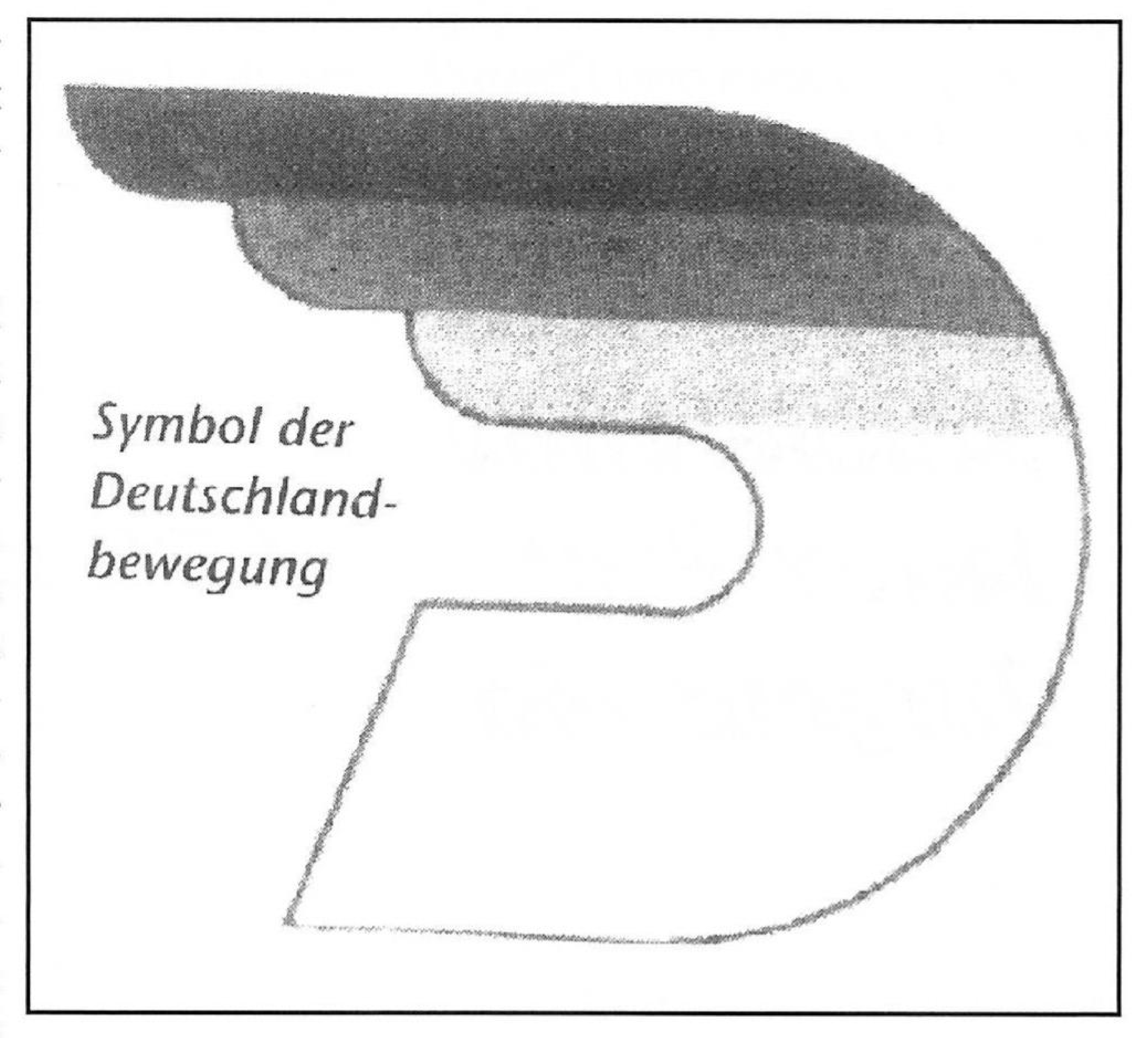
Schließlich sei man sich ja in den Hauptaussagen des Parteiprogramms einig. Selbstverständlich sei es auch, nach Worten von Reichmann und Boehlke, daß man vor Ort nicht gegeneinander kandidiert, sondern eben die Kräfte bündelt.



Bislang führte die „Rentnerpartei" einen eher vorsintflutlichen Wahlkampf mit wenigen Zeitungskurzankündigungen und mageren Aushängen. Das möchte Kreis- und Ortsvorsitzender Karl Schmiederer aber schnellstens ändern. Reichmanns Know-How soll unter anderem mehr Professionalität in die eigenen Aktionen bringen. Mit den *„Stammtischthemen" „Plünderung der Rentenkasse"* sowie *„Verschwendung von Steuergeldern"* lockt man populistisches Klientel.

## Schwarz-Braune Standpunkte

Im Gespräch wird der kleine Kreis der „Rentnerpartei"-Gänger dann deutlicher: Das Gesundheitswesen ist mit zu hohen Kosten belegt - keine Einwände! Doch als Ursache hat man schnell die vermeintlichen Sünder erkannt: *„Deutschland ist kein Einwanderungsland"*, so Schmiederer. Asylsuchende würden in Apotheken und Krankenhäusern alles umsonst bekommen - das würde die Kosten erst in die Höhe schrauben,



Symbol der Deutschland-bewegung

so sinngemäß Schmiederer. Auch das Wahlkampfthema *„(innere) Sicherheit"* wird von der „Rentnerpartei" aufgegriffen: Die hiesigen Sicherheitsorgane müßten mit noch mehr Kompetenzen und Macht ausgestattet werden. Die Polizei beispielsweise werde für ihre Leistungen viel zu schlecht bezahlt.

Treffpunkte der Mitstreiter um Reichmann waren bislang die „Kantklause" in Neumünster sowie das „Hansahaus". In der „Kantklause" kommt auch die *„Landsmannschaft Ost- und Westpreußen"* zusammen. Diese gönnte sich im vergangenen Jahr einen Vortrag von Erika Morgenstern, Autorin im rechtsextremen *Arndt-Verlag* von Dietmar Munier. Sie ist dort mit dem Buch *„Überleben ist schwerer als sterben"* vertreten.

Zum Abschluß: Frau Engel, es ist jetzt bekannt, daß sie - so ihre Parteikollegen - *„karriere- und postengeil"* sind; Reichmann hat es vernommen und wartet jetzt auf ihr Interesse an einer Kandidatur für den „Wählerbund".

*B. Ohne*

# Hänge-Peters muß vom Schild!!!

## Kurze Geschichte eines Lübecker Straßennamens!

**In Lübeck-Vorwerk wurden in der Zeit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft einige zu jener Zeit fertiggestellte Straßen nach deutschen Kolonialisten benannt und noch bis heute prangt neben Namen wie Adolf Lüderitz und Herrmann von Wißmann auch Karl-Peters auf einem Straßenschildern nördlich des Tremser Teiches! Die folgenden Zeilen sollen einen Überblick über das Treiben dieses üblen Rassisten geben und über die Umbenennungsaktivitäten informieren.**

Der 1856 in Neuhaus an der Elbe geborene Peters begann seine berufliche Laufbahn zunächst als Lehrer und siedelte schließlich für einige Jahre nach England über. Dort wurde Peters zum Verfechter der englischen Kolonial-Ideologie und gründete schließlich nach seiner Rückkehr die *„Deutsche Gesellschaft für Kolonisation"* mit dem Ziel, die logistischen und finanziellen Voraussetzungen für Expeditionen und Landerwerb in Afrika zu schaffen. Nachdem der notwendige kaiserliche Schutzbrief für Peters ausgestellt war, ging dieser mit äußerster Brutalität in Afrika vor! Der Plan Peters, von der Somali-Küste bis hinauf zum Nil ein *„deutsches Indien*" zu schaffen, brachte ihn in Widerspruch mit der offiziellen Politik Bismarcks. Hintergrund für die Ablehnung war das sogenannte *„Helgoland-Sansibar-Abkommen"*, in dem England und Deutschland ihre imperialistischen Interessen abglichen. Da Peters weiterhin offensiv Bemühungen zur Erweiterung des deutschen Kolonialgebietes über Uganda unternommen hatte, geriet er in verschärften Konflikt mit der herrschenden Politik. Seine übertriebene Selbstherrlichkeit brachte ihn schließlich zu Vergleichen seiner Person mit Alexander, Cäsar und Napoleon! Nachdem es im Kilimandscharo-Gebiet zu Unruhen gekommen war, erhielt der mittlerweile zum kaiserlichen Kommissar aufgestiegene Peters den Auftrag, diese gewaltsam zu beenden! Dort ließ er dann auch seine Geliebte und mehrere seiner Diener erhängen, was ihm den Spitznamen *„Hänge-Peters"* einbrachte. Darüber hinaus ließ er ganze Dörfer abbrennen und metzelte die Bevölkerung nieder. Diese Vorfälle führten dann 1893 zu seiner Rückbeorderung und zu einer disziplinarischen Untersuchung, der er sich durch einen erneuten England-Urlaub entziehen konnte. Das Gericht stellte schließlich 1895 seine Entlassung aus dem Reichsdienst unter Verlust seines Titels und seiner Pensionsgelder fest. Neben seinen Gewaltverbrechen müssen auch die politischen Tätigkeiten beleuchtet werden, überliefert ist sein Ausspruch, man solle nicht vom Krieg reden, *„wenn es gilt, Hottentotten zu züchtigen"*! Rehabilitiert wurde Hänge-Peters erst wieder 1937 durch Hitler höchstpersönlich! Historiker aller Couleur sind sich abschließend darüber einig, daß Peters auch unter Berücksichtigung der zu der Zeit vorherrschenden Kolonialpolitik in Sachen Brutalität und Menschenverachtung der wohl übelste Kolonialist war. Bereits im Mai 1996 versuchten die Jusos in einen Schreiben an die Anwohner und in einem Gespräch in der *„Vorwerker Runde"* über Peters aufzuklären, dies blieb jedoch ohne Erfolg. Gleichzeitig wurde der Bauausschuß mit den geschichtlichen Hintergründen vertraut gemacht und die Umbenennung geprüft! Nachdem sich schließlich die Bauverwaltung durch einen externen Historiker und auch die SPD hinter die vorgebrachten Vorwürfe gegen den Straßennamensgeber stellte, protestierten die Anwohner schließlich gegen die Umbenennung! Schließlich störte sich bisher doch niemand und außerdem sei der Aufwand für einen anderen Straßennamen zu hoch (O-Ton der Anwohner)! Nach fast zwei Jahren Arbeit liegt in der Januar-Sitzung der Lübecker Bürgerschaft nun ein entsprechender Antrag für die Umbenennung vor! In Hannover, Mühlheim und München, in denen Peters auch vom Stadtplan verschwand, dauerte dieses Verfahren nicht so lange! Was bleibt ist die Aufarbeitung eines Stücks Geschichte und ein neuer Straßenname in Lübeck-Vorwerk. Die beiden anderen Kolonialisten in Vorwerk und auch Militaristen wie Moltke u.a. werden zunächst wohl weiter auf Lübecks Straßenschildern bleiben! Hier gilt es weiter anzusetzen!




Wer sich über Peters und seine Machenschaften informieren möchte, meldet sich bei: Jusos Lübeck, Tel.: 0451- 70 272 20, Fax: 70 272 40!

*Kai Burmeister*
*Jusos Lübeck*

# Nazikampagne gegen das Kirchenasyl ausgesetzt?!

**In der Nacht zum 10. Oktober 1997 kam es zum vorerst letzten faschistischen Anschlag auf eine Kirche in Lübeck. Diesmal betroffen - die St. Lorenz-Kirche.**

Seit dem 9. Mai 1997 gewährt die St. Marien-Gemeinde und der ihr vorstehende Pastor Harig einer algerischen Familie Kirchenasyl. CDU und Neofaschisten begannen nach Bekanntwerden dieser Tatsache in der örtlichen Springerpresse mit einer Hetzkampagne. Resultat: Mehr als ein halbes Dutzend faschistische Anschläge mit eindeutigem Bezug zum Kirchenasyl.

## Erster Anschlag aufgeklärt!?

Die erste Brandstiftung auf die St. Vicelin-Kirche scheint mittlerweile so gut wie aufgeklärt zu sein. Der 19jährige Gärtnerlehrling Christian Prudlo, der sich selbst als *„rechtsradikal"* bezeichnet, wurde ca. 3 Wochen nach dem Anschlag festgenommen. Er gestand die Brandstiftung, widerrief sein Geständnis jedoch später wieder. Inzwischen hat die Staatsanwaltschaft Anklage gegen ihn wegen schwerer Brandstiftung und Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen erhoben. Mitte November wurde der Haftbefehl gegen Prudlo von der Jugendkammer des Landgerichts unter Auflagen außer Vollzug gesetzt. Nur einen Monat später jedoch ordnete das Oberlandesgericht in Schleswig den Vollzug des Haftbefehls wieder an und folgte damit der Beschwerde der Lübecker Staatsanwaltschaft. Sie sah die Verdunklungsgefahr nicht durch die Auflage behoben, daß Prudlo sich verpflichtete, jeglichen Kontakt mit Zeugen zu vermeiden. Hatte dieser doch vorher bereits Zeugen bedroht. So wird die U-Haft wohl bis zum Prozeßbeginn am 4. Februar andauern. Als Prudlos VerteidigerInnen werden dann P. Annette Ott und Hans Leistritz auftreten, da Prudlo Mitte November den Antrag gestellt hatte, seinen bisherigen Anwalt aufgrund eines *„gestörten Vertrauensverhältnisses"* zu entpflichten.

## Organisierte Kampagne

Spätestens die auf den ersten Anschlag folgende Serie von Brandstiftungen und Schmierereien trägt eindeutig die Merkmale einer organisierten faschistischen Kampagne. Die „Handschrift" der Sprühparolen beispielsweise gleicht sich so auffällig, daß von einem identischen Täterkreis ausgegangen werden muß. Als das Büro von Günter Grass wenige Tage nach einem gemeinsamen Auftritt des Schriftstellers mit Pastor Harig auf einer öffentlichen Veranstaltung zum Ziel von Schmierereien wurde, machte dies deutlich, daß die Anschlagsziele bewußt ausgewählt werden und keine *„Dummen Jungen"* dahinter stecken können. Bisher wurde jedoch keiner dieser Anschläge aufgeklärt, was kein Wunder ist, bedenkt man, daß diese, wie im jüngsten Fall geschehen, als *„ein weiterer Fall von Spraydosen-Terrorismus"* (O-Ton Oberstaatsanwalt Möller) verharmlost werden.



„Spraydosen-Terrorismus" am 25. Juni '97 an der St. Jakobi-Kirche

## Politisches Kalkül

Auch die Tatsache, daß der letzte Anschlag bereits drei Monate zurückliegt, ist ein weiteres deutliches Indiz für eine organisierte faschistische Kampagne. Denn nachdem Lübeck durch die Anschläge wieder in die Schlagzeilen gebracht worden ist, wird nun eine weitere Provokation gestartet und zwar der Versuch als *„Bündnis Rechts"* an diesem symbolträchtigen Ort in die Bürgerschaft einzuziehen. Da passen Brandstiftungen und Schmierereien dann wiederum nicht ins politische Konzept. Und so wird die Anschlagsserie gegen das Kirchenasyl einfach für einige Zeit ausgesetzt, um das Thema im Wahlkampf „politisch" angehen zu können. Sollte sich die Prognose bewahrheiten, daß es bis zur Kommunalwahl keine weiteren Anschläge mehr geben wird, dürfte endgültig klar sein, aus welchem Umfeld die Täter kommen. Nämlich aus dem des „Bündnis Rechts", einer sehr brisanten Mischung aus Faschisten, die in der parlamentarischen(!) und organisatorischen(!) Arbeit erfahren sind und solchen, deren Stärke eher der Straßenterror(!) ist.

*SBW*

# Diesner verurteilt - doch die Terrorstruktur besteht weiter!

**Am 1. Dezember des letzten Jahres wurde der Berliner Neonazi Kay Diesner nach 15 Verhandlungstagen vor dem Lübecker Landgericht zu einer lebenslangen Haftstrafe wegen Mordes und zweifachen Mordversuchs verurteilt. Zudem wurde die besondere Schwere der Schuld festgestellt, wodurch nach 15 Jahren Haft die Reststrafe nicht zur Bewährung ausgesetzt werden kann und erst nach 17 Jahren ein Haftprüfungstermin möglich wird.**

## Rückblick

Kay Diesner hatte am 19. Februar'97 in Berlin-Marzahn den PDS-Buchhändler Klaus Baltruschat in dessen Büro niedergeschossen und ihn dabei schwer verletzt. Nur vier Tage später erschoß er bei einer Polizeikontrolle auf dem Rastplatz Roseburg im Kreis Herzogtum Lauenburg (Schleswig-Holstein) den Polizeibeamten Stefan Grage und verletzte einen weiteren Beamten schwer. Die ersten zehn Verhandlungstage gegen Diesner hatten nichts außergewöhnliches zu Tage gefördert. Zudem war das Gericht stets bemüht, den politischen Hintergrund nicht mehr als nötig zu beleuchten. Dies schlug sich auch in der Medienberichterstattung wieder, wo zumeist nur vom *„Polizistenmörder"* die Rede war.

## Kameraden mit Gedächnislücken

Wie erwartet, brachten auch die nach einer 30tägigen Verhandlungspause auf Antrag der Nebenklage vorgeladenen (Ex-)Kameraden Diesners Andreas Tews, Andreas Storr und Ingo Hasselbach kein Licht ins Dunkel der Berliner Naziterrorstruktur.

Diesners bester Freund Andreas Tews war am 31. Oktober als Zeuge vor Gericht geladen. Der 23jährige Fleischer behauptete, er sei weder Diesners Kamerad gewesen, noch habe er von dessen Waffenarsenal gewußt. Mit der Geschichte des Kriegsverbrechers und Hitlerstellvertreters Rudolf Heß hingegen, gab Tews zu, sei er vertraut. Auch habe er schon einal einen *„NS-Denkzettel"* gelesen, der in der Naziszene als Organ des *„Weißen Arischen Widerstands"* (WAW) gilt. Zudem habe er Diesners Betreuung durch die *„Hilfsgemeinschaft für nationale politische Gefangene"* (HNG) sichergestellt.

Der am 7. November vor dem Landgericht als Zeuge aussagende Funktionär der *NPD*-Jugendorganisation *„Junge Nationaldemokraten"* (JN) gab geschickterweise an, Diesner nicht zu kennen.

Der Aussteiger aus der Naziszene und ehemalige Top-Funktionär Ingo Hasselbach, der sich zur Zeit in einem Zeugenschutzprogramm befindet, kennt Diesner seit Frühjahr '90. Er beschreibt ihn als unscheinbar und zuverlässig. Diesner sei von der *„Nationalen Alternative"* (NA) geschult worden und für Aufgaben einsetzbar gewesen. Hasselbachs Kontakt zu ihm sei im November '92 beendet gewesen. Weitere Einlassungen machte Hasselbach nicht, da zum Zeitpunkt der Aussage drei Verfahren gegen ihn kurz vor der Anklage standen und er sich möglicherweise selbst belastet hätte.

## Einige Ungereimtheiten

Zwei Tatsachen, die sich im Prozeßverlauf herausstellten, werfen einige Fragen auf. Zum einen ist das Beweisstück *„Sammelband Freimaurer"*, das vermutlich eine *„Anti-Antifa-Liste"* enthielt, aus den Asservaten verschwunden. Ein Beweisstück also, das die Möglichkeit eröffnet hätte, deutlich zu machen, daß Diesners Tat eindeutig eine politisch motivierte war und es weiterhin Strukturen gibt, durch die zumindest potentiell weitere Menschen gefährdet sind. Zum anderen hatte das Amtsgericht Lübeck am 21. April '97 einen Durchsuchungsbeschluß gegen Diesners Kameraden Andreas Tews verfügt, der jedoch -aus welchen Gründen auch immer- von der Berliner Polizei nicht durchgeführt wurde. So werden Nazistrukturen geschützt.

Auch die Tatsache, warum Diesner auf seiner Landkarte die Orte Kaltenkirchen, Lübeck und den Rastplatz Roseburg gekennzeichnet hatte, ist vom Gericht nie aufgeklärt worden. Es stellt sich also die Frage, ob und warum sich Diesner an diesen Orten aufgehalten hat, mit wem er sich dort getroffen hat oder treffen wollte und in welcher Form die Terrorstruktur der Nazis auch in Schleswig-Holstein existiert.

## Letztes Aufbäumen

Nachdem der Versuch der Verteidigung, Diesner eine eingeschränkte Schuldfähigkeit, aufgrund der Teilnahme an Schulungen und aufgrund des Hörens von Kassetten mit Liedern faschistischen Inhaltes, atrtestieren zu lassen, vor einem Gutachter gescheitert war, gab es während der Urteilsverkündung ein letztes Aufbäumen Diesners. *„Herr Möller* (der zuständige Oberstaatsanwalt) i*st fehl an seinem Platz, er trifft selbstherrliche Entscheidungen! Ich werde irgendwann eine Strafanzeige stellen, wegen Amtsmißbrauch, Rechtsbeugung und Beleidigung"*, pöbelte Diesner. Daraufhin verließ er in Handschellen den Saal, um sich *„dieses Theater nicht länger mit an-*

*sehen*" zu müssen. Inzwischen ist klar, daß Kay Diesner in Revision gehen wird.

### Kein Ende in Sicht!

Unterdessen wurde am 9. Dezember '97 Haftbefehl gegen zwei Mitglieder der Berliner *„Kameradschaft Treptow"* wegen Vorbereitung einer Sprengstoffexplosion, Verabredung zur Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion und Verstoßes gegen das Waffengesetz erlassen. Sie hatten ein Rohrbombenattentat auf ein Mitglied der „AG Junge GenossInnen Treptow" (PDS) geplant und zur Vorbereitung bereits zwei Probesprengungen durchgeführt. Doch anstatt gegen die bis an die Zähne bewaffneten und über feste organisatorische Strukturen verfügenden Kameradschaften vorzugehen, leugnet die Bundesanwaltschaft die Existenz der Nazi-Terror-Struktur. Es ist also nur eine Frage der Zeit, wann und wo der nächste Anschlag stattfindet und wer das nächste Opfer ist.

Den Braunen Sumpf trocken legen!

*SBW*

# NPD-Bundesparteitag im Hotel Reuterhof in Stavenhagen (Meck.-Pomm.)

***Am Wochenende des 10./11. Januar führte die älteste bundesdeutsche Nazipartei, die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands" (NPD), ihren Bundesparteitag im mecklenburgischen Stavenhagen durch. Trotz des Versuchs den Tagungsort geheimzuhalten, kam es zu Protestaktionen von AntifaschistInnen.***

Am ersten Tag berieten die ca. 190 Deligierten in geschlossener Sitzung. Der Parteivorsitzende Udo Voigt wurde mit über 85% der Stimmen in seinem Amt bestätigt. Er konnte laut eigenen Angaben auf eine Erfolgsbilanz von 1640 neuen Mitgliedern im Jahr 1997 verweisen. Außerdem sei der Schuldenberg, den die Partei beim Bund und beim Land Baden-Württemberg hat, abgebaut worden und sei somit *„politisch nicht mehr erpressbar"*. In diesem Jahr will die *NPD*, die laut ihrem Bundesgeschäftsführer Ulrich Eigenfeldt derzeit bundesweit rund 4000 Mitglieder zählt, 3000 neue Mitglieder gewinnen.

Seit den Verboten einiger Nazi-Organisationen ist die NPD und ihre Jugendorganisation *„Junge Nationaldemokraten"* (JN) zunehmend zu einem Sammelbecken für ehemalige Mitglieder dieser Organisationen geworden. Kader der *„Nationalistischen Front"* (NF) und der *„Wiking Jugend"* (WJ) wie Steffen Hupka, Jens Pühse und Wolfgang Nahrath gelangten gar bis in die Bundesvorstände von NPD und JN. Weiteren Zulauf bekam die Partei Ende letzten Jahres als sich die Nazi-Organisation *„Die Nationalen"* auflöste, um einem Verbot zuvorzukommen. Viele der ca. 150 Mitglieder dieser Organisation, um ihren Bundesvorsitzenden Frank Schwerdt, orientieren sich in Richtung NPD. Stärkster Landesverband ist zu Zeit Sachsen mit rund 1000 Mitgliedern, gefolgt von Bayern mit etwa 800 Mitgliedern. An dritter Stelle liegt bereits das Bundesland Mecklenburg-Vorpommern, aus dem auch einer der neu gewählten stellvertretenden Bundesvorsitzenden, Rechtsanwalt Dr. Hans-Günther Eisenecker (Ludwigslust) kommt.



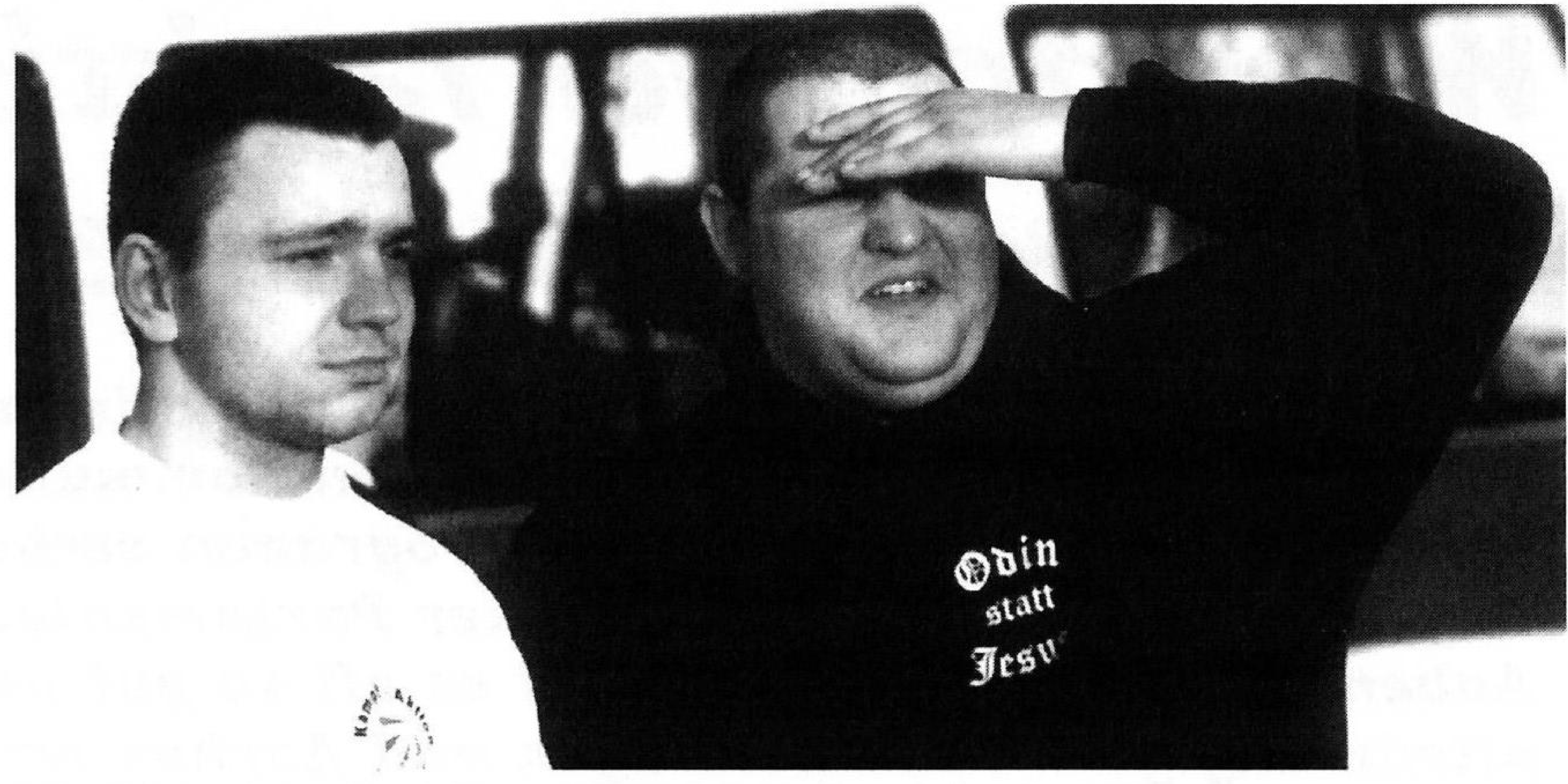
Der JN-Bundesvorsitzende Holger Apfel (mitte) und sein Stellvertreter Achim Ezer (rechts) am Rande des Bundesparteitages

Am zweiten Tag, dem öffentlichen Teil des Parteitages, war der als Rechtsterrorist verurteilte Manfred Roeder als Gastredner geladen. Er hatte durch seinen Auftritt an der Führungsakademie der Bundeswehr einen Skandal verursacht.Roeder rief zum *„Umsturz in Deutschland"* auf. Unter frenetischem Beifall der Delegierten erklärte er: *„Wir brauchen den Umsturz. Wir müssen auf die Barrikaden gehen."* Ohne Blut werde es kein neues Deutschland geben. Allein durch einen Wahlkampf hätte die NPD *„keine Chance"*.

Vor dem Hotel Reuterhof, in dem der Parteitag stattfand, demonstrierten am ersten Tag rund 400 Menschen. Zu dieser Aktion hatten SPD,

PDS, DGB und Landesjugendring aufgerufen. Aufgrund des Polizeiaufgebotes von ca. 200 BeamtInnen konnte der Parteitag leider nicht verhindert werden. Außerdem machte es sich bei der Mobilisierung nachteilig bemerkbar, daß der Tagungsort erst zwei Tage vorher bekannt wurde. Beim nächsten Mal klappt's bestimmt mit der Verhinderung, auch wenn sich die Faschisten versuchen, im ruhigen Hinterland zu treffen.

*SBW*



Die JN-Funktionäre Oliver Händel (links) und Sascha Wagner

# Protest gegen DVU in den Parlamenten

**Mit 4,98 % der abgegebenen Stimmen scheiterte die DVU bei der Wahl zur Hamburger Bürgerschaft am 21. September 1997 nur knapp. In vier Bezirksversammlungen - Wandsbek, Mitte, Bergedorf, Harburg - entsendet sie jedoch insgesamt 16 Vertreter.**

Gegen den Einzug von Faschisten in diese Gremien gab es anläßlich der ersten Parlamentssitzungen antifaschistische Protestaktionen. Damit sollte der Gefahr entgegengewirkt werden, daß es als normal erscheint, wenn Faschisten in Parlamente einziehen. In Hamburg-Mitte und in Bergedorf brachten AntifaschistInnen ihren Protest auch während der Sitzungen der Bezirksparlamente mit Transparenten und der Störung der *DVU*-Redebeiträge zum Ausdruck. In den Presseberichten standen denn auch die antifaschistischen Kundgebungen und Proteste im Vordergrund. Während die DVU mit ihrem Einspruch gegen die Landtagswahl in Schleswig-Holstein vom 24. März 1996 - damals erhielt die Frey-Truppe 4,3% der Stimmen - inzwischen endgültig gescheitert ist, hat sie gegen die Hamburger Wahl kurz vor Ablauf der entsprechenden Frist Widerspruch eingelegt. Sie beantragt eine Wiederholung der Wahl, zumindest aber eine erneute Auszählung der Stimmzettel. In den Nazi-Zeitungen von Gerhard Frey (München) werden nun Woche für Woche angebliche Beweise für *„das Ausmaß der Fälschungen"* bei der Hamburger Wahl präsentiert. Über die bisherige parlamentarische Tätigkeit der Faschisten berichtet die Deutsche *National-Zeitung* unter Überschriften wie *„DVU klarer Punktsieger"* oder *„DVU glänzend in Form"*. Solche Artikel dienen ebenso der Bindung von Interessierten an die Partei wie die regelmäßig stattfindenden *„Klönschnacks"* der DVU-Fraktionen in verschiedenen Hamburger Stadtteilen. Mit Heinrich Gerlach hat die DVU zudem einen langjährigen Kader in Hamburg plaziert, der Gerhard Frey treu ergeben ist. Der parlamentarische Status bietet den DVU-Faschisten die Möglichkeit, an zusätzliche Informationen und Geldmittel heranzukommen und im *„politischen Leben"* faschistisches Profil zu zeigen. Während in den Parlamenten - das hat etwa ihre Anwesenheit im schleswig-holsteinischen Landtag gezeigt - vor allem spektakuläre Anträge und Provokationen zu erwarten sind, läuft die Aufbauarbeit der Organisation in kleinen, unscheinbaren Schritten. Beides ist für die DVU notwendig, wenn sie ihre eigene Propaganda, die führende Partei der extremen Rechten zu sein, dauerhaft mit einem realen Fundament versehen will. Schließlich muß die DVU auch gegenüber möglichen WählerInnen auf „Erfolge" ihrer Hetze hinweisen können; eine weitere Chance dafür sieht der DVU-Bundesvorstand bei der im April 1998 stattfindenden Landtagswahl in Sachsen-Anhalt.

## Die höchsten DVU-Ergebnisse bei der Hamburger Bürgerschaftswahl (in %)

Billbrook 14,8; Hamm-Süd 12,2; Jenfeld 11,9; Billstedt 11,1; Hamm-Mitte 10,8; Horn 10,1; Rothenburgsort 10,0; Neuland 9,7; Moorfleet 8,6; Steinwerder 8,4; Steilshoop 8,0; Billwerder 7,9; Moorburg 7,8; Altenwerder 7,8; Tonndorf 7,8; Veddel 7,6; Harburg 7,5; Lurup 7,5; Farmsen 7,3; Hausbruch 7,2; Dulsberg 7,2; Borgfelde 7,1; Wilstorf 6,8; Langenbek 6,7; Rahlstedt 6,6; Reitbrook 6,6; Bramfeld 6,5; Neuenfelde 6,5; Neugraben 6,3; Barmbek-Nord 6,2; Wandsbek 6,2; Heimfeld 6,1; Lohbrügge 6,0; Eißendorf 6,0; Altona-Altstadt 5,8; Tatenberg 5,8; Eidelstedt 5,8; Neustadt 5,7; Allermöhe 5,6; St. Georg 5,6; Sinstorf 5,6; Cranz 5,6

# Wahlerfolg der rassistischen Dänischen Volkspartei

**Im landesweiten Durchschnitt 6,8% der Stimmen konnte die Dänische Volkspartei (Dansk Folkeparti) bei den Kommunalwahlen am 18. November 1997 für ihr rassistisches Programm verbuchen. Damit gelang es ihr, in eine Vielzahl kommunaler Parlamente, u.a. in Haderslev und Aabenraa, einzuziehen, obwohl es oft so gut wie keine örtliche Parteigliederung gibt. In Kopenhagen und Aarhus erreichte die Partei ca. 10 Prozent.**

Die vor zwei Jahren als Abspaltung der *Fortschrittspartei* entstandene *Dänische Volkspartei* konnte bei ihrem Wahlerfolg davon profitieren, daß bei einem Anteil von EinwanderInnen an der Gesamtbevölkerung von vier bis fünf Prozent eine Mehrheit der DänInnen meint, *„das Boot sei nun voll"*. Dänemarks Boulevardzeitungen hatten seit dem Sommer massiv gegen *„pakistanische Jugendgangs"* gehetzt und ein Bild gezeichnet, nach dem dänische Kinder in den Kindergärten nur noch die arabische und somalische Sprache hören würden. Zudem hatten auch die regierenden Sozialdemokraten in den letzten Monaten rassistischen Stimmungen nachgegeben und den rechtskonservativen Thorkild Simonsen zum neuen Innenminister gemacht, der einen schärferen Kurs gegen Flüchtlinge und EinwanderInnen vertritt. Auch dies kann aus Sicht der Dänischen Volkspartei bereits als Erfolg angesehen werden, deren Vorsitzende nach der Wahl feststellte: *„Die Leute, die uns wählen, wollen, daß die Ausländer dorthin zurückgehen, wo sie hergekommen sind."* Mitte Dezember kündigte Simonsen an, ein Heiratsverbot für AsylbewerberInnen erlassen zu wollen, um damit Scheinehen zu verhindern. Diese Maßnahme sowie die Kürzung der Sozialhilfe ist Teil einer Politik, die die Lebensbedingungen für Flüchtlinge und EinwanderInnen verschlechtern soll, nachdem eine weitere Verschärfung der Asylverfahren Dänemark in Konflikt mit internationalen Abkommen gebracht hatte. Die SozialdemokratInnen haben damit die Warnung des früheren Regierungschefs Svend Auken, man dürfe den *„inneren Schweinehund namens Fremdenhaß nicht füttern, weil er unersättlich ist"*, in den Wind geschlagen. Pia Kjærsgaard, die 1984 für den wegen massiver Steuerhinterziehung in den Knast gewanderten Vorsitzenden der Fortschrittspartei, Mogens Glistrup, ins Parlament einzog, ist nach einer Spaltung der Partei heute Vorsitzende der Dänischen Volkspartei. Sie kritisierte die jüngsten Regierungsaktivitäten denn auch als nicht scharf genug. Regen Zuspruch erhielt die Dänische Volkspartei auch von Gesinnungsbrüdern auf der deutschen Seite der Grenze. In der extrem rechten *Jungen Freiheit* jubelt Jochen Arp vom *„Komet am Parteienhimmel"* und führt den Wahlerfolg *„zu einem erheblichen Teil auf die Dynamik und Rhetorik der Vorsitzenden Pia Kjærsgaard zurück"*; von *„einem skandinavischen Haider"* will er jedoch noch nicht sprechen. Der frühere Geschäftsführer des *Schleswig-Holsteinischen Heimatbundes*, Hans Joachim von Leesen, verwies im revanchistischen *Ostpreußenblatt* auf den *„Hauptprogrammpunkt"* der Dänischen Volkspartei (*„Dänemark den Dänen!"*) und wiederholte die auch in der Bundesrepublik bekannte Rechtfertigung für die Wahl rassistischer Parteien und entsprechender Aggressionen, nach der es sich bei eben diesem um eine Abwehr- und Schutzmaßnahme handele: *„Diese für Dänemark ganz ungewohnten radikalen Töne sind ein Zeichen für die Verbitterung vieler Dänen über die verfehlte Ausländerpolitik ihrer Regierung."*

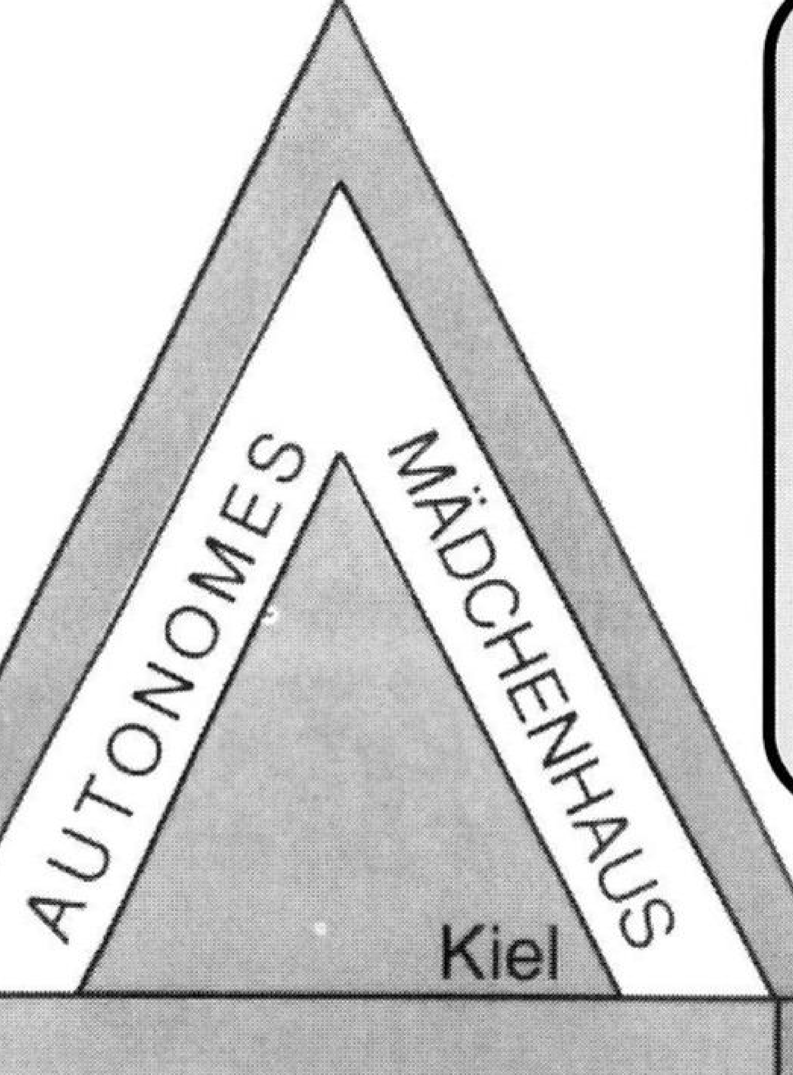


Pia Kjærsgaard


aLiVe






AUTONOMES
MÄDCHENHAUS
Kiel






ANTIFASCHISTISCHER KALENDER
1998




# Verkaufsstellen!

Ahrensburg:
*Dritte Welt-Laden*
22926 Ahrensburg

Bad Oldesloe:
*Dritte Welt-Laden*
Lübecker Str.
23843 Bad Oldesloe

Bargteheide:
*Autonomes Jugendhaus*
Lübecker Str. 45
22941 Bargteheide

Flensburg:
*Autonomes Wohnprojekt*
Hafermarkt 6
24943 Flensburg

*Carl v. Ossietzky-Buchhandlung*
Heiligengeistgang 9
24937 Flensburg

*Vaikuntha*
Süderfischer Str. 24,
24937 Flensburg

Hamburg:
*Schwarzmarkt*
Kleiner Schäferkamp 46
20357 Hamburg

*Café & Buch*
Marktstr. 114
20357 Hamburg

*Buchladen*
Osterstr. 156
20255 Hamburg

*Buchhandlung im Schanzenviertel*
Schulterblatt 55
20357 Hamburg

*B5 (Info)-Café*
Brigittenstr. 5
20359 Hamburg

Kiel:
*Infoladen Beau Rivage*
Hansastr. 48
24118 Kiel

*Zapata Buchhandlung*
Jungfernstieg 27, Kiel
& Medusastr. 16
24143 Kiel

*Trau Dich*
Holtenauer Straße 92
24105 Kiel

Lübeck:
*Café Brazil*
alternative
Willy-Brand-Allee 9
23554 Lübeck

*Infoladen im Akzent*
Fleischhauerstr. 32
23552 Lübeck

Meldorf:
*Peter-Panther-Buchladen*
Zingelstr. 12
25704 Meldorf

Norderstedt:
*Autonomer Infoladen Aurora*
c/o Soziales Zentrum
Ulzburger Str. 6a
22850 Norderstedt

**Ich will die *Enough is enough* abonnieren!**
**Und zwar ______ Exemplar(e) pro Ausgabe**
**ab Nr.____**

- ☐ für zunächst 4 Ausgaben
- ☐ für zunächst 8 Ausgaben
- ☐ bis ich mein Abo kündige.

**Das Abo kostet DM 20,- für 4 Ausgaben. WeiterverkäuferInnen und Verkaufsstellen erhalten ab 5 Exemplare das Stück für DM 3,- /ab 20 Exemplare für DM 2,50 /ab 50 Exemplare für DM 2,30**

______________________
(Name)

______________________
(Straße)

______________________
(PLZ, Ort)

DM 1,-

**Redaktion *Enough is enough***
**c/o *alternative***
**Willy-Brandt-Allee 9**

**23554 Lübeck**